



EVALUIERUNGSBERICHT

Länderprogramm

- Ägypten -

1. Halbjahr 2005

Dr. Michael Lange

Kairo, den 31.Dezember 2005

INHALTSÜBERSICHT

Veranstaltungsberichte

1. Fortbildung für den weiblichen politischen Nachwuchs (DPWC)	S. 2
2.1 Export von Dienstleistungen – Der Tourismussektor (CSDC)	S. 6
2.2 Export von Dienstleistungen – Der Telekommunikations- und Informationssektor (CSDC)	S. 8
3. Ägyptische Frauen in Führungspositionen (DPWC)	S. 11
4.1 Wahlen in der arabischen Welt und die Menschenrechte (APHRA)	S. 20
4.2 Entwicklung der Menschenrechte in Oberägypten (APHRA)	S. 24
5. Reform der Arabischen Liga (ILF)	S. 28
6. Geschäftsklima Indexierung – Erfahrungen in Deutschland und Ägypten (IDSC)	S. 37
7. Strategien für Produktentwicklung (WBDC)	S.41
8. Frauen und Berufsverbände (ECWR)	S. 43
9. Besprechung des „Arab Human Development Report 2004“ (IRAD)	S. 46
10. Reform der öffentlichen Finanzen in Ägypten (FEPS-DE)	S. 53
11. Wertvorstellungen der Jugend im Wandel – Jugendforschung in Deutschland, Ägypten und der arabischen Welt (Goethe Institut/ZMO)	S. 61

1. Fortbildung für den weiblichen politischen Nachwuchs

Veranstaltungsform: Trainingsworkshops (29 Teilnehmer)
Partner: Developing Program for Women and Children (DPWC)
Zeit / Ort: 25.-27. Januar/14.-16. Februar/22.-24. Februar/28.-30. März; Kairo
Sprache: Arabisch

Programmübersicht

Dienstag, 25. Januar 2005

1. Sitzung: Partizipation der Frauen in den internationalen Abkommen

Frau Hala Abdel Kader, Anwältin und Leiterin des Projektes: „Gegen Gewalt gegen Frauen

2. Sitzung: Stufen der Partizipation der Frauen

Frau Hala Abdel Kader, Anwältin und Leiterin des Projektes: „Gegen Gewalt gegen Frauen

3. Sitzung: Hindernisse der Partizipation der Frauen

Frau Hala Abdel Kader, Anwältin und Leiterin des Projektes: „Gegen Gewalt gegen Frauen

Mittwoch, 26. Januar 2005

1. Sitzung: Definition der Quotenregel und ähnlicher Systeme

Herr Mohamed Mouneeb, Anwalt und Präsident des afrikanischen Zentrums für Menschenrechte,

Donnerstag, 27. Januar 2005

1. Sitzung: Ägyptische politische Parteien und Partizipation der Frauen

Herr Sa'id Abdel Hafez, Anwalt und Experte für Menschenrechte,

2. Sitzung: Definition der Partizipation im Entscheidungsprozess

Herr Sa'id Abdel Hafez, Anwalt und Experte für Menschenrechte,

Das Ziel dieses Trainings, das als politische Bildungsveranstaltung für Frauen gilt, ist es Studentinnen (Ain Schams Universität) über ihre politischen Rechte und Pflichten als Staatsbürger zu informieren und ihnen die Wichtigkeit ihrer politischen Partizipation bewusst zu machen. Die Veranstaltungsserie sollte vier verschiedenen Gruppen, je bestehend aus ca. 20 Studentinnen, umfassen und mit ihnen jeweils dasselbe Trainingsprogramm erarbeiten. Jeder Workshop umfasste drei Seminartage.

Erster Tag:

In der ersten Sitzung zum Thema: „Partizipation der Frauen in den internationalen Abkommen“ sprach **Frau Hala Abdel Kader** anfangs allgemein über die Rolle der Frau in den verschiedenen Lebensbereichen. Sie diskutierte mit den Studentinnen was, in ihrer Sicht, die Rechte sind, die den Frauen noch vorenthalten werden. Sie diskutierten dabei die unterschiedlichen Möglichkeiten die sich Männern und Frauen im Rahmen der politischen Partizipation eine Folie auf der den Geschlechtern „traditionelle“ Eigenschaften zugeordnet. Die Frau wurde darin als emotional bzw. wenig rational, schwach, eher defensiv, am Besten als eine Hausfrau und Mutter charakterisiert. Der Mann dagegen wurde als eher rational, stark, mutig, selbständig dargestellt. Sie warb bei den jungen Studentinnen dafür sich von diesen traditionellen Rol-

lenmustern zu lösen. Zwar müsse man bestimmte (biologische, anatomische) Unterschiede zwischen Mann und Frau anerkennen, andere Unterschiede im Denken und Handeln entwickeln sich jedoch eher in Abhängigkeit der jeweiligen sozialen, ethischen, räumlichen und zeitlichen Umgebung. All diese seien eben nicht vom biologischen Geschlecht abhängig. Frau Abdel Kader verwies auf verschiedene Artikel aus internationalen Abkommen, die dieses Faktum hervorheben. Alle diese Artikel unterstreichen die Gleichberechtigung der beiden Geschlechter. Sie erklärte den Unterschied zwischen „Unterschrift“ und „Ratifizierung“ eines Abkommens und verwies darauf dass ein internationales Abkommen nach der Ratifizierung einem normalen Landesgesetz gleichgestellt ist. Ihrer Meinung nach sei „CEDAW“ das wichtigste internationale Abkommen zur Gleichstellung der Frau, weshalb sie dieses Abkommen ausführlich mit den Studentinnen diskutierte.

In der zweiten Sitzung zum Thema: „Stufen der Partizipation der Frauen“ erörterte **Frau Abdel Kader** mit den Studentinnen die Frage, warum viele Frauen nicht interessiert seien, sich politisch zu engagieren, obwohl ihnen vermehrt Rechte zugebilligt worden sind. Früher, so schien es der Referentin, hätten Frauen über weniger Rechte verfügt, aber mehr für ihre politischen Rechte gestritten und versucht stärker politisch aktiv zu sein. Sie diskutierte die wichtigsten Daten und Ereignissen der ägyptischen Frauenbewegung. Aus dieser Präsentation wurde deutlich, dass Frauen früher ihre Rechte einforderten und für sie kämpften, heutzutage aber, nachdem sie einige Rechte erkämpft hätten, weniger am politischen Leben teilnahmen als früher.

In der dritten Sitzung zum Thema: „Hindernisse der Partizipation der Frauen“ diskutierte **Frau Abdel Kader** mit den Studentinnen mögliche Gründe, welche Frauen von einer stärkeren politischen Partizipation abhalten bzw. an einer solchen hindern könnten. Die Diskussion brachte folgende mögliche Erklärungen hervor:

- den Frauen mangle es an Bewusstsein für die Bedeutung ihrer politischen Rechte
- die Gesetze über Frauenrechte würden nicht immer umgesetzt
- die Abgeordneten seien nicht ausreichend bekannt
- es gäbe keine verifizierbaren Wahlergebnisse
- viele Abgeordnete würden ihr Versprechen nach der Wahl nicht halten.

Am Ende der Sitzung diskutierte man noch über die Rolle, welche der Staat und die Zivilgesellschaft spielen könnten, um diese Hindernisse überwinden zu können.

Zweiter Tag:

In der Sitzung zum Thema: „Definition der Quotenregel und ähnlicher Systeme“ stellte **Herr Mohamed Mouneeb** zuerst Gründe dar, die für eine Quotenregel für weibliche Abgeordnete sprechen. Eine solche Quotenregel wird in vielen Ländern bereits angewandt. Ziel ist nicht Frauen gegenüber Männern zu bevorzugen, sondern eher, mögliche soziale Hindernisse und Traditionen zu überwinden, die es nicht nur in der arabischen Welt sondern beispielsweise auch in anderen Weltregionen mit Blick auf die politische Vertretung durch Frauen gibt. So haben Frauen in den USA lediglich 14% der Sitze im Parlament inne, obwohl die USA seit 250 Jahren eine demokratische Verfassung haben und die Geschlechter gleichberechtigt seien. Zusätzlich werden Quotenregeln auch für Minderheiten (z.B. Farbige) und in Universitäten verwendet, damit diesen geholfen wird ihre Belange zu artikulieren. Sobald die jeweilige Quotenregelung ihre Ziele erreicht habe, werde sie ausgesetzt. Bis dahin könne es auch modifiziert werden. Herr Mouneeb verwies jedoch auch auf Argumente die gegen Quotenregeln vorgebracht werden. So wird postuliert, Quotenregeln würden sich gegen die Grundzüge der Demokratie und des Wettbewerbs wenden. Frauen seien keine Minderheit und benötigen daher eigentlich keine „besondere Behandlung“. Zudem würde eine solche Regelung suggerieren, dass Frauen den Männern unterlegen seien. Die Fürsprecher der Quotenregeln halten dem entgegen, dass es, ihrer Meinung nach, keine ideale Demokratie gäbe und verweisen dabei auf die Erfahrungen in verschiedenen Ländern in denen Minderheiten unterrepräsentiert wären.

Dritter Tag:

In der ersten Sitzung zum Thema: „Ägyptische politische Parteien und Partizipation der Frauen“ erklärte **Herr Sa'íd Abdel Hafez**, dass eine Mehrheit der politischen Parteien einer der wichtigsten Vorbedingungen sei, eine wirklich demokratische Gesellschaft zu schaffen. Man könne nämlich solange nicht von einer demokratischen Gesellschaft sprechen, solange es politischen Parteien selbst theoretisch unmöglich sei ihr Hauptziel zu erreichen und zwar einen friedlichen politischen Machtwechsel herbeizuführen. Er er-

wähnte, dass die ägyptische Frau ihre politische Rechte schon in der Verfassung von 1906 erlangt hatte. Seitdem schwanke die Repräsentation im ägyptischen Parlament zwischen 2% und 9% wobei immer noch wenige Frauen von ihren Parteien für einen Parlamentsitz nominiert würden.

Er diskutierte mit den Studentinnen darüber,

- was politische Parteien seien, ihre Entstehung und Entwicklung in Ägypten,
- was die Frauenkomitees (in den Parteien) seien und warum die Frauen oft nur an den Frauenkomitees interessiert seien,
- wie man die Frauen politisch weiter qualifizieren könne,
- wie die Rolle der politischen Parteien in der Gesellschaft gestärkt und ihre Wichtigkeit im demokratischen Entwicklungsprozess besser herausgestellt werden könne,
- was politische Partizipation im Allgemeinen bedeute und wie die politische Partizipation der Frauen zu erleichtern und Hindernisse zu beseitigen seien,
- wie man mehr Frauen in die politischen Parteien integrieren könne und weshalb politische Parteien Frauen verstärkt für Wahlen nominieren sollten,
- was Parteien von Syndikaten, Zivilgesellschaften (NRO's) und Interessengruppen unterscheide,
- weshalb die Heterogenität von politischen Parteien wichtig sei und wie man sie erreichen könne.

In der zweiten Sitzung zum Thema: „Definition der Partizipation im Entscheidungsfindungsprozess“ diskutierte **Herr Abdel Hafez** mit den Studentinnen die Bedeutung der politischen Partizipation im Allgemeinen und die Wichtigkeit der Rolle der Frau im Entscheidungsfindungsprozess. Er teilte die Studentinnen in drei Gruppen ein, die „Gegner“ der weiblichen Partizipation die „Befürwortern“ und die Unentschiedenen.

Die „Gegner“ einer verstärkten politischen Partizipation brachten vor, dass:

- die politische Arbeit eine anstrengende Aufgabe sei die Erfüllung einer solchen Aufgabe sie an der Erfüllung ihrer Hauptaufgabe als Haus- und Ehefrau sowie als Mutter hindern könne.
- der Mann in der Politik und in der Entscheidungsfindung effizienter sei, besonders weil die Frau zu emotionalem, oft nicht rationalem Verhalten neige und nicht immer objektiv sei.

Die „Befürworter“ einer verstärkten politischen Partizipation brachten dagegen vor, dass:

- die Frauen schließlich die Hälfte der Gesellschaft repräsentierten und dem Mann gleichgestellt (in den Fähigkeiten, Rechten und Pflichten) sei
- sie deshalb das Recht auf eigenständige Meinungsbildung und Teilhabe an Entscheidungsfindungsprozessen habe.

Die „Unentschiedenen“ brachten dagegen vor, dass:

- es egal sei, ob die Frau am politischen Leben teilnehme oder nicht. Sie solle sich ganz alleine entscheiden, ob sie im politischen Bereich arbeiten könne bzw. möchte oder nicht, und zwar je nach ihren Umständen, Prioritäten, Fähigkeiten, Kapazitäten, ihrer Persönlichkeit, Gesellschaft, usw.
- Sie solle am politischen Leben und an Entscheidungsfindungsprozess solange teilnehmen, wie sie die Rechte derjenigen nicht vernachlässigt, die ihr gegenüber Rechte beanspruchen

Evaluierung:

Abschließend kann festgestellt werden, dass die Workshopserie bei den verschiedenen Studentinnengruppen auf ein gleich bleibendes, großes Interesse gestoßen ist. In den vier Workshopserien wurden insgesamt etwa 100 Studentinnen weitergebildet.

Befragungen nach den jeweiligen Veranstaltungen zeigen, dass die Erwartungen der überwiegenden Anzahl der weiblichen Teilnehmerinnen erfüllt worden sind. Beste Werte erreichten die Aspekte Organisation der und Betreuung während der Veranstaltung. Abstriche gab es bzgl. der Auswahl der zu behandelnden Themenstellungen und vor allem der Zeitabläufe. Wenige Kritik wurde gegen den Veranstaltungsort bzw. die zur Verfügung stehenden Instrumentarien vorgebracht.

Angeregt wurde, dass man in Zukunft noch mehr Zeit zur Diskussion der Themen haben sollte und dass man die Themenbereiche auf ökonomische Fragestellungen erweitern sollte. Vor allem ging es den Studentinnen dabei auch um die Diskussion der Lage der Hochschulabsolventinnen und die Interaktion mit ihren männlichen Geschlechtsgenossen, die vor ähnlichen Problemen stehen wie sie.

Die rege und aktive Teilnahme der jungen Frauen an den Sitzungen, ihre Resonanz nach den Veranstaltungen und ihr Wunsch in zukünftige Veranstaltungen auch männliche Teilnehmer mit einzubeziehen, zeigen, dass die Veranstaltungen viele ihre Ziele erreicht haben.

2.1 Exporte von Dienstleistungen – Chance für Ägypten? Der Tourismussektor

Veranstaltungsform:	Workshop (45 Teilnehmer)
Partner:	Center for the Study of Developing Countries (CSDC)
Zeit / Ort:	27. Februar 2005, Kairo Universität
Sprache:	Arabisch

Programmübersicht

Sonntag, 27. Februar 2005

Eröffnungssitzung

Frau Prof. Dr. Ola El-Khawaga, stellv. Leiterin des "Center for the Study of Developing Counties",
Herr Prof. Dr. Ahmed Abdel Wanis, Leiter des "Center for the Study of Developing Counties",
Herr Prof. Dr. Kamal El-Menoufi, Dekan der FEPS, Universität Kairo
Herr Mohamed Kassem, Leiter der Wirtschaftssektion des „Egyptian International Economic Forum“
Herr Dr. Michael Lange, Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung Ägypten

1. Sitzung: Der Tourismus in Ägypten und die jüngsten wirtschaftlichen Veränderungen

Leitung: **Herr Prof. Dr. Mohamed Fathi Sakr**, Leiter der Wirtschaftsabteilung, FEPS
Frau Prof. Dr. Adla Ragab, asst. Professor für Wirtschaft, FEPS, Kairo Universität
Frau Dr. Hala Sakr, Lektorin für Wirtschaft, FEPS, Kairo Universität
Herr Dr. Mohamed Ibrahim El-Iraqi, Leiter der Abteilung für Tourismusstudien, FEPS, Fayoum
Kommentar: **Herr Ilhami Al-Zayat**, Vorsitzender der ägyptischen Tourismuskammer

Der vierte Workshop der Serie über den Dienstleistungsexport als Chance für die ägyptische Wirtschaft beschäftigte sich mit dem wichtigen Tourismussektor und seinen Zukunftsaussichten.

Zu Beginn der Veranstaltung begrüßte **Prof. El-Khawaga** die anwesenden Gäste und bedankte sich bei allen Partnern für das anhaltende Interesse an dieser Workshopserie.

Danach hieß auch **Prof. Abdel Wanis** der neue Leiter des Zentrums die anwesenden Gäste herzlich willkommen und gab einen kurzen Überblick über die in Zusammenarbeit mit der KAS und dem EIEF bereits durchgeführten Workshops dieser Serie. Die Workshops und die für das Frühjahr geplante abschließende Konferenz seien ein Versuch, die Folgen der Globalisierung und des GATT-Abkommens für Ägypten zu analysieren und den Entscheidungsträgern Strategien an die Hand zu geben, wie sie mit den Herausforderungen dieser internationalen Vereinbarungen besser fertig werden können. Für Ägypten bedeute dies vor allem, dem wichtigen Wirtschaftssektor: Tourismus, die notwendige, besondere Aufmerksamkeit zu widmen, die ihm als einzigem wirklich wachsenden und Arbeitsplätze schaffenden Wirtschaftssektor zweifellos zukommt.

Prof. El-Menoufi verwies in seiner Eröffnungsrede darauf, dass sich die FEPS schon in der Vergangenheit häufiger mit dem Thema Tourismus beschäftigt habe. Für die Zukunft Ägyptens sei der Tourismus wichtig, da dieser Wirtschaftssektor im Vergleich zur begrenzten Landwirtschaft und dem Industriesektor, der vor großen Problemen stehe noch ausbaufähig erscheine. In den letzten Jahren sei zudem weltweit das Interesse am Dienstleistungssektor gestiegen, so auch am Tourismus, insbesondere in Asien. Zum Ende seiner Ausführungen forderte El-Menoufi die zügige Weiterentwicklung des Produktes: Tourismus, die Schaffung eines Krisenmanagementsystems für den Fall dass dieser sensible Sektor externe Schocks erleidet und eine Bewusstseinsveränderung bei den Verantwortlichen, die erkennen müssen, wie sensibel der Kunde heutzutage auf einzelne Leistungskomponenten wie Preis, Service, Sportangebote etc. reagiere.

Dr. Lange würdigte nach der Begrüßung der Anwesenden zuerst die Leistungen des ausgeschiedenen Direktors des CSDC, Prof. Dr. Mustapha El-Sayyid und verwies dann ebenfalls auf die große Bedeutung des Tourismussektors für die ägyptische Wirtschaft.

Nach der Eröffnung des Workshops stellten die drei Referenten ihre gemeinsam verfasste Studie zur Situation des Tourismussektors in Ägypten vor.

Zunächst stellte **Prof. Ragab** die Ziele der Untersuchung vor, nämlich die Analyse der im GATT-Abkommen für Ägypten vorgesehenen Verpflichtungen, die daraus resultierenden Probleme des Sektors und die Ausarbeitung von Lösungsvorschlägen. Sie verwies darauf, dass die Studie erst vorläufig sei und die Verfasser sich vom anwesenden Publikum in der sich anschließenden Diskussion Verbesserungsvorschläge erhoffen. Diese sollten dann in das endgültige Papier eingearbeitet werden. Die Studie basiert auf dem von der Regierung zur Verfügung gestellten Zahlenmaterial der Jahre 1993 bis 2003. In dieser Periode wuchs der Tourismussektor jährlich um durchschnittlich 12 %; er erwirtschaftete 20–30% der gesamten Deviseneinnahmen des Staates und stellte knapp 12% der gesamten Arbeitsplätze zur Verfügung. Neue Schätzungen besagen, dass die Zahl der Touristen im Jahre 2004 wohl auf über 8 Mio. gestiegen ist und die Zahl der Hotelbetten mittlerweile 130.000 beträgt.

Dr. Sakr ging anschließend auf den Einfluss des GATT-Abkommen auf den ägyptischen Tourismussektor ein. Das GATT-Abkommen fordert uneingeschränkten Handel, der im Bereich des Tourismus weitestgehend umgesetzt wird, wobei der Anteil der ausländischen Investitionen in Tourismusprojekten auf 49% beschränkt wurde. Notwendig seien im Tourismussektor jetzt vielmehr weitergehende Strukturreformen. Es müsse jetzt die ägyptische Steuer- und Finanzpolitik reformiert werden, da in jüngster Zeit wieder neue Steuern eingeführt wurden, die den internationalen Wettbewerb erschweren. Probleme gebe es auch bei der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen zuständigen Ministerien und Behörden, hier gelte es Verbesserungen herbeizuführen. Ein wichtiger Punkt für die Wettbewerbsfähigkeit des ägyptischen Tourismussektors sei aber in erster Linie die Entwicklung der lokalen Humanressourcen, wobei es vor allem um bessere, marktorientierte Ausbildung gehen muss. Beispielsweise würden derzeit zu viele Touristenführer ausgebildet, die den bereits gesättigten Markt überschwemmen.

Prof. Sakr kritisierte den Vortrag als zu allgemein und forderte die Verfasserin auf, bei der Überarbeitung des Papiers weitergehende Informationen vom betroffenen Sektor selbst einzuholen und sich nicht nur auf die offiziellen Zahlen und Statistiken zu verlassen. Darüber hinaus sollte versucht werden den Entscheidungsträgern alternative Lösungen für die dargestellten Probleme aufzuzeigen.

Herr Zayat kritisierte in seinem Beitrag, dass es nicht nur im Tourismussektor sondern in fast allen Wirtschaftsbereichen in Ägypten keine konkreten Zielvorgaben und keine Visionen gebe. So gehe man in Ägypten nicht der Frage nach der „carrying capacity“ nach, sondern interessiere sich in erster Linie für den größtmöglichen Profit, ohne an Spätfolgen zu denken. Er verwies darauf, dass die offiziellen Statistiken nicht ohne Einschränkungen verwendet werden können, da es keine aussagekräftigen Datenbanken für den Tourismus gebe. Als „Tourist“ gelte beispielsweise jeder ausländische Staatsbürger, der die ägyptische Grenze überschreitet, gleich in welcher Eigenschaft er sich im Lande aufhalte. Auch die Einnahmen aus dem Tourismus seien in Wirklichkeit gesunken, da beispielsweise der durchschnittliche Hotelzimmerpreis im Jahr 1982 120\$ betrug, heute ein Hotelzimmer jedoch oft bereits schon für 60-70\$ zu haben sei. Ein weiteres Problem für Ägypten ist der weltweit sinkende Anteil des Kulturtourismus, der von ehemals 60% auf heute 18% gesunken sei, so haben von den 8,1 Mio. Touristen im vergangenen Jahr nur 2 Mio. die klassischen Kulturstätten Ägyptens wie Luxor, Pyramiden und Assuan besucht. Er kritisierte weiterhin die schlechte Ausbildung der Beschäftigten im Tourismussektor. Im Bereich Sprachkenntnisse, Allgemeinwissen und bei der richtigen Einstellung gegenüber dem Gast gäbe es in Ägypten große Defizite, die dringend behoben werden müssen, wenn die Konkurrenzfähigkeit erhalten werden soll. Es fehle sowohl an entsprechenden Ausbildungsanstrengungen wie auch an der praktischen Umsetzung.

Auf diesem Gebiet ist die Tourismuskammer inzwischen tätig geworden und hat ein Trainingsprogramm für Angestellte kleinerer Hotels und Fahrer der Touristenbusse begonnen.

2.2 Export von Dienstleistungen – Chance für Ägypten? Der Telekommunikations- und Informationssektor

Veranstaltungsform:	Workshop (28 Teilnehmer)
Partner:	Center for the Study of Developing Countries (CSDC)
Zeit / Ort:	08. Mai 2005, Kairo Universität
Sprache:	Arabisch

Programmübersicht

Sonntag, 8. Mai 2005

Eröffnungssitzung

Frau Prof. Dr. Ola El-Khawaga, stellv. Leiterin des "Center for the Study of Developing Countries",
Herr Prof. Dr. Ahmed Abdel Wanis, Leiter des "Center for the Study of Developing Countries",
Herr Mohamed Kassem, Leiter der Wirtschaftssektion des „Egyptian International Economic Forum“

1. Sitzung: Reform und Liberalisierung des Telekommunikationssektors in Ägypten

Leitung: **Frau Dr. Olfat Mansef**, stellv. Leiterin der „National Telecom. Regulatory Authority - NTRA“

Herr Dr. Sherif Kamel, Assistenz-Professor, Dept. For Business Administration, AUC

Herr Dr. Ahmed Ghoneim, Lektor für Wirtschaft, FEPS, Kairo Universität

Kommentar: **Herr Amr Hashem**, Leiter der politischen Abteilung, Ministerium für Telekommunikation

Der fünfte und letzte Workshop der Serie über den Dienstleistungsexport als Chance für die ägyptische Wirtschaft beschäftigte sich mit der aktuellen Situation und den Aussichten des für die ägyptische Wirtschaftsentwicklung wichtigen Telekommunikations- und Informationssektors.

Zu Beginn der Veranstaltung begrüßte **Prof. El-Khawaga** die anwesenden Gäste, bedankte sich bei allen Partnern für das anhaltende Interesse an dieser Workshopserie und wies auf die für Anfang Juli geplante Abschlusskonferenz hin, auf der die überarbeiteten Studien aller Workshops einem größeren Interessentenkreis vorgestellt und zur Diskussion gestellt werden sollen.

Dr. Sherif Kamel wies einleitend darauf hin, dass der IT-Sektor in Ägypten in den letzten 15 Jahren große Fortschritte gemacht habe und so eine hervorragende Basis für weitere Liberalisierungsmaßnahmen biete. Die von ihm vorgelegte Reformstudie lege dabei besonderen Wert darauf von Liberalisierung statt von Privatisierung des Sektors zu sprechen, da seiner Meinung nach, eine weitere Privatisierung nicht notwendig sei.

Telekommunikation gäbe es in Ägypten bereits seit 150 Jahren und unterlag bis 1998 als „public utility“ der staatlichen Kontrolle. Durch die sich immer schneller entwickelnde Technologie in diesem Bereich, insbesondere Internet und Mobilfunktechnik, habe sich der Privatsektor in den letzten 15 Jahren in diesen Bereich immer weiter entwickelt. Im Rahmen der Umsetzung des staatlichen Vorhabens: „Egypt Vision 1999 – 2009“ ist es in den drei wichtigsten Bereichen des hiesigen IT-Sektors: Festnetz, Mobilnetz und Internetdienstleistungen zu deutlichen Liberalisierungen gekommen. So wurden etwa die Bereiche Mobilnetz und Internetdienstleistungen privaten Anbietern überlassen und viele Projekte wurden im Rahmen von PPPs (Public Private Partnerships) verwirklicht.

Dr. Ahmed Ghoneim behandelte in seinem Vortrag, den bisher erreichten Stand der Liberalisierung in Ägypten. Die wichtigste Voraussetzung für eine erfolgreiche Liberalisierung eines Wirtschaftssektors - so Ghoneim - seien die drei Faktoren: Privatisierung, Wettbewerb und Regulierung. In Ägypten habe der Privatsektor die größten Teile des Mobilnetzes und des Internets übernommen, das Festnetzsystem befände sich jedoch in Form der Telecom Egypt noch ganz in staatlicher Hand, die aber den Verkauf von 20% der Anteile vorbereitet. Der Telecom Egypt sei es inzwischen gelungen, ihre Dienstleistungen spür-

bar zu verbessern und zu modernisieren, wobei das Festnetz erweitert, Dienstleistungen vermehrt angeboten und eine positive Preispolitik verwirklicht worden sei, bei der die Gebühren für Lokalgespräche deutlich erhöht und den realen Kosten angepasst und internationale Gesprächsgebühren gesenkt werden konnten. Die Telecom führe inzwischen umfangreiche Steuern an den Staat ab und konnte von Subventionszahlungen befreit werden. Aus diesem Grunde stelle sich die Frage, warum eigentlich ein Teil der Telecom Egypt privatisiert werden solle, da normalerweise im Rahmen eines Privatisierungsprogramms eher ineffektive bzw. verlustbringende Unternehmen privatisiert werden, was auf die Telecom Egypt nicht zuträfe.

Im Internetbereich sei dagegen durch die Vielzahl privater Anbieter inzwischen ein gesunder Wettbewerb entstanden, der dem Kunden zugute komme. Viele Dienstleistungen auch staatlicher Institutionen würden inzwischen über das Internet angeboten. Im Bereich des Mobilnetzes sei dagegen ein echter Wettbewerb noch immer nicht gegeben, da es weiterhin nur zwei Anbieter gäbe, denen es durch ein Abkommen mit der Regierung gelungen sei einen dritten Konkurrenten vorerst noch vom Markt fern zu halten. Für eine gelungene Liberalisierung erscheine es deshalb notwendig, dass Privatisierung und Wettbewerb parallel erfolgen bei gleichzeitiger Aufsicht durch eine Regulierungsbehörde, um negative Beispiele wie bei der Privatisierung des ägyptischen Zement- und Stahlsektor zu vermeiden. Die Rolle der Regulierungsbehörde läge u. a. in der Abstimmung der Preispolitik, wobei diese unabhängig sein sollte. Im Sektor Telekommunikation ist in Ägypten die neu- geschaffene „National Telecommunication Regulatory Authority NTRA“ dem Ministerium für Kommunikation und Informationstechnologie zugeordnet worden, da ohne Anbindung an ein Ministerium kein politischer Einfluss möglich ist. Dr. Ghoneim schloss seine Ausführungen mit der Bemerkung, dass die Liberalisierung des ägyptischen IT-Sektors über die WTO-Anforderungen hinausgegangen sei und so keine Probleme mit GATS und WTO zu erwarten seien.

Dr. Olfat Abdel Mansef begründete in ihrem Vortrag die staatliche Absicht, 20% von Telecom Egypt zu privatisieren, damit, dass auf diese Weise das Management des Unternehmens „neues Blut“ bekäme und neue Ideen entwickelt und verwirklicht werden können. Auch verteilen sich die notwendigen Investitionen zur Installation neuer Telefonnetze durch eine Teilprivatisierung auf mehrere Partner.

Zur Entscheidung der Telecom Egypt ihren Anteil an vorhandenen Leitungen an die beiden vorhandenen Operateure zu verkaufen verteidigte sie damit, dass es keinen potentiellen Investor gegeben habe und gleichzeitig die beiden vorhandenen Anbietern ihre Netze erweitern wollten. Sie führte auch an, dass die GSM-Technik inzwischen veraltet sei und durch die Entwicklung neuer Technologien auch im Mobilnetzsystem neuer Wettbewerb zu den bestehenden GSM-Anbietern entstehen könne. Im Bereich des Festnetzes laufe dagegen Ende des Jahres das Monopol der Telecom auf internationale Telefongespräche aus, was zu einer neuen Preispolitik und neuen Technologien führen wird.

Amr Hashem gab einen kurzen Überblick über die Entwicklung des IT-Sektors in Ägypten, der bis 1998 als „Public Utility“ dem Staatssektor untergeordnet war. Schon 1996 begann bei der Bereitstellung von Internetdienstleistungen die Zusammenarbeit mit dem Privatsektor und 1998 kam es dann zur ersten Privatisierung im Mobilsektor, die der Telecom Egypt Einnahmen in Höhe von \$ 500 Mio. bescherte. Durch die positiven Erfahrungen beschränkte sich das Ministerium auf die Schaffung von regulierenden Rahmenbedingungen während sie die Investitionen Privatunternehmen überliess.

In Zukunft sollte der Staat sich seiner Meinung nach auf langfristige Projekte konzentrieren und für deren Verwirklichung die Einnahmen aus der Privatisierung verwenden. Die vollkommene Unabhängigkeit der Regulierungsbehörde sei aus seiner Sicht nicht notwendig, da in ihrem Board 16 Mitglieder verschiedener Bereiche (auch Kunden) vertreten seien. Für die Telecom Egypt ergäben sich durch neue Technologien wie Kabel-TV in Zukunft immer neue Möglichkeiten. Abschließend bemerkte Herr Hashem noch, dass die Telecom Egypt stark von seinen Ingenieuren geprägt ist und auch der Unterstützung und Gestaltung durch andere Wissenschaftszweige wie Wirtschaftswissenschaftler, Kommunikationswissenschaftler usw. bedarf.

In der sich anschließenden Diskussion wurde angemerkt, dass die Vorträge durch Analysen und Fallstudien unterstützt werden sollten, so wäre im Mobilnetz eine Daten- und Indikatorenanalyse möglich. Untersucht werden müssten auch die Auswirkungen der Investitionen auf die Verbesserung der Wirtschaftslage, so seien besonders im IT-Bereich viele Grossaufträge an ausländische Firmen geflossen. Ein anderer Teilnehmer, der als Investmentberater für IT-Firmen tätig ist, wies auf die mit 7% noch immer geringe Telefonpenetration in Ägypten hin. Hier seien weitere Investitionen notwendig. Für ausländische Direktinvestitionen in diesem Bereich sei es zudem unerlässlich, dass die Regulierungsbehörde zusammen mit der

Regierung entsprechende Rahmenbedingungen schaffe, da sonst keine Investoren für derart langfristige Investitionen, die erst nach 10 – 12 Jahren Profit tragen, zu gewinnen seien.

3. Ägyptische Frauen in Führungspositionen

Veranstaltungsform: Konferenz (128 Teilnehmer)
Partner: Development Program for Women and Children (DPWC)
Zeit / Ort: 9./10. März 2005, Sheppard Hotel, Kairo
Sprache: Arabisch / Englisch (Simultanübersetzung)

Programmübersicht

Mittwoch, 9. März 2005

Eröffnungssitzung

Frau Maha Kheiralla, Vorsitzende des "Development Program for Women and Children" (DPWC)
Dr. Michael Lange, Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS)

1. Sitzung: Die politischen Rechte von Frauen gemäß internationalen Abkommen

Leitung: **Herr Abdel Moneim El Oleimy**, Parlamentsmitglied

Herr Mohamed Mouneeb, Rechtsanwalt und Direktor des „African Center for Human Rights“

„Allgemeiner Rückblick auf die politischen Rechte von Frauen und die Systeme der politischen Partizipation gemäß internationalen Verträgen und der ägyptischen Verfassung“

Herr Prof. Dr. Mohamed Kamel Ebeid, Juristischen Fakultät, Beni Suef Universität

„Die politischen Rechte von Frauen zwischen Unterstützung und Opposition“

Frau Nahed Al Menshawy, Vorsitzende der Rubrik „Frauen“ der Zeitung „Al Gomhuria“

„Ägyptische Frauen in Führungspositionen – eine Analyse“

2. Sitzung: Die Rolle ägyptischer Frauen in den Ministerien und im Parlament

Leitung: **Frau Prof. Dr. Ekbal El Ameer**, Geschäftsführerin der „Hawaa' Al Mostakbal Association“

Frau Mona Nash'at, Stellvertretende Herausgeberin der Zeitung „Al Gomhuria“

„Eine kritische Betrachtung der Geschichte der ägyptischen Frau“

Kommentar: **Frau Prof. Dr. Howeida Mostafa**, „Faculty for Mass Communication“, Kairo Universität

Herr Prof. Dr. Aly El Sawy, Direktor des "Parliamentary Program" an der FEPS, Kairo Universität

„Ein Rückblick auf die Rolle der Frauen im ägyptischen Parlament und ihren Einfluss darauf“

Kommentar: **Frau Hoda El Shahed**, Politikwissenschaftlerin

3. Sitzung: Partizipation über Quotenregelungen in Parteien und Gewerkschaften

Leitung: **Frau Prof. Dr. Nesreen El Boghdady**, Soziologin am „Center of Social Researches“

Frau Tahani Al Qi'i, Chefredakteurin der Rubrik „Frauen und Kinder“ der Zeitung „Al Ahrām“

„Akzeptiert die Gesellschaft die politische Partizipation von Frauen in Parteien und Gewerkschaften?“

Kommentar: **Frau Souad El-Demalawy**, Vorsitzende des NDP-Frauenausschusses

Herr Prof. Dr. Ali Moussa, Vorsitzender des UN-Projektes des „National Council for Women“ (NCW)

„Eine kritische Betrachtung der Quotenregelung für ägyptische Frauen im Parlament“

Kommentar: **Shadia Abdel Wahab**, Politikwissenschaftlerin

Donnerstag, 10. März 2005

1. Sitzung: Frauen und die Lokalräte

Leitung: **Frau Prof. Dr. Nagwa Kamel**, „Faculty of Mass Communication“, Kairo Universität

Frau Prof. Dr. Fawzia Abdel Sattar, Mitglied des legislativen Ausschusses des NCW

„Evaluierung des NCW und seiner Rolle bei der Erhöhung der politischen Partizipation von Frauen“

Kommentar: **Frau Seham Negm**, Vorsitzende der „Women and the Society Association“

Herr Sa'id Abdel Hafez, Rechtsanwalt und Menschenrechtsexperte

„Hindernisse für Frauen im Wahlkampf und in den Lokalräten“

Kommentar: **Frau Awatef Kahk**, Parlamentarier, El Fayoum Governorat

2. Sitzung: Das politische Bewusstsein der ägyptischen Frau

Leitung: **Frau Prof. Dr. Mona El Marzouky**, „Faculty of Education“, Kairo Universität

Frau Hala Abdel Kader, Vertreterin des „Center for Egyptian Women’s Issues“

„Die Rolle der Zivilgesellschaft bei der Erhöhung der politischen Partizipation von Frauen“

Kommentar: **Frau Wafaa’ El Masry**, Rechtsanwältin und Expertin für Frauenrechte

Herr Dr. Shawki El Sayed, Rechtsanwalt, Consultant und Mitglied des Shura Rates

„Das Interesse am politischen Bewusstseins und der politischen Partizipation der Frau?“

Kommentar: **Frau Nahed El Menshawy**, Vorsitzende der Rubrik „Frauen“ der Zeitung „Al Gomhuria“

3. Sitzung: Die ägyptische Frau und ihre Teilhabe am Entscheidungsfindungsprozess

Leitung: **Herr Mahmoud Dawood**, Vorsitzender der „Arab and Social Association“

Frau Shadia Abdel Wahab, Vizesekretärin im Parlamentarischen Informationsausschuss

„Die ägyptische Frau als decision maker im Licht der gegenwärtigen Reformpolitik“

Kommentar: **Frau Prof. Dr. Salwa Mahmoud Ali**, Professorin für Medien, Helwan Universität

Frau Magda Mehanna, Journalistin für die Zeitung „Al Ahram“

„Die Medien und ihre Rolle bei der Unterstützung der politischen Themen von Frauen“

Kommentar: **Frau Prof. Dr. May Shehab**, Mitglied des politischen Ausschusses des NCW

Schlussitzung: Zusammenfassung und Empfehlungen

Maha Kheiralla, Vorsitzende des „Development Program for Women and Children“ (DPWC)

Maha Kheiralla begrüßte die Anwesenden zur dritten Konferenz, die das „Development Program for Women and Children“ (DPWC) in Kooperation mit der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) organisiert hat und dankte dem KAS-Team für seine Unterstützung. In ihrem Grußwort betonte sie die Bedeutung der politischen Schulung von Studentinnen zur Verbesserung der Position der Frau in der Politik und stellte einige rhetorische Fragen, um die Richtung der Konferenz zu weisen: Ist die ägyptische Frau eine politische Minderheit und wenn ja, wie kann man dann von der Gleichberechtigung von Mann und Frau sprechen? Welche Möglichkeiten haben Frauen, hohe Positionen in Parteien oder Firmen einzunehmen und inwiefern können sie Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen?

In seiner Eröffnungsrede lobte **Dr. Michael Lange** den stetigen Einsatz DPWC’s für die Rechte von Frauen und Kindern. Er verwies auf die geringe Vertretung arabischer Frauen in nationalen Parlamenten und die verhältnismäßig fortschrittliche Vertretung ägyptischer Frauen in der „People’s Assembly“. Dennoch saßen kaum Frauen in den Ministerien. Aus diesem Grund müssten sie weiterhin ermutigt werden, sich politisch einzusetzen und die Emanzipation voranzutreiben.

Der Moderator der ersten Sitzung, **Abdel Moneim El Oleimy**, stellte die These auf, dass eine Kombination der traditionellen und der modernen Rolle der Frau möglich sein müsse. Die Karriere dürfe nie die Qualität des Familienlebens beeinträchtigen und die Familie müsse immer Priorität gegenüber der Arbeit haben. Gleichzeitig bestätigte El Oleimy die verfassungsmäßige Gleichheit der Geschlechter, forderte die Eliminierung aller Formen der Diskriminierung und die Wahrung der Grundfreiheiten aller Menschen. Er kritisierte die weitverbreitete Haltung, Frauen seien aufgrund geschlechtsspezifischer Eigenschaften nicht für alle Berufe geeignet. Es gebe keinen wissenschaftlichen Hinweis auf eine vermeintliche Unfähigkeit von Frauen, Gebete zu führen oder bedeutende öffentliche Mandate anzunehmen. Dass einige Frauen bereits erfolgreich im Shura Rat tätig sind oder - in anderen Staaten der Welt - verschiedene Ministerämter innehaben, sei ein weiteres Zeichen, dass Frauen solche Führungspositionen einnehmen können. El Oleimy rief deswegen die Frauen auf, ihre Möglichkeiten zu nutzen und das politische Leben zu beeinflussen. Die Quotenregelung sei zu diesem Zweck eine großartige Einrichtung gewesen und müsse wieder eingeführt werden.

Die Quotenregelung war während der gesamten Konferenz eine umstrittene Maßnahme zur Förderung der Gleichberechtigung von Mann und Frau.

Mohamed Mouneeb stellte fest, dass Frauen immer wieder beweisen müssten, dass sie genauso qualifiziert sind wie Männer und deswegen dieselben Positionen einnehmen können. Im Gegensatz zu El Oleimy war Mouneeb der Meinung, Frauen dürften nicht per se als Tochter, Ehefrau oder Mutter betrachtet werden, sondern - für den Fall, dass sie einen Beruf ausüben – in erster Linie als Richterin, Ärztin oder Direktorin einer Universität. Dazu müsse jedoch das traditionelle und religiös manifestierte Bild der Frau einem modernisierenden Wandel unterzogen werden. In diesem Zusammenhang bedauerte er den rückwärts gerichteten Blick der ägyptischen Gesellschaft, der insbesondere in den vergangenen fünf Jahren zu einer Stagnation der Emanzipationsbewegung geführt habe.

Warnend fügte Mouneeb hinzu, dass der politische und gesellschaftliche Status der Frau Spiegelbild des politischen Zustands der gesamten Gesellschaft sei und derzeit auf ein großes Demokratiedefizit hinweise. Da die Frauen, die Hälfte der Gesellschaft ausmachten, sei keine demokratische Entwicklung der Gesellschaft möglich, solange sie nicht über die gleichen de jure und de facto Rechte wie Männer verfügten.

Mohamed Kamel Ebeid nahm in erster Linie auf den Vortrag von Herrn El Oleimy Bezug. Die Quotenregelung sei verfassungswidrig, da sie den Frauen Privilegien erteilen würde, die gegen die Prinzipien eines rechtmäßig geführten, kompetitiven Wahlkampfes verstießen. Eine derartige Einschränkung der Wahl- und Nominierungsfreiheit könne nicht dem Vorantreiben der Gleichberechtigung der Geschlechter dienen. Ein Unrecht, so Ebeid, dürfe nicht durch ein anderes Unrecht aufgehoben werden. Dennoch betonte er, dass alle unrechtmäßigen Diskriminierungen aufgehoben werden müssten und er befürwortete die Förderung der Rechte der Frau auf verfassungskonformem Wege.

Eine fortschrittliche politische Erziehung junger Frauen und Männer sei eine notwendige Maßnahme zur Schaffung einer gleichberechtigteren Zukunft. Nur so könne der Gesellschaft vermittelt werden, dass Frauen und Männer zusammenarbeiten können und müssen.

Der Vorsitzende der ersten Sitzung, Abdel Moneim El Oleimy, dankte den Rednern und merkte noch einmal an, dass er die Quotenregelung für sinnvoll halte, auch wenn sie verfassungswidrig sei. Er fügte jedoch hinzu, dass Frauen zu passiv im Kampf um ihre Rechte seien.

Die erste weibliche Referentin der Konferenz, Frau **Nahed Al Menshawy**, wies einleitend darauf hin, dass mindestens die Hälfte der Referenten und Referentinnen auf derartigen Konferenzen weiblich sein sollte. Zur vorangegangenen Diskussion merkte sie an, dass die männlichen Referenten häufig die Durchsetzung von Frauenrechten fordern würden, um kurz darauf eine Einschränkung folgen zu lassen. Das zeige die Notwendigkeit kulturellen Wandels zur Förderung der Frau. Die Gleichheit der Geschlechter in solchen Fragen wäre erst dann erreicht, wenn Positionen entsprechend der Qualifikation der Bewerber besetzt würden und nicht entsprechend traditioneller Vorurteile gegenüber einem Geschlecht.

Auch Al Menshawy stellte den Rückgang von Frauen im Parlament fest und bedauerte, dass diese selten Führungspositionen in Ausschüssen oder Ministerien besetzten, sondern meist als Sekretärin angestellt seien. Zudem sollten Frauen in allen Sektoren vertreten sein, nicht ausschließlich im Erziehungs- und Gesundheitssektor. So solle jedes Governorat durch mindestens eine Frau vertreten werden. Wichtig sei die stärkere Präsenz von Frauen im privaten Sektor. Dort benötigten sie mehr Unterstützung von Seiten der Arbeitgeber z.B. durch eine Kürzung der Arbeitszeit entsprechend den Arbeitszeiten im öffentlichen Dienst.

Abschließend ermunterte sie alle Frauen, ihre Ziele zu verfolgen und selbstbewusst zu handeln.

Diese ersten Vorträge stießen eine rege **Diskussion** an. Eine Kommentatorin aus dem Publikum verwies auf verschiedene europäische Länder, die lange Zeit mit der Quotenregelung gearbeitet hätten oder es bis jetzt noch tun würden und dabei stets gute politische Ergebnisse erzielten. Schließlich habe man selbst in Ägypten eine Quotenregelung für Arbeiter und Bauern, um sie politisch zu fördern, eingeführt. Sie beschwerte sich zudem über einen Kommentar von Herrn El Oleimy, der die ägyptischen Frauen im Kampf um ihre Rechte als faul bezeichnet hatte. El Oleimy erwiderte, er habe sich missverständlich ausgedrückt und glaube nicht, dass Frauen am Ausbau ihrer Rechte desinteressiert seien. Er sei lediglich der Meinung, dass sie sich stärker gegenseitig unterstützen sollten.

Mohamed Kamel Ebeid ging auf den Hinweis über die Quotenregelung für Arbeiter und Bauern ein und bezeichnete die Regelung als ebenso verfassungswidrig wie nutzlos, da die über die Quote im Parlament vertretenen Bauern und Arbeiter in den Sitzungen lediglich schlafen würden und Analphabeten seien. Diese Aussage rief großen Widerspruch im Publikum hervor. Die Vorsitzende des Family Committee bat dar-

um, die Bauern und Arbeiter nicht über einen Kamm zu scheren und betonte, dass ihre Vertretung im Parlament wichtig sei, um dessen Repräsentativität zu gewährleisten.

Weitere Kommentare waren: 1.) Ägypten sei eine orientalische Gesellschaft, deswegen sollte eine Frau nicht berufstätig sein, solange sie den Haushalt nicht erfolgreich manage. 2.) Frauen müssten bereits auf lokaler Ebene stärker gefordert und gefördert werden, um später für einen quotenfreien Wahlkampf gewappnet zu sein und ihr Geschlecht angemessen in der Politik zu repräsentieren. 3.) Frauen seien beim Streben nach einer politischen oder beruflichen Karriere wesentlich auf die Unterstützung von Männern angewiesen, nicht nur von denjenigen denen sie im Berufsleben oder im Wahlkampf begegnen, sondern auch von ihren Ehemännern.

Nachdem die Moderatorin der zweiten Sitzung, **Ekbal El Ameer**, DPWC für die im Bereich der Emanzipation geleistete Pionierarbeit gedankt hatte, bat sie die Vortragenden sich von nun an stärker an den vorgegebenen Zeitrahmen zu halten.

Aly El Sawy verlieh seiner Freude über die lebhafte Diskussion Ausdruck und dankte Herrn Lange und dem KAS-Team für deren technische, finanzielle und moralische Unterstützung verschiedener Entwicklungsparteien in Ägypten. Es sei wichtig, dass sich junge Menschen eine politische Meinung bilden ohne mit Meinungen oder kulturellen Eigenheiten der Gesellschaft vorbelastet zu sein. Erfahrungen und Handlungen sollten die Kultur prägen, nicht viceversa. Zur Verbesserung der politischen Situation der Frau sollten einige Dinge überdacht werden: Sollten Frauen lediglich im Parlament vertreten sein oder sollten sie die Möglichkeit bekommen, ihre eigenen politischen Vorstellungen und Interessen zu vertreten? Sind Frauen eine politische Minderheit und wenn ja, ist das in ihrem Interesse oder nicht? El Sawy bot erste Antworten: so müssten Frauen im Stande sein ihre eigenen Interessen zu vertreten, da es keinen Grund gebe, Frauen aufgrund kultureller oder traditioneller Gepflogenheiten zu diskriminieren. Außerdem könnten Frauen das politische Leben aufräumen und positive Veränderungen hervorrufen, da sie neue Perspektiven in festgefahrene Diskussionen bringen würden. Deswegen gelte die Regel, je schlechter das politische System ist, desto mehr können sich Frauen ein Standbein in der Politik verschaffen. Die Quotenregelung sei jedoch mit Vorsicht zu genießen, da der Wähler frei zwischen Kandidaten beider Geschlechter entscheiden können sollte. In Reaktion auf die Diskussion fügte El Sawy hinzu, dass nichts daran falsch sei, aufgrund der Zugehörigkeit zu einem Stamm Stimmen zu sammeln. Diejenigen Kandidaten, die aus eigener Kraft erfolgreich seien, jedoch besser für den Kampf im Politikalltag gewappnet wären.

Die junge Wissenschaftlerin **Hoda El Shahed** dankte zunächst ihrem Professor Aly El Sawy für die Möglichkeit, an dieser Konferenz teilzunehmen und formulierte eine Anzahl rhetorischer Fragen, die in ihren Augen von der Politikwissenschaft erörtert werden sollten. Eine bereits diskutierte Thematik seien die Möglichkeiten von Parlamentariern, Einfluss auf die Regierung zu nehmen. Um zu beurteilen inwiefern Frauen auf hohem Niveau Gehör finden, sollte festgestellt werden, welche Instrumente Parlamentarierinnen im Gegensatz zu Parlamentariern nutzen, um die Regierungspolitik zu beeinflussen. Aus eigenen Studien ginge hervor, dass die Unterschiede marginal seien. Entscheidend seien auch die Wege der Kommunikation zwischen den Geschlechtern und den verschiedenen Ebenen.

Ein weiterer Schritt zur Förderung der politischen Frauen sei die Ermöglichung des Zugangs zu allen Bereichen der Politik, also nicht nur zur Erziehungs-, sondern auch zur Fiskalpolitik. Denn die Frauen, die derzeit in der Politik seien, würden beweisen, dass sie mit sämtlichen Fragestellungen genauso souverän umgehen könnten wie ihre männlichen Kollegen. Abschließend betonte El Shahed die Notwendigkeit einer stärkeren Präsenz von Frauen im Parlament und die dafür notwendige Bildung von Kadern qualifizierter Frauen, von denen es bisher zu wenige gebe.

Obwohl schon zu diesem Zeitpunkt das Publikum großen Diskussionsbedarf äußerte, verlagerte **Ekbal El Ameer** die Diskussion auf das Ende der Sitzung.

Sowohl auf regionaler als auch auf internationaler Ebene gäbe es einige Frauen, die äußerst wichtige Positionen im Staat erreicht hätten wie Condoleezza Rice oder Cleopatra. Es existierten also Frauen, so **Mona Nash'at**, die das Bild des öffentlichen Lebens verändern könnten. Allerdings spiele die Quantität in diesem Fall eine bedeutende Rolle, nicht zur Steigerung der Qualität, wohl aber zur Einwirkung auf das Ausmaß, in dem bestimmte Themen auf die politische Agenda gesetzt würden. Es bestünde kein Zweifel daran, dass die Anzahl der politisch aktiven Frauen noch immer viel zu gering sei.

Howeida Mostafa bestätigte die These Mona Nash'ats, ägyptische Frauen seien noch immer eine politische Minderheit. Ergänzend stellte sie fest, dass die politische Situation einer Frau nicht unabhängig von deren sozialer und wirtschaftlicher Position betrachtet werden dürfe. So könne sie nur dann politisch aktiv sein, wenn sie nicht für den Lebensunterhalt ihrer Familie sorgen müsse. Frauen fehle es insbesondere in ländlichen Regionen oft an einer guten Grundausbildung, wodurch Männer im allgemein im Vorteil wären. Howeida Mostafa ging noch einmal auf die kulturelle Umwelt für politische Partizipation ein und ergänzte ihre Vorredner und Vorrednerinnen, in dem sie auf die parallele Entwicklung eines immer konventionelleren, religiös geprägten Frauenbildes und einer modernen Frau hinwies, die die Stagnation der Frauenbewegung teilweise erklären könnte. Eine Entwicklungsinitiative müsse deswegen ergriffen werden, um Frauen politisch zu schulen, ihr Selbstbewusstsein zu stärken und so deren politische Initiative zu fördern. Denn dann könnten Frauen viel erreichen, sagte sie und verwies auf die Berufung von Frau El Gibaly an das Verfassungsgericht.

Die Gesellschaft müsse erkennen, dass die Frauen einerseits auf die gesellschaftliche Unterstützung angewiesen seien, andererseits mit ein wenig Unterstützung auch sehr viel für die Gesellschaft und deren Entwicklung tun könne.

Auch am Ende der zweiten Sitzung entwickelte sich eine lebhaftere **Diskussion**. Viele Einwürfe ähnelten allerdings denen aus der ersten Diskussionsrunde. Folgende Kommentare bildeten Neuheiten: 1.) Ein Mitglied des Shura Rates aus dem Governorat Nordsinai pochte auf die staatliche Pflicht, Frauen bei der Erziehung ihrer Kinder zu entlasten, wenn sie berufstätig und/ oder politisch aktiv seien. Aus ihrer eigenen Erfahrung schilderte sie die Bedeutung von Stammeszugehörigkeiten beim lokalen Wahlverhalten der Bevölkerung im Nordsinai und die Notwendigkeit, eine öffentliche Meinung zu bilden. So hätten sie schon viele Frauen in die Kommunalpolitik katapultieren können 2.) Frauen würden sobald sie Führungspositionen erreicht hätten, erstarren und sich am Bild einer erfolgreichen Frau festhalten ohne sich selbst weiterzuentwickeln und politische Ideen zu formulieren. 3.) Eine Kommunalpolitikerin aus dem Governorat Fayum berichtete, dass sie manchmal von ihren männlichen Kollegen gebeten würde, den Raum zu verlassen, damit sie „richtig“ diskutieren könnten. 4.) Schwerwiegend war der Vorwurf, der NCW bestehe aus Personen, die aus der Oberschicht stammen und kaum mit Lokalpolitikern kommunizieren würden. Ekbal El Ameer wies diesen Vorwurf vehement zurück und sagte, dass es im NCW Frauen gebe, die den Kontakt zur Basis halten sollten. Sie persönlich würde immer danach streben sowohl die Frauen aus den Slums als auch die Akademikerinnen zu erreichen.

Da die Konferenz bereits 45 Minuten hinter ihrem Zeitplan herhinkte, übergab **Nesreen El Boghdady** nach einer kurzen Begrüßung direkt das Wort an **Tahani Al Qi'i**. Frau Al Qi'i glaubt, dass Frauen gewählt werden sollten, weil sie eine besondere Fähigkeit hätten, Kontakt zu sehr unterschiedlichen Menschen aufzunehmen und den Wunsch hätten, deren Bedürfnisse zu befriedigen. Aufgrund ihres Einfühlungsvermögens könnten sie die Interessen der Gesellschaft gut verstehen. Sie fügte hinzu, dass durch politisches Engagement das gesamte Leben einer Frau geprägt würde. Sie sollten versuchen, ihre Kinder von Anfang an politisch zu erziehen, dadurch würden sie der Gesellschaft einen großen Dienst leisten. Die politische Erziehung sei zudem eine gute Charakterschule und würde jungen Menschen beim Eintritt in die Gesellschaft helfen. Deswegen sei eine politische Erziehung vor allem für Mädchen sehr wichtig.

Die Vorsitzende, **Nesreen El Boghdady** nahm die Erziehungssituation auf und warf eine Frage in die Runde auf die sie später zurückkommen würde: Wenn Ihre Tochter Sie um Erlaubnis bitten würde, an einer Demonstration teilzunehmen, würden Sie sie gehen lassen? Später stellte sich heraus, dass die meisten Anwesenden ihre Töchter ziehen lassen oder sogar begleiten würden. Allerdings meldeten sich vermutlich auch nur diejenigen zu Wort, die glaubten, im Sinne der Vorsitzenden zu antworten. Diese wies darauf hin, dass sie mit der Frage herausfinden wollte, inwiefern die ägyptische Gesellschaft offen für politisch aktive Frauen sei.

Ali Moussa setzte sich in seinem Vortrag mit der Quotenregelung auseinander. Die weibliche Beteiligung im Parlament betrage derzeit 2,5 Prozent. Der Rückgang sei insbesondere auf die Rücknahme der Quotenregelung zurückzuführen, diese wäre eingeführt worden, um der Hälfte der Bevölkerung, also den Frauen, eine politische Stimme zu geben, obwohl gesellschaftliche Konventionen ihnen politische Partizipation erschwerten. Man vertraue jedoch zu sehr darauf, dass die Parteien den Frauen beim Einstieg in die Politik behilflich seien. Frauen würden in der Tat aber nur selten von Parteien mitgetragen, da das

gegenseitige Vertrauen zwischen Frauen und männerdominierten Parteien gering sei. Aus diesem Grund begäben sich immer mehr Frauen als unabhängige Kandidatinnen auf die politische Bühne.

Da die Scharia Männern und Frauen gleichermaßen die politische Arbeit erlaube, müsse die verfassungsmäßige Gleichberechtigung der Geschlechter auch in diesem Bereich durchgesetzt werden und um das zu erreichen, müsse die Quotenregelung wieder eingeführt werden. Auf die Quotenregelung könne nicht verzichtet werden und es gäbe keine rechtliche oder wissenschaftliche Erklärung die dem kraftvoll widersprechen könne.

Die Kommentatorin des Vortrages von Ali Moussa, **Soad El-Demalawy**, stimmte ihm zu und beschränkte sich auf einige Ergänzungen. So müsse analysiert werden warum von den 35 Prozent wählenden Frauen die meisten mehr Vertrauen in Männer schenken und wie dem begegnet werden könne. Am offensichtlichsten sei, dass Frauen besser qualifiziert sein müssten und diese Bildung aber auch „promoten“ können sollten. Grundlegend wäre eine tatkräftigere Unterstützung der Medien, die ein menschlicheres Bild von Frauen in Führungspositionen zeichnen sollten.

Soad El Demellawy fügte hinzu, dass Frauen Führungspositionen in Parteien anstreben sollten, von denen aus sie den Entscheidungsfindungsprozess beeinflussen könnten. Vorrangig sei Entwicklungspolitik zu betreiben, später sollten jedoch in allen Sektoren Frauen vertreten sein.

In der **Diskussion** wurde das Quotensystem kontrovers kommentiert. Mit folgenden Argumenten wurde die Regelung vom Publikum verteidigt: das Quotensystem erleichtere Frauen den Wahlkampf in einem gesellschaftlichen Raum, der von Männern dominiert werde und dessen Entscheidungen von der Mitwirkung von Frauen profitieren könnte; Frauen könnten nicht mit der Bestechung während des Wahlkampfes klarkommen und müssten deswegen unterstützt werden.

Mit diesen Argumenten wurde eine Ablehnung der Quotenregelung begründet: die Quotenregelung stelle lediglich eine weitere Diskriminierung der Frau dar, weil sie implizieren würde, dass Frauen den Wahlkampf nicht selbständig bestehen könnten; über die Quote ins Parlament ernannte Frauen seien keine demokratisch gewählten Repräsentanten der Bevölkerung.

Weitere Kommentatorinnen forderten eine Verbesserung der Kooperation verschiedener frauenrechtlicher Organisationen und ein fortwährendes Engagement der Frauen, die bereits in höheren politischen Positionen angekommen seien.

Die Diskussion abschließend betonte Moussa, dass die Quote letzten Endes nur vorübergehend eingesetzt werden solle und sie nicht ein schwaches Wesen schützen, sondern eine notwendige gesellschaftliche Entwicklung anschieben müsse. Moussa hält diese Entwicklung für sehr wichtig, da Frauen den politischen Horizont Ägyptens mit ungekannten Impulsen erweitern könnten. Die Quotenregelung wäre nur ein Instrument, so Moussa, um Frauen den für sie aufgrund gesellschaftlicher Konventionen schwierigen Weg in die Politik zu ebnen.

Fawzia Abdel Sattar wertete die Arbeit des National Council for Women (NCW) aus. Seit seiner Gründung vor drei Jahren arbeite der NCW daran, die Kluft zwischen gesetzlich festgelegter Gleichberechtigung und gesellschaftlicher Realität zu überbrücken. In der Zwischenzeit könne er einige Erfolge bilanzieren. Ein Arbeitsgesetz des Jahres 2003 hatte die Gleichbehandlung der Geschlechter im Berufsleben festgelegt. Diese Gleichbehandlung war jedoch in keiner Weise als Gleichberechtigung zu erkennen, da die Frau so der Doppelbelastung von Berufs- und Familienleben völlig ausgesetzt wurde. Die erfolgreiche Arbeit des NCW konnte die Regierung dazu bewegen, jeder Angestellten im öffentlichen Dienst (im privaten Sektor) drei Mal (zwei Mal) während ihres Berufslebens für drei Monate (30 Tage) bezahlten Mutterschaftsurlaub gesetzlich zuzusichern. Außerdem gewährte das ägyptische Gesetz bisher allen Frauen 18 Monate lang täglich zwei halbe Stunden Stillzeit. Diese Zeit konnte von NCW auf 24 Monate verlängert werden, so wie es die Scharia vorschreibt.

Dennoch bestehe die Gleichheit der Geschlechter bisher nur auf dem Papier. Es gäbe zwar einige Sekretärinnen in wichtigen Ausschüssen des Parlamentes, aber keine weiblichen Parlamentssprecherinnen, genauso hätten einige kleine Dörfer weibliche Bürgermeister, nicht aber eine größere Stadt. Frauen müssten tatsächliche Machtpositionen einnehmen, also nicht nur Vizedirektorin einer Universität werden, sondern, reiche ihre Qualifikation aus, auch Direktorin dieser Universität.

Aus eigener Erfahrungen wisse sie, dass Frauen viel erreichen könnten, wenn sie aktiv wären. Ein vorrangiges Ziel müsse die Bekämpfung des politischen und sprachlichen Alphabetismus sein.

Allerdings dürften keine Situationen im Parlament mehr vorkommen, in denen über Themen entschieden werde, die Frauen unmittelbar betreffen, jedoch keine Parlamentarierinnen anwesend seien und die Parlamentarier so eine rein männliche Entscheidung treffen könnten.

Frau **Seham Negm** dankte zunächst DPWC für die Einladung und sagte, sie hoffe, dass DPWC auch in Zukunft seine Arbeit so erfolgreich fortsetzen könne und werde. Neben dem NCW gäbe es noch zwei weitere Ausschüsse deren Arbeit für die Rechte der Frau sehr wichtig sei: den National Council for Women and Children (NCWC) und den National Council for Human Rights (NCHR). Letzterer wurde erst 2004 gegründet und sei deswegen noch nicht besonders gut evaluiert. Wichtig sei, dass sich die Öffentlichkeit mit den Ausschüssen auseinandersetze. Die Ausschüsse würden nicht einfach der Regierung zuarbeiten, sondern die Stimmung in der Bevölkerung zu einem Stimmungsbild verarbeiten und somit die Kommunikation der Interessen der Bevölkerung an die Regierung verbessern. Dadurch könne auch ein Teil des Vertrauens der Bevölkerung in die Regierung wiederhergestellt werden. Dementsprechend transparent müssten die Ausschüsse aufgebaut sein, fruchtbar wäre auch die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft. Um die Position der Frauen effizient zu vertreten, müssten jedoch nicht nur ausreichend Frauen in den Ausschüssen vertreten sein, sondern auch die richtigen Themen diskutiert werden. Diese Themen müssten sowohl von Männern als auch Frauen angesprochen werden, da die Emanzipation von der gesamten Gesellschaft getragen werden müsse. Partizipation bedeute nicht nur den Besitz voller Bürgerrechte sondern auch die Pflicht, diese Rechte zu nutzen. Daran müsse in Ägypten ganz allgemein noch viel gearbeitet werden.

Herr **Sa'id Abdel Hafez** merkte gleich zu Beginn an, dass er kaum auf sein eigentliches Thema eingehen würde, da die Sitzungsdauer schon weit überschritten sei. Er wollte jedoch noch einmal betonen, dass die Frau durch keinen einzigen Artikel der Verfassung diskriminiert würde und ihre geringen Anstrengungen, die Kluft zwischen Gesetzestext und Praxis zu überwinden, zeigen würde, dass andere Themen die Gesellschaft derzeit mehr beschäftigen. So hätte Mitte der 80er Jahre der aufstrebende Fundamentalismus und der damit verbundene Terrorismus die Gesellschaft weit mehr interessiert als eine Fortsetzung der Vertretung der Frauenrechte, die schon recht weit vorangekommen waren. Zusätzlich wäre mit der wachsenden Religiosität ein Rückzug der Frauen aus der Gesellschaft zu verzeichnen gewesen.

Frau **Awatef Kahk** bereicherte die Sitzung um persönliche Erfahrungen. Die Wahlen in ihrem Governorat Fayum seien korrekt verlaufen und die direkte Orientierung ihres Wahlprogramms an den Bedürfnissen der Kommune, sei der Schlüssel zum Wahlerfolg gewesen.

Die **Diskussion** ergab nur ein neues Argument: bei der Emanzipation der Frau sollten nur die westlichen Regelungen und Systeme übernommen werden, die mit den religiösen und kulturellen Werten Ägyptens zu vereinen seien. Der Westen habe kein Recht, seine Werte in der arabischen Welt zu verbreiten, um eigene Interessen durchzusetzen.

Hala Abdel Kader thematisierte die Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen bei der Stärkung der politischen Partizipation von Frauen. Die Arbeit in einer Partei oder der Regierung seien nur zwei Möglichkeiten, sich politisch zu engagieren, so Abdel Kader, zivilgesellschaftliche Organisationen böten eine dritte. NGOs würden in Upper Egypt schon eine aktive Rolle zur Stärkung der Frauen spielen. Viele Frauen besäßen zum Beispiel keinen Personalausweis und könnten deswegen keine Gehälter oder Wahlkarten einfordern. NGOs hätten dann eine Informationskampagne gestartet und Frauen dazu ermuntert, ein Polizeiamt aufzusuchen und dort den Ausweis oder eine Wahlkarte ausstellen zu lassen. Mitglieder verschiedener NGOs hätten Frauen auch auf die Polizei begleitet, um ihnen die Angst vor dieser Institution zu nehmen. Allerdings wüssten auch zahlreiche gebildete Frauen und Männer nicht, wie und wo man eine Wahlkarte bekommen könne. Das Interesse an politischen Schulungen für Frauen sei in Upper Egypt jedoch besonders groß und Frauen kämen von weit her, um an Schulungsseminaren teilzunehmen. Das Ergebnis derartiger Schulungen sei meist wesentlich größeres politisches Engagement. Es wären bereits einige Seminare in Kooperation mit Parlamentariern durchgeführt worden, allerdings versuchten die NGOs derzeit ein besseres Netzwerk aufzubauen, um Erfahrungen auszutauschen und internationale Kontakte zu knüpfen.

Das Quotensystem bezeichnete Abdel Kadar als sinnvolle Einrichtung. Solange es zeitlich begrenzt sei, stelle es auch keine Diskriminierung dar. Abschließend betonte Abdel Kadar die Rolle, die die Medien heutzutage in der Schaffung gesellschaftlicher Rollenmodelle zukomme und forderte die Medienvertreter dazu auf, kulturelle Vorurteile zu bereinigen.

Frau **Wafaa' El Masry** bedankte sich bei Hala Abdel Kader für den Input und fügte lediglich hinzu, dass die ägyptischen NGOs ihre Öffentlichkeitsarbeit verbessern müssten, um mehr politisches Gehör zu finden. Die Organisationen sollten sich verbünden und wie im Libanon auf die Straßen gehen. Frauen müssten als gleichberechtigter Teil der Gesellschaft anerkannt werden und auch die Hausfrauen müssten von der Wichtigkeit ihrer politischen Partizipation überzeugt werden. Das müsse ein vorrangiges Ziel jeder ägyptischen zivilgesellschaftlichen Organisation sein.

Eine ZuhörerIn befürwortete das Engagement der vielen jungen NGOs und machte darauf aufmerksam, dass die Vielzahl der die NGO-Arbeit beschränkenden Gesetze unbedingt angeprangert werden müsse. Eine weitere ZuhörerIn wies darauf hin, dass auch die NGOs intensiv mit der breiten Masse der Gesellschaft zusammen arbeiten müsse und sich nicht auf die Vertretung der Interessen der gebildeten Oberschicht beschränken dürfe. Des Weiteren verurteilte eine Autorin das Verbot von Demonstrationen und die weitverbreitete, gesellschaftsfähige Politikverdrossenheit: bei einer Umfrage in einer Regierungsinstitution in Helwan wäre festgestellt worden, dass 80 % der Beamten über keine Wahlkarte verfügen. Die Kommentare aus dem Publikum wurden von den ReferentInnen als Anregungen für ihre künftige Arbeit dankend aufgenommen.

Herr **Shawki El Sayed** stellte fest, dass Frauen schon Mitte des 20. Jahrhunderts eine wichtige Rolle in der ägyptischen Politik gespielt haben. Bis 1979 konnten aufgrund der Quotenregelung neun Prozent der Sitze im Parlament von Frauen eingenommen werden. Dass dies heute nur noch 2,5 % sind, sei ein unmissverständliches Zeichen dafür, dass die Quote noch immer benötigt würde, um Frauen aus ihrer politischen Minderheitenrolle zu befreien. Zudem sei eine Quote nicht verfassungswidrig und würde, temporär eingesetzt, auch keine Diskriminierung darstellen. Es sei grausam, die Hälfte der Bevölkerung dazu aufzurufen, Rechte zu erkämpfen, die ihnen von der Verfassung her zustehen, von der Gesellschaft aber nicht als Rechte verinnerlicht worden seien. Dennoch müssten Frauen die Initiative ergreifen und ihre Situation selbständig ändern. Dabei sei eine erneute Auseinandersetzung mit der Rolle der Religion in der Gesellschaft unvermeidlich.

Frau **Nahed El Menshawy** betonte zusätzlich, dass Frauen sich nicht darauf verlassen könnten, dass irgendwann ein Mann komme und sie an der Hand nehme, um mit ihr wählen zu gehen, sich zur Kandidatur aufzustellen oder einen Wahlkampf zu führen. Viele Frauen seien zu faul. Männer sollten Frauen deswegen nur dann unterstützen, wenn diese tatsächlich aktiv um Stimmen in der Gesellschaft kämpfen würden und nicht nach der ersten Niederlage gleich einen Rückzug ankündigten. Diese Härte verlange das politische Leben jedem Akteur ab.

In der **Diskussion** erwähnten einige KommentatorInnen, dass die Anwesenden sich nicht auf dem Besuch solch großartiger Seminare und Konferenzen ausruhen dürften, sondern permanent für die Durchsetzung der Rechte kämpfen müssten. Außerdem sei die Kluft zwischen den TeilnehmerInnen und Teilnehmern und dem Gros der Bevölkerung zu groß: die meisten Frauen strebten lediglich nach einem funktionierenden Familienleben während die Anwesenden die Verwirklichung ihrer Rechte verfolgten. Diese Kluft müsse überwunden werden. Was die Medien beträfe, so müsse die politisch aktive Frau insbesondere im Fernsehen positiver dargestellt werden, da das Fernsehen den größten gesellschaftlichen Radius habe.

Herr **Mahmoud Dawood** leitete die letzte Sitzung der Konferenz ein, indem er darauf hinwies, dass es den Frauen in Ägypten nichtsdestotrotz entschieden besser ginge als den Frauen in den Golfstaaten. Während des Vortrages von Frau **Shadia Abdel Wahab**, ließ die Konzentration des Publikums deutlich nach und der Vorsitzende musste einige Frauen mehrmals um Ruhe bitten. Nach mehreren Versuchen, ihren Vortrag zu beginnen, beschränkte sich Abdel Wahab auf eine Zusammenfassung der, ihrer Meinung nach, wichtigsten Ergebnisse der Konferenz: erstens müsste die Qualifikation von Frauen der der Männer angepasst werden, damit es vertretbar sei, sie in sehr hohe Positionen wie ein Ministeramt zu setzen; zweitens dürfe die Ernennung von Frauen aufgrund der Quotenregelung nur so lange möglich sein, bis ihnen der Weg in die Politik geebnet wurde; drittens müssten Frauen im Umgang mit modernen Technologien und Kommunikationsmitteln geschult werden.

Frau **Salwa Mahmoud Ali** merkte an, dass sich die Redner ständig wiederholen würden und kritisierte die Fülle von Thesen, die im Paper von Shadia Abdel Wahab angesprochen worden waren. Wichtig sei die Bildung und Unterstützung eines weiblichen Kaders und die Zusammenarbeit mit Regierungs- und Nicht-Regierungsorganisationen bei der Vorbereitung dieser Frauen auf Führungspositionen in allen Bereichen der Politik. Außerdem müssten Frauen ermutigt werden, im Parlament zu arbeiten, dazu würden one-to-one-Kontakte zu Parlamentariern benötigt, da die häufig bessere Chancen bieten würden als kollektive Protestaktionen. Umsetzbarkeit müsse das A und O jeder Idee sein.

Magda Mehanna kommentierte die Rolle der Medien bei der Unterstützung von Frauenfragen. In den Ländern der Dritten Welt seien Medien sehr einflussreich. Insbesondere über den Fernseher könnten alle Gesellschaftsschichten erreicht werden: zwar könne nicht jeder lesen und nur die wenigsten besuchten Foren wie das heutige, doch viele Menschen würden fast ihre ganze Freizeit vor dem Fernseher verbringen. Auch Tabuthemen müssten dort angesprochen werden wie zum Beispiel Ehen zwischen ägyptischen Frauen und Ausländern. Da die Medien der Gesellschaft stets einen Spiegel vorhalten würden, müsse zu Denken geben, dass Frauen derzeit meistens als der schwächere Partner in privaten aber auch beruflichen Beziehungen dargestellt werde.

Ein Problem der Medien sei, dass es keine Rubrik für Frauenfragen gebe und deren Thematisierung dementsprechend saisongebunden sei. Als Redakteurin könne sie also nur dann berichten, wenn sich etwas Spektakuläres ereignet habe und nicht permanent zur Vergegenwärtigung der allgemeinen Lage der Frau in Ägypten.

May Shehab, Mitglied des politischen Ausschusses des NCW verwies gleich zu Beginn auf eine geplante Konferenz des NCW mit dem Ziel dessen Arbeit zu bilanzieren. Der NCW versuche Frauen so gut es gehe politisch zu fördern und arbeite stets Strategien aus, um sich bei der Umsetzung dieses Vorhabens zu verbessern. Frauen sollten in allen Bereichen der Politik und beiden Kammern des Legislative vertreten sein. Dazu müssten die Frauen jedoch qualifiziert werden. Der NCW biete Training für Kandidatinnen an und freue sich über alle motivierten Frauen, die Interesse an einer Schulung zeigen.

Zuletzt bedankte sich **Maha Kheiralla** noch einmal bei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern, den zahlreichen Rednern und dem KAS-Team für den guten Verlauf der Konferenz. Sie habe folgendes deutlich gemacht:

- Frauen müssten stärker in Lokal- und Regionalräten vertreten sein,
- sie sollten darauf trainiert werden, im Parlament zu arbeiten,
- gesellschaftlich verankerten Vorurteile über die Rolle der Frau sollten mit Hilfe der Medien weiter abgebaut werden,
- ländliche Regionen und untere soziale Schichten sollten stärker miteinbezogen und
- Frauen, die an Wahlen teilnehmen, finanziell, moralisch und technisch beraten werden.

4.1 Wahlen in der arabischen Welt und die Menschenrechte

Veranstaltungsform: Konferenz (82 Teilnehmer)
Partner: Arab Program for Human Rights Activists (APHRA)
Zeit / Ort: 15. März 2005, Hotel Flamenco, Kairo
Sprache: Arabisch / Englisch (Simultanübersetzung)

Programmübersicht

Dienstag, 15. März 2005

Eröffnungssitzung

Herr Haggag Nayel, Leiter der APHRA
Dr. Michael Lange, Landesbeauftragter der KAS Kairo

1. Sitzung: Wahlprogramme bei Wahlen in arabischen Ländern

Leitung: **Herr Ali Al-Kelidar**, Journalist

Herr Dr. Ahmed Sabet, Al-Ahram Center for Political and Strategic Studies
„Wahlprogramme bei Wahlen in den arabischen Ländern“

Herr Dr. Diaa Rashwan, Professor für Politikwissenschaften, Kairo Universität
„Das Wahlprogramm bei arabischen Wahlen – Qualität und Verpflichtung“

2. Sitzung: Menschenrechte und Wahlen

Leitung: **Frau Amal Mahmoud**, Expertin für Entwicklungs- und Genderfragen

Frau Seham Negm, Generalsekretärin des Arabischen Netzes für Erwachsenenbildung und Alphabetisierung

„Die Integration von Menschenrechten und Umweltfragen in die Wahlprogramme“

Herr George Isack, Direktor der Vereinigung katholischer Schulen
„Arabische Wahlen, der Fall Ägypten und die jüngsten Veränderungen“

Schlussitzung: Empfehlungen und Fazit

Die Liste der Probleme, welche demokratische Wahlen in vielen eigentlich mit demokratischen Verfassungen ausgerüsteten arabischen Staaten hervorrufen ist lang. Unter der Leitung des KAS-Büros Kairo und des Arab Program for Human Rights Activists (APHRA) trafen am Dienstag, dem 15. März im Kairoer Flamenco Hotel führende Vertreter aus Politik, Wissenschaft und Medien zusammen um Antworten auf die zahlreichen Herausforderungen bei der Organisation freier und geheimer Wahlen zu finden und Empfehlungen für die in Ägypten anstehenden Wahlprozesse zu formulieren.

In seinen Begrüßungsworten stellte der Leiter von APHRA **Haggag Nayel** heraus, welche besondere Bedeutung wahrer Demokratie und wirklich freien Wahlen in der arabischen Welt zukomme. Er räumte in diesem Zusammenhang durchaus ein, dass politischer Druck vom Ausland häufig mehr Reaktion zeitige als beispielsweise die Arbeit einer Nichtregierungsorganisation im Innern eines autoritären Regimes. Jedoch habe man zum Beispiel in den letzten Wochen im Libanon auch gesehen, dass demokratische Bewegungen auch ohne direkte Einwirkung auswärtiger Kräfte zu politischen Entwicklungen beitragen können, die der größeren Partizipation der Bevölkerung Raum geben.

Dr. Michael Lange, der Landesbeauftragter der KAS für Ägypten bezeichnete faire Wahlen als einen der wichtigsten Indikatoren für Demokratie. In über 80 Ländern weltweit habe man in den letzten Jahren eine Verbesserung der demokratischen Situation beobachten können. Die arabischen Länder gehörten allerdings zur Gruppe dieser Länder. Als Beispiele für eine positive Entwicklung in der Arabischen Welt nannte

auch er den Libanon, wo demokratische Wahlen bereits in der Vergangenheit zu sonst in der Arabischen Welt eher unbekanntem friedlichen Machtwechseln bzw. zur Abwahl von Regierungen geführt hätten. Ebenso erwähnte er Bahrain und Oman, wo die Einführung des Frauenwahlrechts geplant sei, auf welches Kuwait und die Vereinigten Arabischen Emirate jedoch noch warten müssten. Lange rief die Regierungen der arabischen Staaten auf, die Prinzipien der Demokratie zu respektieren und lobte die Rolle von Nichtregierungsorganisationen wie APHRA für ihre Anstrengungen für mehr Demokratie. Man müsse sich jedoch auch immer der Tatsache bewusst sein, dass wahre Demokratie nicht von heute auf morgen zu erreichen sei, sondern im Rahmen eines oft langwierigen Prozesses erst in allen Teilen der Gesellschaft verstanden werden müsse.

Die erste Sitzungsrunde wurde von dem irakischen Politiker und Journalisten **Ali Al-Kelidar** geleitet. Auch er stellte die Demokratisierung als einen weltweiten Prozess dar, der in nahezu allen Ländern zu spüren sei, bedauerte jedoch, dass die Arabische Welt diesem Prozess hinterherhinkte. Frei wählen zu können bedeute, dass die Staatsbürger darüber entscheiden könnten, wer sie repräsentiere und in ihrem (befristeten) Auftrag Gesetze erlasse. Wählen zu können sei daher ein elementares, ein gottgegebenes Menschenrecht.

Al-Kelidar betonte, dass Demokratisierung sich nicht von selbst weiterentwickle, sondern engagierter Individuen und Organisationen wie etwa APHRA bedürfe. Von außen durchgesetzte ja aufgezwungene Demokratie führe jedoch nicht zu den gewünschten Ergebnissen, wie man in seinem Heimatland Irak habe sehen können, wo zwar Wahlen abgehalten worden seien, die Menschen jedoch überwiegend nicht politische Parteien, sondern ethnische oder religiöse Gruppen gewählt hätten. Anstatt zu mehr staatsbürgerlicher Verantwortlichkeit habe dies nur zu einer weiteren ethnischen und religiösen Zersplitterung des Landes geführt.

Prof. Dr. Ahmed Sabet, Politikwissenschaftler an der Universität Kairo forderte in seinem Vortrag, aus Wahlprogrammen müssten klar und deutlich die Ziele und Grundhaltungen einer Partei oder eines Kandidaten ersichtlich sein. Im Vorfeld von Wahlen müssten die Parteien genau sagen, was sie konkret zu tun gedenken und sich nicht an oftmals historischen Errungenschaften festhalten oder gar keine Alternativen aufzuzeigen. Hierzu nannte er als Beispiel die Programme der politischen Parteien in Deutschland, die sich seiner Meinung nach zwar in der politischen Zielrichtung und Umsetzung nicht sehr unterscheiden würden, die jedoch immer darauf bedacht seien, Alternativen zur Politik der jeweiligen anderen (Regierungs-) Partei anzubieten. Wahlen in Ägypten fänden dagegen im Rahmen einer „Kultur der Angst“ statt. Oppositionskandidaten würden eingeschüchtert und wer nicht die Regierungspartei wähle, müsse Nachteile fürchten. Bei Wahlen in Vereinen und Gewerkschaften würden oftmals die Kandidaten, die der Regierungspartei nahe stehen gewählt, weil man sich Sorge andernfalls die Unterstützung der Regierung zu verlieren. Oft habe ein Kandidat eine große Anhängerschaft, die aber nicht sagen kann, warum sie ihn wählt oder sich dafür bezahlen lässt.

Ein weiterer Schwachpunkt bei Regierungsprogrammen sei, dass sie sich oftmals nur mit den grundlegendsten Politikfeldern beschäftigen, während Detailfragen wie beispielsweise der Umgang mit Behinderten oder das Straßenkinderproblem nicht angesprochen würden. Eine Chance zur Verbesserung der Situation sieht Sabet vor allem bei den Medien. Würden diese ihre Berichterstattung kritischer gestalten, könnte davon langfristig die nötige Sensibilisierung der Gesellschaft für politische Themen ausgehen.

Der Vortrag von **Dr. Diaa Rashwan** vom Al-Ahram-Institut für Politische und Strategische Studien beschäftigte sich mit Wahlprozessen in der arabischen Welt. Er zählte dabei zunächst die Variablen politischer Partizipation auf, wobei er über Demonstrationen, Streiks und politisch motivierter Gewalt referierte. Er sah im politische Engagement in einer Nichtregierungsorganisation oder die überlegte Teilnahme an demokratischen Wahlen als die beste Art der Partizipation. Einem jeden Wahlprogramm müssten gewisse Staatsziele angehören, über die in der gesamten Gesellschaft Konsens herrsche, wie beispielsweise die Notwendigkeit, den Lebensstandard für alle zu heben und gegen die Fremdherrschaft im arabischen Raum zu kämpfen. Ein großes Problem speziell für Ägypten sieht Rashwan in der geringen Wahlbeteiligung von weit unter 50 %, die vor allem die Frauen, Analphabeten und Bewohner im ländlichen Raum betrifft. Die Gründe für die geringe Wahlbeteiligung siedelt er jedoch überwiegend nicht direkt im Gebiet der Politik an, sondern betont, dass die sozialen Probleme eines Landes nicht alleine durch die richtige Gesetzgebung in den Griff zu kriegen sei. Er setze deshalb eher auf Alphabetisierungsprogramme und Fortbildung als mögliche Lösungsansätze.

Unter der Leitung von Frau **Amal Mahmoud** vom Verband der Frauenorganisationen begann die zweite Sitzungsrunde der Konferenz, mit den aktuellen Überlegungen zur Änderung des ägyptischen Präsidentschaftswahlrechts, die beinhaltet, dass nicht mehr nur ein offizieller Kandidat des Parlamentes, sondern jeder Ägypter als Kandidat zugelassen werden solle. Sie wertete dies als positives Signal. Aufgrund des Scheincharakters der letzten beiden Präsidentschaftswahlen habe die Wahlmoral in Ägypten allgemein stark nachgelassen. Sie verlieh ihrer Hoffnung Ausdruck, dass andere Staaten, in denen ein ähnlich beschränktes Wahlrecht herrsche aufgrund der ägyptischen Führungsrolle im Nahen Osten dem Beispiel Ägyptens folgen und ähnliche Verfassungsänderungen auf den Weg bringen könnten.

Die anschließenden Ausführungen von Frau **Seham Negm**, Generalsekretärin des arabischen Netzes für Alphabetisierung und Erwachsenenbildung zur Integration von Menschenrechten und Umweltfragen in Wahlprogramme, konzentrierte sich ebenfalls zuerst auf das Thema Analphabetismus und die damit für die betroffenen verbundenen Probleme. Sie wies darauf hin, dass 70 Millionen Araber zwischen 14 und 55 Analphabeten seien und der größte Teil von ihnen im nordafrikanischen Raum lebe. 40% der Araber seien Jugendliche, bei ihnen dürften sich wenigstens die Fehler früherer Generationen nicht wiederholen. Auch sieht Negm einen wichtigen Schritt zu mehr Demokratie in der Ausbildung vor allem der jungen Ägypter zu Bürgern eines demokratischen Staates.

Weiter sprach sie das Problem der Partizipation von Frauen an politischen Entscheidungsprozessen an. Dass in Ägypten nur zwei Prozent Frauen im Parlament säßen liege ihrer Meinung nach nicht nur daran, dass Frauen oft nicht gewählt würden, sondern auch, dass sie oftmals nicht wählen gingen. Als positive Beispiele aus der arabischen Welt und Afrika nannte sie Ruanda mit 49%, Tunesien mit 12% und Marokko und den Sudan mit je 9% weiblichen Abgeordneten.

Letzter Referent des Tages war **George Isack**, der Vorsitzende des Verbandes katholischer Schulen in Ägypten der zum Fragenkomplex Wahlen in der arabischen Welt zwar seiner Vorrednerin in dem Punkt zustimmte, dass demokratische Erziehung so früh wie möglich in der Schule stattfinden müsse dabei aber betonte, er wolle nun jedoch nicht als Schulmanager, sondern als Ägypter sprechen. Die Ankündigung Mubaraks, jedem Ägypter zumindest die theoretische Chance Präsidentschaftskandidat zu werden zu gewähren, hielt er für das Minimum einer geforderten demokratischen Entwicklung in Ägypten. Es könne einfach nicht angehen, dass die Mitglieder so vieler entscheidungsbefugter Gremien nach wie vor vom Präsidenten ernannt und nicht gewählt würden. Das Argument, dass innerhalb dieses fest gefügten Machterhaltungssystems Mubarak das kleinste Übel sei, ließ er nicht gelten, sondern bezeichnet es als Beleidigung für alle Ägypter, die bereit sind, eine gerechte, demokratisch legitimierte Herrschaft aufzubauen. Isack schloss mit der Aufforderung, bei den Wahlen die sich bietende Chance zu nutzen und Mubarak abzuwählen um ein wahrhaft demokratisches Ägypten aufzubauen.

In der sich anschließenden regen Diskussion betonte ein Professor der Geschichte von der Suez Universität, dass die demokratische Entwicklung auch viel Zeit in Anspruch genommen hat und bis heute in Europa um die Demokratie noch nicht alles zum besten stehe. Dabei beziehe sich die demokratische Tradition in Ägypten auf große Beispiele aus der Geschichte (Abdou). Demokratie erschöpft sich nicht allein in bestimmten Wahltechniken, sondern bedürfe des Engagements der jeweiligen Eliten. Manche Leute seine halt von Natur aus denkfaul und gleichgültig, und gingen eben nicht wählen.

Eine weitere Teilnehmerin betonte, dass es in NRO's und Berufsverbänden durchaus demokratische Strukturen gebe. Allerdings würden die Menschen bei der Wahl oft ihre tatsächlichen Interessen nicht verfolgen. Ebenso verkommen Parteiprogramme heute zusehends zu „Titeln ohne Inhalt“. Wichtig sei die gegenseitige Kontrolle der Macht durch die demokratischen Institutionen weshalb es bedenklich sein dass die Mehrheit des Shura-Rates vom Präsidenten ernannt werde. Überhaupt werden in Ägypten immer noch zu wenige Ämter im Wege von Wahlen vergeben. Ein weiterer Teilnehmer kritisierte wirtschaftliche Monopole und ihre Einflussmöglichkeiten auf die Politik. Wähler in Ägypten müssten erst einmal über viele Dinge aufgeklärt werden, wobei sich Ägypten nicht sträuben sollten, vom „Westen“ zu lernen. Ein weiterer Teilnehmer fragte nach der Richtung des politischen Wandels in Ägypten. Politische Entscheidungen seien immer das Resultat eines politischen Prozesses. Man könne grundsätzlich gesellschaftlichen Wandel schnell herbeiführen allerdings erschien im die politische Elite des Landes dazu nicht fähig. Dies bedeute aber nicht dass man „Wandel von außen“ brauche oder akzeptieren würde.

Dr. Ahmed Sabet bedauerte in seinem Kommentar, dass die arabischen politischen Systeme zu wenig über sich selbst nachdenken. Die herrschenden Eliten konzentrierten sich nur auf ihren Machterhalt und engagierte sich nicht in politischen Reformfragen. In Osteuropa hätte man viele Modelle des Westens

übernommen und die Menschen dort hätten mehr Sensibilität für gesellschaftliche Wandlungsprozesse gezeigt.

Dr. Diaa Rashwan unterstellt in seinem Kommentar große Unterschiede zwischen eventuellen „Lehrern“ aus dem westlichen Ausland und den Rahmenbedingungen die die ägyptische Kultur setzt. Er beklagt, dass Demokratie ein sich inhaltlich entleerendes Modewort geworden sei.

George Isack betonte in seinem Kommentar, dass Erziehung zu Demokratie tatsächlich in jungen Jahren anfangen muss. Heute fürchten Kopten einen zu großen Einfluss der Scharia auf die Regierungspolitik, wobei in Zukunft der Präsident nicht mehr das Recht haben sollte, nahe zu alle wichtigen Staatsämter einfach zu ernennen. Ebenso gelte es Gleichbehandlung in den Medien sicherzustellen die im Moment noch gar nicht thematisiert worden sei. Ihm erschienen unabhängige Beobachter für alle Teile der Wahlen unerlässlich. Den nahezu 78 Mio. Einwohnern, von denen einige durchaus ehrliche Politiker seien würde mit der geplanten Verfassungsänderung durchaus eine Tür geöffnet, durch die sie gehen müssen um ein wirkliche Demokratie zu schaffen.

4.2 Entwicklung der Menschenrechte in Oberägypten

Veranstaltungsform: Workshop (130 Teilnehmer)
Partner: Arab Program for Human Rights Activists (APHRA)
Zeit / Ort: 12. Mai 2005 / Naga Hammadi
Sprache: Arabisch

Programmübersicht

Donnerstag, 12. Mai, 2005

Eröffnungssitzung

Herr Haggag Nayel, Direktor des „Arab Program for Human Rights Activists“
Herr Dr. Abbas Al Sharif, „Upper Egypt Association“
Herr Hussein El-Zeneiny, Programm - Koordinator KAF, Kairo

1. Sitzung: Menschenrechte und Entwicklung in Oberägypten

Leitung: **Frau Ibtehal Rashad**, „Women Association“
Herr Prof. Dr. Ahmed Thabet, Professor für Politikwissenschaften, Universität Kairo (FEPS)
„Überblick über Menschenrechte und Entwicklung in Oberägypten“
Herr Haggag Nayel, Direktor „Arab Program for Human Rights Activists“
„Das Aufkommen der Menschenrechtsvorstellungen in Ägypten“
Herr Ayman Salem, Absolvent der Universität Kairo (FEPS) und Menschenrechtsaktivist
„Hindernisse auf dem Weg der Entwicklung in Oberägypten“

2. Sitzung: Der Staat und NGOs als Akteure in Menschenrechts- und Entwicklungsfragen

Leitung: **Herr Mouhamed Nasr Yassin**, Menschenrechtsaktivist
Frau Farida El Naqash, „Women Development Forum“
„Das Problem des Zentralismus - Beginn, Gründe und Ergebnisse“
Herr Mahmoud Mortada, „Alternative Development Studies Center“
„Menschenrechte und Entwicklung: Bürger und NGOs in Oberägypten“
Herr Dr. Kamal Moughith, „Taha Hussein Institute for Education“
„Rechte und Entwicklung in Oberägypten unter den Aspekten der Stammestraktionen und der Entwicklung des politischen Lebens“

3. Sitzung: The Future of Rights and Political Activities in the Peripherals

Leitung: **Herr Dr. Atef Labib El Nagmy**, „Arab Defence Association“
Herr Dr. Ahmed El Sawi, „Egyptian Woman Institute“
„Die Rolle der Frauen in Bezug auf Menschenrechte und Entwicklung in Oberägypten“
Herr Dr. Qurashy Abbas, Lektor an der „South Valley University“
„Die Probleme der Menschenrechte und der Entwicklung in Oberägypten“

Dr. Ahmed Thabet erläuterte in seinem Vortrag über die Entwicklung der Menschenrechtssituation in Oberägypten, dass die Beachtung der Menschenrechte weltweit ein Bedeutung gewinne, während dieser Umstand in Ägypten weiterhin vernachlässigt würde. Menschenrechte seien nicht nur politischer Art, sondern schlossen auch gesellschaftliche und kulturelle Rechte ein. Dennoch stelle das ägyptische Sozialministerium beispielsweise jährlich nur vier Millionen EGP zur Frauenförderung in ländlichen Regionen bereit, was ein zu geringer Betrag sei, um den Aufgaben gerecht zu werden. Dies führe dazu, dass viele Projekte zur Förderung der Menschenrechte in Oberägypten von ausländischer Hilfe abhängen. Ägypten leide weiterhin an Unterentwicklung und belege nur den 124. Platz im „Human Development Report“ der Vereinten Nationen, wobei die ärmsten ägyptischen Provinzen diejenigen in Oberägypten seien. Die Gründe

hierfür lägen – so Thabet - in der Investitionspolitik der Regierung, die nur 10% der Investitionsausgaben in Wohnprojekte, 3% in Transportprojekte und nur weitere 3% für Projekte zur Förderung der Industrie verwende.

Dies führe dazu, dass viele Bürger Oberägyptens ihre Dörfer verlassen um Arbeit in den urbanen Zentren zu suchen, wobei es auch zur Arbeitsmigration in die Golfstaaten komme. Ein Beispiel für die begrenzte Leistungsfähigkeit der Regierung, war die letzte Überschwemmungs-katastrophe, während der zwar richtigerweise die Armee zum Einsatz kam, die Kompetenzen zwischen den verschiedenen Ministerien aber nicht klar abgegrenzt waren, was zu einer unzureichenden Versorgung der Bevölkerung mit notwendigen Dienstleistungen geführt habe. Außerdem sei es zu Streitigkeiten zwischen den zuständigen Ministern gekommen. Der Privatsektor halte sich von Großprojekten wegen mangelnder langfristiger Rentabilität fern. Die notwendigen Investitionen müssten daher vom Staat erbracht werden, was effektiv aber nicht gegeben sei und zu einer unzureichenden finanziellen Ausstattung dieser Projekte führe. Selbst NGOs, die sich über die Finanzierung von Kleinprojekten an der Bereitstellung von Dienstleistungen beteiligten, stünden unter großem Kostendruck.

Ayman Salem erläuterte in seiner Rede über Entwicklungsdefizite in Oberägypten, dass die Bürger Oberägyptens bestrebt seien, verstärkt mit den Beduinen der benachbarten Wüstenregionen zu kooperieren. Eine solche Entwicklung könne jedoch nur bei entsprechender Zusammenarbeit der Regierung mit zivilgesellschaftlichen Akteuren gelingen. Er betonte weiter, dass das Verhältnis zwischen Bürger und Regierung in Oberägypten sehr spezifische Eigenschaften aufweise und nicht immer einfach sei. Zwar sei Kooperation zwischen den Bürgern und den staatlichen Stellen wie Polizei, Justiz oder der Bewässerungsbehörde oftmals gegeben, es zeige sich dabei aber oft eine ablehnende Haltung der Bürger, die bis hin zu gewaltsamem Widerstand reiche.

Haggag Nayel erklärte in seinem Vortrag über Menschenrechte in Ägypten, dass sich die Menschenrechtsbewegung in Ägypten mit vielen Hindernissen konfrontiert sieht. Die ägyptische Regierung habe während der letzten 15 Jahre wenig Kooperationsbereitschaft gezeigt und die Menschenrechtsbewegung weitestgehend ignoriert. Kürzlich sei der Spielraum für Aktivitäten zwar erweitert worden, viele Probleme der Aktivisten bestünden jedoch fort, wie etwa Fragen der Finanzierung, da die Regierung keine Mittel bereitstellt, um die Arbeit solcher Gruppen zu ermöglichen. Dies zwingt Menschenrechtsorganisationen sich mithilfe ausländischer Fördermittel zu finanzieren, was ihnen bei kritischen Berichten über die Lage der Menschenrechte in Ägypten häufig den Vorwurf einbringt, die Interessen der ausländischen Geldgeber innerhalb Ägyptens zu vertreten.

Ziel der ägyptischen Menschenrechtsbewegung sei es aber vielmehr, eine Gesellschaftsordnung zu etablieren, in der die Rechte eines jeden Bürger respektiert werden und er diese uneingeschränkt wahrnehmen kann.

In der sich anschließenden **Diskussion** wurde auf den kulturellen Aspekt der Menschenrechte besonders eingegangen und auf die notwendige Berücksichtigung kultureller Faktoren in Vorstellungen von Menschenrechte, wie sie beispielsweise in der „Universal Declaration of Human Rights“ der Vereinten Nationen unmissverständlich niedergelegt worden sind, verwiesen. Dieser Hinweis fand breite Zustimmung und wurde um die Bemerkung erweitert, dass Menschenrechte im Islam bereits Jahrhunderte früher existiert hätten und außerdem umfangreicher seien als im „westlichen“ Kontext.

Farida El Naqash setzte sich in ihrem Beitrag zum Problem des Zentralismus in Ägypten mit den sozio-ökonomischen Problemen Ägyptens auseinander. So habe sich der Staat weitgehend aus der Finanzierung öffentlicher Projekte zurückgezogen und im Zuge der Liberalisierung der ägyptischen Wirtschaft einen Grossteil der Industriebetriebe und Dienstleistungsunternehmen privatisiert. Im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen versuche die Regierung die Kosten durch die für die Leistung erhobenen Gebühren zu decken. Die vormals kostenlose Bereitstellung elementarer öffentlicher Dienstleistungen sei somit nicht länger gewährleistet.

Die Zivilgesellschaft sei nicht in der Lage, diese Aufgaben zu übernehmen und grundlegende Dienstleistungen weiterhin kostenfrei zur Verfügung zu stellen. Auch könne es nicht Aufgabe der Zivilgesellschaft sein, die gesamte Reform der Wirtschaftsordnung in Ägypten zu tragen und den Großbetrieben durch Lieferung von Produktionsmitteln zuarbeiten. Zuletzt sprach die Referentin das Problem der Arbeitslosigkeit an, das eines der größten Hindernisse für eine Entwicklung allgemein sei. Die wirtschaftliche Lage in Ägypten sei auf Grund des immensen Handelsbilanzdefizits und speziell der schwierigen Exportsituation

äußerst angespannt und zeige das Versagen der Wirtschaftspolitik der Regierung während der letzten 25 Jahre auf. Dennoch sei das Problem aber nur in Kooperation mit der Regierung zu lösen. Ägypten stehe vor der großen Herausforderung, sowohl Wirtschaftskrise und auch die Debatte um eine Demokratisierung des Landes friedlich zu meistern.

Mahmoud Mortada stellte zu Beginn seines Vortrags die Frage, ob ohne Rücksicht auf die sozialen und politischen Menschenrechte zu nehmen eine Entwicklung überhaupt stattfinden könne. Er erwähnte das die Gruppe die dies bejahe die Entwicklung mit Wirtschaftswachstum verwechsle. Das Recht auf Entwicklung wurde in der zweiten Hälfte der 80er-Jahre weltweit in die Agenda aufgenommen, anfangs durch Erklärungen und später durch internationale Abkommen, die die teilnehmenden Staaten verpflichteten über ihre Anstrengungen in dieser Hinsicht Rechenschaft abzulegen. Er betonte, dass Armut die Rechte der Bürger untergrabe. Sei der Mensch mit Alltagsproblemen wie Behausung, Ernährung und Gesundheit über Gebühr belastet, könne er keine wirtschaftliche oder politische Initiative ergreifen und somit keinen Beitrag zur Entwicklung des Landes leisten. Politische Partizipation sei in diesem Falle ein Luxus, den sich arme Bevölkerungsschichten nicht leisten könnten. Durch die mit dieser Situation verbundenen Frustrationen, stellten diese Bürger die Keimzelle gewalttätiger Revolutionen dar. Als grundlegenden Schritt zur Verbesserung der gegenwärtigen Situation betonte er das Recht Vereinigungen und politische Parteien zu Gründen.

Kamal Mougith betonte in seinem Vortrag über Rechte auf Entwicklung in Oberägypten dass sich Wahlen in Oberägypten durch eine außergewöhnlich hohe Partizipation auszeichneten, was in den Großstädten nicht zu beobachten sei. Einige Kandidaten, die im Süden des Landes zur Wahl stünden, erhielten unter Umständen deutlich mehr Stimmen als Kandidaten in manchem nördlichen Wahlbezirken, zögen aber im Gegensatz zu den Kandidaten aus dem Norden dennoch nicht ins Parlament ein. Darüber hinaus verwies er auf die starke traditionelle Stammes- und Clanbindung der Bürger in Oberägypten an, wonach sich ein Großteil der Menschen nur innerhalb dieser Kreise bewege und ihren Schutz genieße. Er sprach über verschiedene Nachteile der Lehr- und Ausbildungspläne und den darin vorhandenen Mangel an Hinweisen zur Menschenrechtsproblematik, Gesetzgebung und Wahlrecht sowie politische Partizipation. Gleichzeitig würden auch Themen wie z.B. Armut in Ägypten, Kinderarbeit, Straßenkinder, Ernährung und Krankheit, Verfassung und Zivilgesellschaft nicht ausreichend behandelt. Dieser Mangel führe zu einem Staatsbürger der weder richtig informiert noch an irgendeiner Partizipation interessiert sei. Diese Tatsachen ließen ihn die Pläne der Regierung, vom kommenden Jahr an einen Themenblock über Menschenrechte in die Lehrpläne der Universitäten aufzunehmen, begrüßen, wobei die detaillierte Ausarbeitung der Inhalte in den Händen der Universitäten liegen solle. Darüber hinaus wurde vorgeschlagen zukünftig in jedem Governorat einen Menschenrechtsbericht herauszugeben, der der Öffentlichkeit zugänglich sein müsse.

Ahmed El Sawi erläuterte in seinem Beitrag zur Rolle der Frauen in der Entwicklung in Oberägypten, dass sich die Menschenrechtsdiskussion in Ägypten auf Grund zahlreicher politisch motivierter Vorfälle vornehmlich auf die politischen Partizipationsrechte und Freiheitsrechte beschränke. Dabei seien die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte weitgehend vernachlässigt worden.

Die „Weltbank“ und der „Internationale Währungsfonds“ (IMF) verfolgten eine Politik der zunehmenden Liberalisierung und Privatisierung und der Zurückdrängung des Staates aus dem Wirtschaftssektor. In Ägypten habe die Privatisierung des Industriesektors dazu geführt, dass die Interessen der Kapitaleigner immer stärker in den Vordergrund getreten sind, wohingegen diejenigen der Arbeitnehmer eine immer weniger wichtige Rolle zu spielen begannen. Besonders in Oberägypten verloren sie mit der für den Industriesektor nicht mehr weiter verantwortlichen Regierung ihren bisherigen Ansprechpartner und eine wichtige Quelle der Unterstützung.

Insbesondere Frauen leiden unter dieser Entwicklung und werden in großen Zahlen entlassen, da sie nach traditioneller Auffassung nicht für den Unterhalt der Familie zu sorgen haben. Weitere Probleme für Frauen ergeben sich daraus, dass Schulen vermehrt in den Städten gebaut werden, um mit dem hohen Bevölkerungswachstum Schritt halten zu können. Dies führt zu entsprechend größeren Distanzen zwischen diesen Schulen und den in den Dörfern lebenden Schülern. Wegen der Transportproblematik würden vor allem Mädchen den Schulbesuch abbrechen und zu Hause bleiben.

Qurashy Abbas kritisierte in seinem Vortrag über die Probleme der Menschenrechte in Oberägypten die langjährige Vernachlässigung der Urbarmachung unerschlossenen Landesteile durch die ägyptische Regie-

rung. Große Flächen lägen in Qena ungenutzt nahe am Nil und niemand sei für deren Verwendung verantwortlich. Er fragte sich schon, warum man erst in den letzten 15 Jahren damit begonnen habe, mit enormem Aufwand landwirtschaftliche Flächen in Wüstenregionen zu schaffen. Qena sei vor 500 Jahren ein wichtiges Zentrum für Handel und Kleinindustrie gewesen. Dies sei eine eigenständige Leistung der Anwohner gewesen, die die gute Lage der Stadt genutzt hätten. Gleichzeitig betonte er auch, dass der Grund der jetzigen Armut nicht nur Schuld der Regierung sei, sondern die Einwohner selbst durch den Umzug in Großstädte oder ins Ausland zum Niedergang beigetragen hätten. Die neuen Bestrebungen der arabischen Regierungen, die Zahl der Gastarbeiter zu reduzieren, führten dazu, dass viele der ägyptischen Arbeitskräfte aus dem Ausland zurückkehrten und die derzeitige angespannte Wirtschaftslage auf diese Weise weiter verschärften.

Atef Labib Al Nagmy schloss als Sitzungsleiter die Diskussion mit den Ideen des deutschen Philosophen Nietzsche über das Viereck der Bedürfnisse und das Viereck der Initiativen. Er bat die Teilnehmer nicht nur Kritik zu üben, und ihre Belange zu äußern und dadurch in Passivität zu verharren, sondern sich für Rechte und Belange anderer einzusetzen, auch wenn dies gegen den Willen der Regierung sei. Er hält es nicht für richtig, dass die Bürger auf einen Herrscher warteten, der ihnen die gewünschten Rechte zur Verfügung stelle, sondern sie müssten Initiative zeigen und sich friedlich aber aktiv für ihre Prinzipien und Rechte einsetzen.

5. Reform der Arabischen Liga

Veranstaltungsform: Seminar (135 Teilnehmer)
Partner: International Law Forum (ILF)
Zeit / Ort: 18. April 2005, Kairo Universität
Sprache: Arabisch / Englisch (Simultanübersetzung)

Programmübersicht

Montag, 18. April 2005

Eröffnungssitzung

Herr Dr. Ahmed Abdel Wanis, Direktor des International Law Forum
Herr Dr. Kamal El Menoufy, Dekan von FEPS, Kairo Universität
Herr Dr. Michael Lange, Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung, Kairo
Herr Hisham Youssef, Sprecher von Amr Moussa, Generalsekretär der Arabischen Liga

1. Sitzung: Reform der Liga: Institutionelle und organisationelle Aspekte

Leitung: **Herr Dr. Ibrahim Shalabi**, Professor für Internationales Recht, Kairo Universität
Herr Dr. Ahmed Abdel Wanis, Direktor des International Law Forum
„Neue Trends bei der Reform regionaler Organisationen“
Herr Hani Raslan, Ahram Center for Political and Strategic Studies
„Institutionelle Reformen der Arabischen Liga“
Kommentar: **Herr Dr. Gamal Zahran**, Professor für Politik, Suez Kanal Universität
Herr Dr. Mohamed Ezz El Din, Ägyptisches Aussenministerium

2. Sitzung: Reform der Arabischen Liga im Entscheidungsprozess und Aussenbeziehungen

Leitung: **Herr Mostafa Abou Shneif**, Ägyptisches Aussenministerium
Herr Dr. Mohamed Saad, Professor für Internationales Recht, Helwan Universität
„Reform des Wahlsystems und der Implementierung von Entscheidungen“
Herr Dr. Mohamed Abdel Wahab Al Saket, Bereichsleiter, Arabische Liga
„Stärkung der Aussenbeziehungen der Arabischen Liga“
Kommentar: **Herr Dr. Mostafa Abdel Aziz**, Ägyptisches Aussenministerium
Herr Moheb Mokbel, Arabische Liga

3. Sitzung: Reform der Arabischen Liga bei sozio-ökonomischen Fragen

Leitung: **Herr Dr. Abdallah El Ashaal**
Herr Dr. Ahmed El Rashidi, Professor für Internationales Recht, Kairo Universität
„Reform der Arabischen Liga im Bereich friedlicher Konfliktlösung“
Herr Dr. Gamil Hussein, Professor für Internationales Recht, Zagaziq Universität
„Die Arabische Liga und die Stärkung der Menschenrechte“
Kommentar: **Herr Dr. Farid Hegab**, Professor für Politik

4. Sitzung: Reform der Arabischen Liga in Sicherheits- und politischen Fragen

Leitung: **Herr Dr. Salah Amer**, Professor für Internationales Recht, Kairo Universität
Herr Dr. Mohamed Abdel Salam, Ahram Center for Political and Strategic Studies
„Der Sicherheitsaspekt bei der Reform der Arabischen Liga“
Herr Dr. Mohamed Shawky, asst. Professor für Internationales Recht, Kairo Universität
„Die Arabische Liga und die Arabische Wirtschaftliche Integration“ (vorgetragen von H. Bashir, ILF)
Kommentar: **Herr Dr. Mohamed El Sayyid Idris**, Ahram Center for Political and Strategic Studies
Herr Dr. Ahmed Abdel Halim, Strategieexperte

Schlusssitzung: Chancen einer Reform der Arabischen Liga angesichts der neuen Herausforderungen

Leitung: **Herr Dr. Ali El Din**, Professor für Politik, Kairo Universität
Herr Dr. Ahmed Youssef, Dekan des Institutes für Arabische Studien, Arabische Liga
Herr Hisham Youssef, Sprecher von Amr Moussa, Generalsekretär der Arabischen Liga

Dr. Ahmed Abdel Wanis bemerkte einleitend, dass die Diskussion über die Reform der Arabischen Liga (AL) heute aufgrund der Bedeutung der AL als regionalem Akteur ein wichtiges Thema sei. Die AL wurde unter bestimmten Rahmenbedingungen wie Kalter Krieg, Kolonialismus und Freiheitsbewegungen gegründet, weswegen heute aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen wie der Vormachtsstellung der USA in der Welt und der Nahostregion und der Globalisierung eine Reform der AL unabdingbar sei. Weitere Gründe für die Notwendigkeit der Reform der AL seien internationale Entwicklungen wie die Veränderungen im Nachgang zum 11. September, regionale Entwicklungen wie die Golfkrise und der Irakkrieg, die gestiegene Bedeutung von Menschen- und Freiheitsrechten und der Druck der USA auf die Durchführung von Reformen in der Region.

Regional hat der irakische Überfall auf Kuwait zur militärischen Präsenz der USA im arabischen Golf geführt und zu verschiedenen bilateralen Abkommen mit den Golfstaaten. Durch US-initiierte Initiativen wie die Greater Middle East Initiative versuchen die USA das von ihnen unterstützte Israel in die Region zu integrieren.

Ein weiteres wichtiges Thema in der Region ist die Belebung der Zivilgesellschaft, wobei neue Beziehungen zwischen Staat und Bevölkerung entstehen sollen, was auch für die AL ein Beispiel sein könnte.

Dr. Abdel Wanis ging danach kurz auf die zwei unterschiedlichen Reformbestrebungen bei der AL ein, eine Gruppierung fordert die Abschaffung der bestehenden AL und die Gründung einer neuen institutionellen Form, z.B. eine Arabischen Föderation; die zweite Gruppe fordert die Beibehaltung der bestehenden Form und die Durchführung weitreichender Reformen.

Am Schluss seiner Einführung bedankte sich Dr. Abdel Wanis für die Unterstützung bei der Planung und Durchführung des Seminars durch die Arabischen Liga und ihren Generalsekretär Amr Moussa und für die moralische und finanzielle Unterstützung durch die Konrad Adenauer Stiftung.

Dr. Kamal El Menoufy nannte die Reform der Arabischen Liga ein kritisches Thema, Diskussion über eine Reform bedeute immer, dass es etwas zu verbessern gebe. Dr. El Menoufy zitierte den Generalsekretär der AL Amr Moussa, der auf die Frage, ob die AL versagt hätte, antwortete, dass die Arabische Liga nicht versagt habe und es auch nicht werde. Die AL wurde 1945 gegründet, hat verschiedene Krisen überstanden und bestehe heute noch. Zu den Krisen zählten der Kalte Krieg, der Friedensvertrag zwischen Israel und Ägypten und die damit verbundene Verlegung des Standortes der AL, die Teilung der Arabischen Welt in den 70er Jahren in reiche und arme Staaten, die Golfkrise zwischen Kuwait und Irak und heute nun die Besetzung des Irak durch amerikanische und britische Truppen.

In der ganzen Zeit habe die AL ihre Fähigkeit zur Anpassung und Entwicklung bewiesen, so haben Themen wie Frauenrechte, Menschenrechte, Zivilgesellschaft aber auch wirtschaftliche Veränderungen Zugang zur AL gefunden, neue Zuständigkeiten in Form von Kommissaren für Menschenrechte oder Zivilisationskonflikt wurden geschaffen. Dr. Menoufy fügte hinzu, dass die AL aber nicht als eigenständiges Gebilde betrachtet werden dürfe, sie sei das Spiegelbild ihrer Mitglieder. In diesem Zusammenhang verwies er auf den letzten „Arab Human Development Report“ des UNDP, welcher die Probleme der arabischen Staaten aufgezeigt habe. Er verwies auch auf die Kritik der AL am UN-Menschenrechtsreport, den sie als zu unkritisch gegenüber den arabischen Regierungen beschrieben und hier eine schärfere Sprache gefordert hatte, um die Situation gemäß den Tatsachen darzustellen.

Zum Schluss bedankte sich der Dekan bei der Arabischen Liga und der KAS für die Unterstützung und beim Publikum für das zahlreiche Erscheinen.

Dr. Michael Lange begrüßte die Gäste und stellte kurz die Konrad-Adenauer-Stiftung und ihre Arbeit vor, u.a. auch die Unterstützung des Dialoges zwischen Ägypten und Europa im allgemeinen und Deutschland im besonderen. Er sagte, dass der amtierende Generalsekretär der Arabischen Liga, Amr Moussa die Reform der AL als Hauptaufgabe seiner Amtszeit betrachte. Es gebe viele Versuche, die regionalen Bedingungen zu verbessern, Reformen, Kultur- und Wirtschaftsdialog mit Europa und Friedensinitiativen durchzuführen. Oft gebe es allerdings eine Kluft zwischen Theorie und Praxis bei der Umsetzung der Entscheidungen und Pläne. Als Vorbild könnten hier die EU und die UN dienen. In Europa habe es auch

vieler Anstrengungen und Bemühungen bedurft, um die EU in ihrer heutigen Form als Säule der Entwicklung Europas zu schaffen. Bei der Durchführung von Reformen in der AL sei ein starker Einsatz des Generalsekretariats gefordert.

Herr Hisham Youssef verwies zu Beginn seiner Einleitung darauf, dass die Reform der Arabischen Liga ein altes Thema sei und schon oft im Mittelpunkt der Diskussionen gestanden habe, doch die jüngsten Entwicklungen hätten sich jetzt auch im Protokoll der AL niedergeschlagen wie beispielsweise die Durchführung von regelmäßigen Gipfeltreffen. Die Wahl von Amr Moussa zum Generalsekretär der AL sei ein Zeichen gewesen für den Reformwillen und den Versuch, die Stellung der AL zu stärken. Moussa habe als ersten Schritt das Generalsekretariat selbst reformiert und neue Abteilungen für Zivilgesellschaft, Menschenrechte, Zivilisationsdialog und arabische Emigranten eingeführt, um den geänderten Rahmenbedingungen gerecht werden zu können. Weiterhin wurde ein neuer Mechanismus für die Durchführung von Programmen entwickelt. Beim jüngsten Gipfeltreffen in Tunis war die Reform der AL erneut das Hauptthema, Ergebnis der Diskussionen war, dass die Reformen auf zwei Beinen stehen müssten, nämlich Reformen der arabischen Liga und Reformen der arabischen Staaten selbst. Die Zivilgesellschaft sei ein bedeutender Faktor der Reformbestrebungen. Herr Youssef verwies auch auf das häufige Problem der fehlenden Implementierung von Entscheidungen, die in der AL getroffen wurden, hier sei aber nicht die AL selbst zu kritisieren sondern die Mitgliedsstaaten, die von ihnen mitgetragene Entscheidungen nicht implementieren. Als Beispiel verwies Herr Youssef auf die Entscheidung der AL eine Medienkampagne zur Verbesserung des Images der arabischen Welt durchzuführen, die an der fehlenden Finanzierung durch die Mitgliedsstaaten scheiterte. Auf dem Gipfel in Algerien wurde über die Einführung eines neuen Wahlsystems und eines Arabischen Parlamentes diskutiert, was von einigen kritisiert wurde, da einige Staaten noch nicht einmal ein eigenes Parlament hätten. Doch trotz der Kritik wurde das Arabische Parlament gegründet, um Initiative zu zeigen und ein Beispiel zu setzen.

Weiterhin gibt es Pläne für die Schaffung eines arabischen Gerichtshofes, die Entwicklung und Durchführung benötigten aber viel Zeit. Alle Reformen vollziehen sich vor dem Hintergrund der arabischen Realität, die nicht vergessen werden darf. Er verwies in diesem Zusammenhang auf einen aktuellen Bericht über die Lage der Kinder in der Arabischen Welt, der besagt, dass 10 Mio. arabische Kinder aus dem Schulsystem herausfallen und noch immer eine sehr hohe Analphabetenrate in der arabischen Welt existiere. Derzeit seien der palästinensisch - israelische Friedensprozess und die Lage im Sudan bedrohlich. Alle Themen müssen im Zusammenhang behandelt und können nicht alleine betrachtet werden. Über die Reform der AL herrschen verschiedene Meinungen wie die Ersetzung der Arabischen Liga durch eine neu zu gründende Institution, wobei aber beachtet werden sollte, dass eine Namensänderung nicht automatisch auch die Änderung des Inhaltes der Organisation bedeute. Reformen sind gefragt, aber der Rahmen der AL sollte beibehalten werden.

Der Leiter der 1. Sitzung **Dr. Shalabi** sagte einleitend, dass die Entwicklung und Weiterentwicklung der Arabischen Liga eine logische Entwicklung sei, da Entwicklung normal sei für jede menschliche Gesellschaft und sich auch jede Organisation angesichts ihrer Umgebung verändere.

Dr. Ahmed Abdel Wanis verkürzte aufgrund der Zeitknappheit seinen Vortrag auf die Einflussfaktoren, die auf die Reform der Arabischen Liga wirken und ließ den Teil über die Entwicklung regionaler Organisationen im Allgemeinen weg. Er sagte, dass die internationalen und die regionalen Faktoren einen eher negativen Einfluss auf die Arabische Liga hätten, vor allem die USA beeinflussten die AL negativ, da durch die militärische Präsenz in der Region die Macht der USA zugenommen habe. Mit dieser Macht machen die USA viele Initiativen der AL zunichte, auch neue regionale Projekte bedrohen die AL. Als positiv bezeichnete Dr. Abdel Wanis den Einfluss der internationalen Variablen Demokratisierung und Menschenrechte. Danach ging er auf den sog. neuen Regionalismus ein, der auf mehreren Faktoren wie der Flexibilität in geographischen Dimensionen, institutioneller Flexibilität und der Umsetzung der eigenen Vorstellung der Mitglieder beruht. Die Entwicklung der EU sei ist ein gutes Beispiel für die Entwicklung einer regionalen Organisation. Zunächst wurde der Vorläufer der heutigen EU aus reinem Funktionalismus gegründet, später weiteten sich die Themen auf andere Bereiche aus und so vollzog sich die Entwicklung über die EWU und den Gemeinsamen Europäischen Markt zur EU. Aber auch bei der EU ist noch nicht das Endstadium erreicht, neue Entwicklungen sind noch immer möglich. Die Entwicklung der EU verfüge über viele Beispiele und Erfahrungen, die bei Reformüberlegungen im Zusammenhang mit der AL übernommen werden könnten.

Dr. Hani Raslan merkte einleitend an, dass er seinen Vortrag kurzfristig erstellen musste und deshalb das Thema nur in groben Zügen bearbeiten konnte. Er sagte, dass das Thema der Reformen der Arabischen Liga seit dem Jahr 2000 im Raum stehe, sich aber noch nicht sehr viel Konkretes getan hätte. Ein Hauptproblem sieht er in den Rahmenbedingungen, unter denen die AL gegründet wurde. Ziel der AL war die Unterstützung der arabischen Staaten und nicht ihre Formierung als eigenständiges Gebilde. Deswegen spiegelt sie auch heute noch die jeweiligen Einzelstaaten wieder. Durch die vielen bestehenden Kontroversen zwischen den Staaten könne die AL nicht effizient arbeiten. Doch außer Libyen, das nicht als Maßstab gelten könne, halten noch alle arabischen Staaten an der Idee der Arabischen Liga fest.

Er führte weiter an, dass sich die Arabische Liga ihrer Aufgaben nicht vollkommen bewusst sei, es wurden zwar schon einige Reformen durchgeführt, so beispielsweise bei dem Mechanismus zu Konfliktlösungen, aber diese seien nicht weitreichend genug. Eine weitere Reform wurde bei der Änderung des Mechanismus der Gipfeltreffen durchgeführt, die in Zukunft regelmäßig stattfinden und nicht mehr ad hoc einberufen werden sollen. Dr. Raslan schlug aber vor, dass die Gipfeltreffen nicht als Treffen von Staaten betrachtet werden sollten, an denen nur die Staats- und Regierungschefs teilnehmen, sondern auf Ratsebene erfolgen sollten. Beim Gipfeltreffen 2001 wurde die Rolle der Generalversammlung reformiert, 2004 dann die Rolle des Sekretariates, das anstelle der bisherigen administrativen Aufgabe jetzt auch eine politische Rolle spielt. Er kritisierte aber, dass die bisherigen Reformen auf typische arabische Art und Weise durchgeführt wurden, nämlich nur schüchtern und fast im Verborgenen.

Dr. Gamal Zahran kritisierte die beiden Vorträge als zu allgemein. Bei der Diskussion um die Reformbestrebungen der AL sollte seiner Meinung nach auf den polemischen Hinweis auf die Rolle der USA und Israels verzichtet werden, dazu sei die Zukunft der AL ein zu wichtiges Thema. Seiner Meinung nach spiegelt sich die heutige arabische Realität in der Arbeit der Arabischen Liga wieder, das Interesse an einer gemeinsamen arabischen Identität sei in der Vergangenheit wesentlich größer gewesen, heute gebe es keinen Traum mehr über eine Arabische Welt, die AL sei zu einer bloßen Fassade verfallen. Der Arabischen Liga fehlt es vor allem an einer Zukunftsstrategie und einer fundierten Zielvorstellung. Es sei eine grundlegende Reform der AL gefragt, nicht nur eine oberflächliche institutionelle Reform. Dr. Raslan schlug eine schrittweise Überführung der Arabischen Liga in eine Arabische Union nach dem Beispiel der Entwicklung der EU vor. Hauptaufgabe der AL sei es, ihre verlorene Glaubwürdigkeit bei der Bevölkerung der arabischen Staaten wiederaufzubauen, sie müsse sich weiterentwickeln und nicht mehr länger nur die „lausy reality“ der arabischen Welt verkörpern.

Dr. Mohamed Ezz Eddin sprach in seinem Kommentar mehrere Punkte an, zunächst sei das internationale Recht gefordert und eine Reform aller internationalen Organisationen, vor allem der Vereinten Nationen. Im Falle der UN sei eigentlich die Reform der Charta selbst notwendig, nicht der Durchführungsmechanismen, wobei sich niemand traue dies anzusprechen. Die Arabische Liga müsse politische und institutionelle Reformen durchführen. Eine Organisation sei außerdem nur so stark wie ihre Mitglieder selbst, so seien NATO und EU aufgrund ihrer Mitglieder so stark.

Die Arabische Liga ist eine der ältesten Organisationen und wurde noch vor den UN gegründet, weswegen auch viele Artikel der UN-Charta der Gründungscharta der Arabischen Liga entnommen seien, wobei leider auch viele Fehler übernommen wurden, so sei die Regel der einstimmigen Entscheidungen nachteilig, hier sind Veränderungen gefragt.

In der Diskussion wurde angemerkt, dass die Arabische Liga nicht über eine Zielstrategie verfügt und alle Reformüberlegungen sinnlos seien, solange es keine Zielstrategie gebe.

Dr. Mohamed Saad sagte einleitend, die Arabische Liga sei das „Haus der Araber“, der Traum einer arabischen Einheit. Deswegen sei die AL mit ihrer Charta und ihren Institutionen auch heute noch wichtig für die arabische Welt. Vor und nach den Gipfeltreffen kommen immer wieder Fragen und Forderungen nach Reformen auf. Diskutiert werden immer wieder das Wahlrecht, Veränderungen der Gründungscharta, die Konsens-Regel bzw. die Einführung von Mehrheitsentscheidungen. Ein großes Defizit bei der AL sei weniger die Entscheidungsfindung sondern vielmehr die Implementierung der getroffenen Entscheidungen, die häufig nicht überwacht wird, weswegen viele Initiativen der AL im Sande verlaufen. Nach Artikel 7 der Charta der Arabischen Liga sind im Konsens getroffene Entscheidungen für alle Mitglieder bindend, Mehrheitsentscheidungen nur für diejenigen, die diese mitgetragen haben. Doch in der Praxis der AL wurden schon häufiger Entscheidungen gegen das Konsens-System getroffen, wie beispielsweise

die Abstimmung über die Aufnahme neuer Mitglieder, die eigentlich durch eine Mehrheitsentscheidung der Mitglieder getroffen werden müsste, aber abgelöst wurde durch die Mehrheit der anwesenden Staaten.

Auch andere Verstöße gegen die Charta habe es in der Vergangenheit gegeben, so die Einfrierung der Mitgliedschaft Ägyptens, was in der Charta nicht vorgesehen ist. Im Laufe der Zeit haben sich in den verschiedenen Bereichen der AL verschiedene Wahl- und Abstimmungssysteme entwickelt, von einfacher Mehrheit, über 2/3 Mehrheit bis zu einstimmigen Entscheidungen.

Reformbedürftig ist vor allem der Implementierungsprozess, der in der Charta nicht geregelt ist. Es muss unterschieden werden zwischen direkter Implementierung bei der Einsetzung von Personen oder Budgetfragen und der indirekten Implementierung, die erst nach der Zustimmung der einzelnen Staaten in Kraft treten kann. Reformen der Arabischen Liga können nur dann greifen, wenn auch das Implementierungssystem verbessert wird, sonst bleiben sie sinnlos.

Dr. Mostafa Abdel Aziz lobte den Vortrag, merkte aber an, dass er anstelle einer abstrakten Analyse der Situation eine detaillierte Betrachtung erwartet hätte. Das tatsächliche Problem der arabischen Welt sei die Krise der arabischen Regime, die wiederum in der Arabischen Liga für die Entscheidungen zuständig seien. Die meisten arabischen Staaten werden noch immer von Einzelpersonen geführt, die auch alle Entscheidungen auf persönlicher Basis treffen, dieses Verhalten spiegelt sich naturgemäß auch in der Arabischen Liga wider, wo es mehr um persönliche Beziehungen der Staats- und Regierungschefs geht und weniger um zwischenstaatlichen Beziehungen. Solange es keine interne Partizipation in den Staaten gebe, könne auch keine regionale oder internationale Partizipation erwartet werden. Dies sei aber allgemein ein Problem der 3. Welt, in der es kaum etablierte demokratische Systeme gebe, in denen, wie an den entwickelten Staaten zu sehen ist, die Souveränität des Staates keine so wichtige Rolle mehr spielt. Wünschenswert sei für die Arabische Liga eine direkte, schnelle und unbürokratische Implementierung von Entscheidungen. Er kritisierte weiter, dass die Wahl- und Abstimmungssysteme in den verschiedenen Teilbereichen der AL anhand von Zahlenbeispielen detaillierter hätten erklärt werden sollen. So sei etwa die 2/3-Mehrheit der anwesenden Staaten beim letzten Gipfel in Zahlen ausgedrückt eine Entscheidung von 10 Staaten gewesen. Dr. Abdel Aziz merkte weiter an, dass die bindende Anerkennung von Mehrheitsentscheidungen in der Arabischen Welt wie auch in der 3. Welt häufig nicht vorhanden und akzeptiert sei, da hier noch nicht die notwendige politische Einsicht und politische Bildung vorhanden seien. Er kritisierte weiterhin die fehlenden Statistiken aus der Praxis der AL, um aufzuzeigen inwieweit Entscheidungen auch wirklich implementiert wurden. Fehlende Implementierung von Entscheidungen schwächt die Glaubwürdigkeit jeder Organisation.

Dr. Mohamed Abdel Wahab Al Saket erklärte, dass die Außenbeziehungen der Arabischen Liga in der Charta erwähnt werden, wobei es besondere Regelungen in Bezug auf Palästina und andere nicht unabhängige arabische Staaten gibt. Danach sollte eigentlich kein arabischer Staat ohne Zustimmung der AL eigenständige binationale Beziehungen zu anderen Staaten aufnehmen, dieser Grundsatz wird allerdings kaum noch beachtet. Danach gab er einen Überblick über die wichtigsten Außenbeziehungen der AL. Mit den Vereinten Nationen gibt es vielfältige Beziehungen in den verschiedenen Bereichen, die AL ist durch Botschafter und Vertreter bei den verschiedenen UN-Organisationen vertreten, zum letzten Gipfeltreffen der Arabischen Liga wurde auch der UN-Generalsekretär eingeladen. Aufgrund der verschiedenen Interessen der Großmächte in der Region wurden im Laufe der Zeit viele Dispute in der arabischen Region innerhalb der UN verhandelt. In diesem Punkt forderte Dr. Al Saket mehr Entscheidungsbefugnisse für die Arabische Liga bei der Lösung von Problemen in der arabischen Welt.

Der Europäisch-Arabische Dialog begann im Zuge der Ölkrise von 1973, hier verlaufen die Beziehungen aber meist auf binationaler Ebene zwischen den einzelnen arabischen und europäischen Staaten oder der EU. Hier zu erwähnen sind der Euro-Med Dialog und das MENA-Programm. Arabisch-afrikanische Beziehungen gibt es seit 1977, als der erste und bislang einzige gemeinsame Gipfel durchgeführt wurde, vor kurzem wurde in der AL wieder die Verstärkung des Dialoges mit Afrika gefordert. Im vergangenen Jahr wurde zum ersten Mal ein chinesisch-arabisches Forum durchgeführt, das die erste Kooperation der AL mit einem Einzelstaat ist. Die Beziehungen sollen in den Bereichen Wirtschaft und Kultur erfolgen. Als Werkzeuge für die Außenbeziehungen der AL dienen die in den 50er Jahren eröffneten Botschaften, von denen es mittlerweile 15 gibt. In Lateinamerika ist die AL bislang nicht vertreten, auch hier fanden erste Kontakte statt. Angesichts der vielen arabischstämmigen Emigranten, alleine 10 Mio in Nordamerika, wurde bei der AL eine neue Abteilung für die Belange arabischer Emigranten gegründet, die auch für die Kulturzentren zuständig ist, die sich mit der Pflege der arabischen Sprache und Kultur beschäftigen.

Die Arabische Liga hat nach Auffassung von Dr. Al Saket zwar viele Außenbeziehungen aufbauen können, verbessert werden muss aber vor allem die Kooperation der arabischen Staaten untereinander. Bislang konnten sich die Mitglieder der AL nicht auf eine gemeinsame Außenpolitik einigen, auch bei der Lösung des Palästinenserproblems konnten keine wirklichen Fortschritte erreicht werden.

Herr Moheb Mokbel kommentierte den Vortrag nicht weiter, sondern forderte von den Seminarteilnehmern sich anstelle der Analysen auf die Suche nach Lösungswegen zu konzentrieren, da nicht die Analysen bei der Problemlösung helfen sondern nur Lösungswege. Er forderte arabische Solidarität angesichts der Angriffe auf die arabischen Regime und Staaten. Ein Erfolg der Arabischen Liga sei schon die Tatsache, dass es sie noch gebe. Kritik übte er auch an den arabischen Führern, die immer weniger Interesse an der Arabischen Liga zeigten, so hätten am letzten Gipfel mehr ausländische Staatschefs teilgenommen als arabische.

Dr. Ahmed El Rashidy erklärte, dass das Prinzip der friedlichen Konfliktlösung mit Artikel 5 und 19 in die Charta der Arabischen Liga aufgenommen wurde, die hier die Rahmenbedingungen vorgibt und die zur Verfügung stehenden Werkzeuge aufzeigt. Für die Vorschläge zur Konfliktlösung ist der Rat der Arabischen Liga zuständig. An der Gründung der AL waren 7 Staaten, darunter Ägypten beteiligt, damals berücksichtigte man nicht die Möglichkeit, dass es auch unter den Mitgliedsstaaten zu Konflikten kommen könnte. Die Charta der AL sei sehr komprimiert und lässt Details vermissen, wodurch sie in Form und Kontext teilweise ungenau und fehlerhaft sei. Diese Form lässt unterschiedliche Interpretationen zu, so gibt es verschiedene Möglichkeiten für die Einberufung und Durchführung von Gipfeltreffen auf verschiedenen Ebenen.

Die Möglichkeiten des Schlichtungsprozesses wurden über die Jahre ausgeweitet, heute ist die Schlichtung auch bei Bürgerkriegen möglich, nicht mehr nur bei Konflikten zwischen Staaten. Aber hier sei nicht der Text der Charta ausschlaggebend, sondern der politische Wille, deswegen sei die Reform der Texte nicht unbedingt notwendig. Die Praxis der Trennung der Konfliktparteien wurde auch bei der AL angewendet, so wurden 1961 arabische Eingreiftruppen zur Schlichtung des kuwaitisch-irakischen Konfliktes entsandt, die britischen Truppen wurden von Kuwait zum Abzug aufgerufen und Druck auf Irak ausgeübt. Als zweites Beispiel zog Dr. El Rashidy den Bürgerkrieg im Libanon heran, wo der damalige Generalsekretär Mahmoud Riad persönlich versuchte, zu intervenieren. Heute sei eine solche Form der persönlichen und direkten Initiative nicht mehr vorstellbar.

Ein zweiter wichtiger Punkt bei der Konfliktlösung sei die Einrichtung eines Arabischen Gerichtshofes, dessen Realisierung er aber stark bezweifelt. Arabische Staaten wenden sich im Konfliktfall zwar an den internationalen Gerichtshof und akzeptieren auch dessen Entscheidungen, für den gleichen Erfolg eines Arabischen Gerichtshofes sieht er aber keine Chancen. El-Rashidy unterstützt die ägyptischen Initiativen, wonach die Charta in ihrer jetzigen Form beibehalten und ergänzt werden soll, da die Chancen für eine gemeinsame Einigung auf Änderungen gering sein könnten.

Dr. Gamil Hussein erklärte, das Thema Menschenrechte sei ein komplexes Thema, das in viele verschiedene Bereiche unterteilt ist. Er bezeichnete die islamische Sharia als erstes Gesetzeswerk zur Regelung der Menschenrechte. Heute ist es nicht mehr akzeptabel zu argumentieren, dass die Menschenrechte eine interne Angelegenheit eines Staates seien, vielmehr ist heute die internationale Gemeinschaft für die Einhaltung und Umsetzung der Menschenrechte zuständig. Das Thema Menschenrechte hat immer mehr an Bedeutung gewonnen, so sprach der Generalsekretär der UN in diesem Jahr über die Bedeutung der Menschenrechte und der bürgerliche Freiheitsrechte. Die Charta der AL weist in diesem Bereich leider große Defizite auf, das Thema Menschenrechte findet keine Erwähnung. Das Thema Menschenrechte nutzen die Supermächte heute für den Angriff und die Kritik an der Arabischen Welt, hier sind jetzt die arabischen Staaten zum Handeln und zur Durchführung von Reformen aufgerufen. Internationale Organisationen und Institutionen können als Ansprechpartner dienen, wie etwa der internationale Gerichtshof. Sollten Reformen und Verbesserungen im Bereich der Menschenrechte nicht erfolgen, so sagt Dr. Hussein weitere Angriffe auf die arabischen Staaten voraus, der bislang unsichtbare und stumme Standpunkt der arabischen Welt in Bezug auf die Menschenrechte müsse international sichtbar werden und die schlechte Menschenrechtssituation in der Arabischen Welt dringend verbessert werden

Dr. Farid Hegab beschrieb in seinem Kommentar die Menschenrechte als ein bekanntes Wesen ohne eigenen Körper, es bestehe eine enge Beziehung zwischen den Menschenrechten und der Zivilgesellschaft, wobei die Zivilgesellschaft den Menschen zu einem aktiven Teil der Gesellschaft formt. Er sagte weiter, dass bei der internationalen Debatte über die Menschenrechte einige Kulturen andere dominieren

werden und in vielen Gesellschaften verfügen reiche Menschen über mehr Freiheiten und Rechte als die ärmeren Teile der Gesellschaft. Nicht immer führt die Diskussion über Rechte und Freiheiten zu Verbesserungen, oft sind wirtschaftliche Erwägungen ausschlaggebend, so sei die Sklaverei nicht aufgrund religiöser Vorstellungen abgeschafft worden, sondern aufgrund der Erfindung neuer Maschinen, die die menschliche Arbeit in diesen Bereichen ersetzt habe. Danach ging er kurz auf den Einfluss der großen „Meganationals“ ein, die heute die Weltwirtschaft bestimmen und für die nationale Grenzen ein Hindernis für die Entwicklung bilden.

Dr. Abdalla Ashaal kommentierte, dass die Arabische Liga noch immer eine wichtige Rolle spiele, die Position des Generalsekretariates müsse aber gestärkt werden, so beispielsweise durch die Einführung eines Sanktionssystems bei Verstößen durch die Mitglieder. Die Schaffung eines arabischen Gerichtshofes habe nur Sinn, wenn der Grad der Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedsstaaten deutlich erhöht werden kann. Nimmt man die EU als Beispiels, so erkennt man, dass es sich bei den Mitgliedsstaaten um demokratische Staaten mit einem verwurzelten demokratischen System handelt, weswegen dort auch die Menschenrechte mehr Bedeutung haben und Verstöße entsprechend geahndet werden.

In der **Diskussion** wurde kritisiert, dass es keine Beziehung zwischen der Arabischen Liga und der Zivilgesellschaft der arabischen Welt gebe. Ein arabischer Gerichtshof hätte nur dann Chancen, wenn sich die arabischen Staaten auch verpflichten, die Urteile zu implementieren. Es sei kaum vorstellbar, dass Saddam Hussein aufgrund einer Entscheidung der AL Kuwait geräumt hätte. Gefordert wurde die Reform der arabischen Staaten von innen heraus

Dr. Mohamed Abdel Salam bemerkte zu Beginn seines Vortrags, dass es in der Arabischen Welt bisher kein gemeinsames Sicherheitsregime gäbe. Der geplante Arabische Sicherheitsrat wäre dabei das wichtigste Organ die zahlreichen bilateralen Dispute aufzulösen, hätte aber nicht wie die NATO vereinte Streitkräfte (collective defense), sondern wenn überhaupt dann nur bilaterale oder multilaterale Vereinbarungen über gegenseitigen militärischen Beistand. In der Vergangenheit haben dabei selbst bilaterale Vereinbarungen, wie die zwischen Ägypten und Syrien keine praktische Bedeutung gehabt. Man müsse sich immer wieder das Fehlen eines gemeinsamen politischen Willens der Arabischen Staaten eine gemeinsame Verteidigungsstrategie zu entwickeln vor Augen führen. Die Liga sehe sich stärker als eine Föderation unabhängiger Staaten und nicht als eine gemeinsame, integrierte Organisation mit eigenen Entscheidungsrechten. Dabei erscheinen vielen die internen militärischen Bedrohungen größer als die externen Bedrohungen bzw. solche von außerhalb der Liga.

Blickt man auf die Sicherheitsvorstellungen der einzelnen Mitgliedstaaten, so zeigt der Umstand, dass es insgesamt acht verschiedenen Reformvorschläge gegeben hat, dass die diesbezüglichen Vorschläge noch weit auseinander liegen. Um die kollektive Sicherheit zu erhöhen, schlug etwa Katar vor, verstärkt zu kooperieren und sich für eine weitergehende Globalisierung zu öffnen; der Sudan riet sich um die aktuellen Konflikte zu bemühen, Jemen schlug gar vor, die Liga in ihrer jetzigen Form abzuschaffen und den Aufbau einer neuen gemeinsamen Sicherheitsstruktur in Angriff zu nehmen, Saudi Arabien schlug die gemeinsame Abwehr aller externen Bedrohungen vor und zeigte sich bestrebt alle bilateralen Probleme friedlich zu lösen. Auch Libyen befürwortete eine Auflösung der Liga und den Aufbau einer neuen gemeinsamen Sicherheitsstruktur, wobei Ägypten dafür plädierte es zuerst mit einem Forum zu versuchen, dem aber die Gefahr inhärent ist als Talk Shop zu enden.

Der Beitrag von **Dr. Mohamed Shawky** über den Stand der Bemühungen um wirtschaftliche Integration wurde von einem Assistenten vorgelesen, und brachte wenig neue Erkenntnisse zur Frage der Reform der Arabischen Liga.

In der Diskussion bemerkte **General Dr. Ahmed Abdel Halim**, dass es darum gehen muss, zu einer größeren Abstimmung bei der militärischen Ausrüstung und den Befehlsstrukturen zu kommen. Es ginge nicht an, dass die Arabischen Staaten weiterhin keine gemeinsamen Manöver durchführten und es keine gemeinsame Militärproduktion gäbe. **Dr. Mohamed El Said Idriss** betonte dagegen, dass sich die arabischen Staaten intern reformieren müssten bevor die Arabische Liga reformiert werden könne, da die Liga nichts anderes sei als die Summe der Mitgliedstaaten.

In der abschließenden Paneldiskussion sprach sich der Politikwissenschaftler und ehemalige Jugendminister **Dr. Ali El Din Hilal** dafür aus, das Thema Reform der Arabischen Liga, das ja jetzt schon seit einiger

Zeit in der Diskussion ist, mit der notwendigen Ruhe zu erörtern. Ihm erscheinen alle bisherigen Anstrengungen lobenswert, man müsse aber bedenken, dass alle Entscheidungen der Liga einstimmig gefällt werden müssten und es selbst nach einmütiger Verabschiedung oft an der entsprechenden Umsetzung mangelte. Dies bedeute aber, dass auch ein neuer Abstimmungsmodus wenig an der immer wieder beklagten, fehlenden Implementierung der Entscheidungen ändern wird. Eine regionale Organisation sei schließlich immer auch ein Spiegel der beteiligten Mitgliedstaaten, was folgende Fragen aufwirft:

- Kann die Liga die Schaffung eines Arabischen Parlaments akzeptieren, wenn einzelne Mitgliedstaaten über kein gewähltes Parlament verfügen?
- Kann die Liga diesem Parlament Kompetenzen übertragen? Würden diese von allen Mitgliedstaaten anerkannt?
- Kann es eine arabische Zivilgesellschaft geben, wenn es gleichzeitig Mitgliedstaaten gibt, die eine solche gar nicht zulassen?

Jede gemeinschaftliche Institution verlangt Kompetenztransfer auf dieses Gemeinschaftsorgan. Ist man in der Arabischen Welt tatsächlich schon zu solch einem Kompetenztransfer bereit? Besteht man nicht vielmehr weiterhin auf nationale Souveränitätsrechte, was eine höhere Effektivität der Arbeit der Arabischen Liga verhindert. Der Generalsekretär Amr Moussa hatte sicherlich zu Beginn seiner Tätigkeit viele Pläne, musste aber über die Jahre erkennen, dass der gemeinsame Wille der Mitgliedstaaten gemeinsam zu handeln, noch weitgehend fehlt.

Dr. Ahmed Youssef Ahmed, der Dekan des Instituts für Arabische Studien der Arabischen Liga betonte, man könne die aktuellen Herausforderungen nicht ohne Rückblick auf die letzten 60 Jahre einordnen. Die Arabische Liga sah sich zahlreichen internationalen politischen und wirtschaftlichen Herausforderung ausgesetzt. Man denke nur an die jüngste Herausforderung durch das recht starre politische Konzept einer „Greater Middle East Reform“ und dem Irak Projekt der US Administration. Neben diesen internationalen gäbe es zudem spezifische regionale politische und wirtschaftliche Herausforderungen wie etwa den palästinensisch-israelischen Friedensprozess. Erfolge gab es nahezu ausschließlich auf bilateraler Ebene, man denke an den Rückzug Israels aus dem Süd-Libanon. Man sollte sich dabei bewusst sein, dass die Arabischen Staaten bisher Souveränität nur im Rahmen von Internationalen Vereinbarungen an internationale Organisationen, nicht aber an Arabische Organisationen abgetreten haben. Zwar liegen die Vorschläge für ein gemeinsames Arabisches Parlament und ein gemeinsames Gericht schon seit Jahren formuliert vor, wurden bisher aber immer wieder zurückgestellt. Inzwischen haben sich auch die Machtverhältnisse innerhalb der Liga verschoben. So tragen Kuwait und Saudi Arabien zusammen 40% des Budget, VAE 20%, aber Syrien nur 1%. Die Mitgliedstaaten, die höhere Beiträge entrichten haben ein Interesse daran das Budgetwachstum zu begrenzen, kleine Mitgliedsstaaten forderten oft niedrigere Beiträge, weil sie sich als arm, besetzt, oder schlecht eingeordnet betrachten.

Fragt man nach Ländern, die vielleicht eine Lokomotivenfunktion wahrnehmen könnten, so kommt man zu keiner einfachen Antwort. Ägypten hat diese Funktion nicht mehr inne. Die bereits gestellte Frage, wie es ein Arabisches Parlament geben könne, wenn 18 der 22 Mitgliedstaaten selbst über gar kein demokratisch gewähltes Parlament verfügen, verdeutlicht das Problem und es ist allen, die sich mit der Materie befassen, bewusst, dass es nicht die Entscheidungsfindung sondern die fehlende Implementierung ist, die Kritik hervorruft.

Es gibt wohl weiterhin zu viele bilaterale Probleme zwischen arabischen Staaten, als das es zu einer wirklichen Weiterentwicklung der gegenseitigen Beziehungen nach dem Vorbild des COMECON kommen könnte, welche helfen würden, die wirtschaftliche Unabhängigkeit einzelner Mitgliedstaaten auch in der Zukunft zu sichern. Man könnte da mit wenigen Staaten beginnen (Landwirtschaft, Transport etc.) und dann abwarten, ob und wie viele andere Staaten sich später anschließen würden. Auch in Zukunft wird deshalb wohl kein Weg daran vorbeigehen, dass sich das Generalsekretariat Kompetenzen anmaßen muss, um die nachträgliche Zustimmung der Mitgliedstaaten zu erhalten.

Amb. Hisham Youssef, der Leiter des Generalsekretariats der Liga verwies in seinen Ausführungen auf die vielen aktuellen, institutionellen Herausforderungen denen sich die Liga gegenüber sieht. Da gebe es den „Arab Court of Justice“ über den bisher keine Einigung erzielt werden konnte; es gibt das „Arab Parliament“ über das es eine einvernehmliche Einigung gibt aber eben auch eine einvernehmliche Weigerung, diesen Einigungsbeschluss umzusetzen. Auch habe der von der EU eingeleitete „Barcelona Prozess“ zu einer Aufspaltung der Ligastaaten in offizielle EU Kooperations-partner und den Mitgliedstaaten der GCC geführt. Daneben würde das Polisario Problem die Arabisch-Afrikanischen Beziehungen belasten. Zudem

gebe es auch Zertifizierungsprobleme in den Arabisch-Lateinamerikanischen Beziehungen sowie Probleme bei der Schaffung eines inter-arabischen Elektrizitäts-Netzwerks, mit dessen Hilfe man - vergleichbar der Gründung der Vereinigung für Kohle und Stahl in Europa - doch den erfolgreichen europäischen Einigungsprozess kopieren könnte. Was sicher kommen wird ist eine Entwicklung hin zu ungleichen Geschwindigkeiten, wie ihn ja auch schon europäische Politiker hinsichtlich der politischen Entwicklungen in Europa zur Diskussion gestellt haben. Diese unterschiedlichen Geschwindigkeiten werden in den verschiedenen in letzter Zeit von 12 auf 18 gestiegenen bilateralen (und regionalen) Freihandelsabkommen ihren Ausdruck finden und eine flexible Weiterentwicklung der Einigungsbemühungen im Arabischen Raum erlauben.

6. Geschäftsklima Indexierung – Erfahrungen in Deutschland und Ägypten

Veranstaltungsform: Konferenz (174 Teilnehmer)
Partner: Information and Decision Support Center (IDSC)
Zeit/Ort: 8. Mai 2005; Ramses Hilton Hotel, Kairo
Sprache: Arabisch / Englisch (Simultanübersetzung)

Programmübersicht

Sonntag, 8. Mai 2005

Eröffnungssitzung:

Frau Dr. Alia El Mahdy, Professorin für Wirtschaft, Kairo Universität und wissenschaftliche Beraterin des Projektes

Herr Dr. Michael Lange, Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung Ägypten

Herr Dr. Maged Osman, Vorsitzender des „Information and Decision Support Center“ (IDSC)

Herr Dr. Mahmoud Mohy Eldin, Minister für Investitionen

1. Sitzung: Die deutschen Erfahrungen mit einem Geschäftsklimaindex

Leitung: **Frau Dr. Hanaa Kheir Eldin**, Professorin für Wirtschaft, Kairo Universität

Herr Dr. Klaus Abberger, Leiter der Abteilung für Geschäftsbefragungen, IFO Institut

Herr Dr. Gernot Nerb, Leiter der Abteilung Industriesektorforschung, IFO Institut

2. Sitzung: Einführung eines Geschäftsklimaindex in Ägypten - Vision und Hindernisse

Leitung: **Frau Dr. Heba Handoussa**, Professorin für Wirtschaft,

Frau Dr. Alia Al Mahdy, wirtschaftliche und technische Beraterin des Projektes

Kommentar: **Herr Dr. Sultan Abu Ali**, Professor für Wirtschaft, ehemaliger Wirtschaftsminister

Kommentar: **Herr Dr. Reda El Edel**, Professor für Wirtschaft, Ain Shams Universität, Kairo

Kommentar: **Herr Dr. Nader Fergani**, Leiter des „Almishkat Center for Research“

Abschlussitzung: Zusammenfassung und Empfehlungen

Leitung: **Herr Dr. Maged Osman**, Vorsitzender des „Information and Decision Support Center“

Panel: **Herr Dr. Klaus Abberger**, Leiter der Abteilung für Geschäftsbefragungen, IFO Institut

Panel: **Herr Dr. Gernot Nerb**, Leiter der Abteilung Industriesektorforschung, IFO Institut

Panel: **Frau Dr. Nadia Makari**, Professorin für Statistik, Kairo Universität

Panel: **Herr Dr. Ibrahim El Essawi**, Berater des „National Planning Instituts“

Panel: **Herr Dr. Mohaya Zaytoon**, Professor für Wirtschaftswissenschaften, Al Azhar Universität

Kommentar: **Frau Dr. Alia Al Mahdy**, wirtschaftliche und technische Beraterin des Projektes

Dieser Workshop diente dem Ziel ägyptische Vertreter aus Wirtschaft und Wissenschaft die Chancen und mögliche Hindernisse bei der angestrebten Einführung eines Geschäftsklimaindex in Ägypten diskutieren zu lassen. Es ging dabei vor allem darum mit betroffenen Marktteilnehmern herauszufinden worin die Nützlichkeit eines solchen Indexes liegen könnte bzw. zu eruieren, inwieweit für einen solchen Index tatsächlich Bedarf besteht und welche Anforderungen er erfüllen muss, um den Akteuren bei ihren betrieblichen bzw. politischen Planungen Orientierung zu geben.

Nach der Begrüßung der Teilnehmer durch **Dr. Alia El Mahdy**, führte sie mit einem kurzen Überblick über die Vorteile und Methoden eines solchen Index in das Thema ein und verwies auf die anstehenden Vorträge der Experten des IFO-Instituts für Wirtschaftsforschung aus München, die in Deutschland mit ihrem eigenen Geschäftsklimaindex bereits über umfangreiche Erfahrungen verfügen.

Dr. Michael Lange begrüßte die Teilnehmer der Konferenz anschließend ebenfalls im Namen der Konrad-Adenauer-Stiftung und betonte die Bedeutung eines solchen Index, der den Individuen bei der Ent-

scheidungsfindung im Rahmen ihres wirtschaftlichen Handelns behilflich sein möge und auf diese Weise die Schaffung von mehr Wohlstand und Freiheit im Rahmen einer sozialen Marktwirtschaft erleichtere. Weiterhin erklärte er die Bereitschaft der Stiftung, Ägypten bei der Einführung eines Geschäftsklimaindex zu unterstützen und dankte in diesem Zusammenhang den Experten des IFO-Instituts für ihren Einsatz und IDSC für die bisher geleistete Arbeit und die erreichte Kooperation.

Danach unterstrich **Dr. Maged Osman** in seinen Begrüßungsworten die Bedeutung einer fundierten Datenbasis für die Entscheidungsträger in Verwaltung und Wirtschaft. Mit Hilfe eines Indikators, der die zukünftige Entwicklung der wirtschaftlichen Leistung absehbar mache, könne man besser und früher Rezessions- und Boomphasen der Wirtschaft vorhersagen und entsprechend reagieren. Er drückte seine Freude darüber aus, dass die Experten des IFO-Instituts sich bereit gezeigt haben, ihre umfassenden Erfahrungen mit dem Index aus Deutschland mit den Konferenzteilnehmern zu teilen.

Der ägyptische Investitionsminister **Dr. Mahmoud Mohy Eldin** stellte in seinem Vortrag die Bedeutung transparenter und objektiver Daten über die wirtschaftliche Entwicklung heraus. Er forderte, dass die erlangten Informationen nicht auf die Verwaltungsinstitutionen beschränkt bleiben dürften, sondern auch den individuellen Entscheidungsträgern zugänglich gemacht werden müssten, ohne dabei die damit möglicherweise verbundenen rechtlichen Probleme (Datenschutz) zu vernachlässigen. Er betonte den Wert solcher Indizes für die Evaluierung wirtschaftspolitischer Entscheidungen, die durch die Analyse der erhobenen Daten erleichtert würden und erwähnte, dass auch die ägyptische Regierung einen solchen „Leading Indikator“ eingeführt habe und bald einen Bericht zu dessen Aussagekraft vorlegen werde. Abschließend regte er eine engere Kooperation mit dem ägyptischen Informationsministerium an, um so eine Einbindung der Informationen in die sonstige Datenerfassung zu gewährleisten und erklärte seine Unterstützung für das Projekt.

Dr. Ahmad Guweily betonte in seinen einführenden Worten die Bedeutung von Vorhersagen der wirtschaftlichen Entwicklung für die Investoren, da diese nur so Vertrauen in die Wirtschaft Ägyptens fassen könnten und schloss mit der Anmerkung, dass es im letzten Jahr vor allem die Investitionen aus den arabischen Nachbarstaaten gewesen seien, die in Ägypten für einen wirtschaftlichen Aufschwung gesorgt hätten.

Zu Beginn der ersten Sitzung wiederholte die Vorsitzende **Dr. Hanaa Kheir Eldin** die Vorteile eines Geschäftsklimaindex und hob die Erfahrungen des IFO-Instituts für Wirtschaftsforschung hervor, von denen Ägypten profitieren könne. Insbesondere wurde von ihr auf die Vorteile einer zeitnahen Erhebung und Veröffentlichung der Daten hingewiesen.

Nach einer kurzen Vorstellung des IFO-Instituts für Wirtschaftsforschung sprach **Dr. Klaus Abberger** über die langjährigen Erfahrungen mit diesem Index in Deutschland und nannte als wichtigste Ziele dieser Datenerhebung die Vorhersagemöglichkeiten über kurzfristige Wirtschaftszyklen und deren Wendepunkte sowie die Erzielung von Schätzwerten über Börsen- und Inflationsentwicklung. Im weiteren Verlauf des Vortrages wurde die Gestaltung des Fragebogens und die Zusammensetzung des Befragungssamples vorgestellt, um so einen Einblick in die Zusammenstellung und Funktionsweise des Geschäftsklimaindex und die Arbeitsmethoden der Institutsmitarbeiter zu geben. Während des gesamten Vortrages wurde die Verlässlichkeit des IFO-Geschäftsklimaindex für die Vorhersage der Wirtschaftsentwicklung betont und am Beispiel des deutschen Konjunkturverlaufes nachgezeichnet.

Danach erörterte **Dr. Gernot Nerb** nach einem kurzen historischen Überblick über die Entstehung des IFO-Geschäftsklimaindex dessen Ausdehnung auf EU-Ebene. Der „Economic Sentiment Indicator“, der ebenfalls monatlich auf der Basis EU-weit erhobener Daten veröffentlicht wird, sei für ihn der Beweis für die Übertragbarkeit des Erhebungsprinzips des vorher dargestellten IFO Geschäftindex auf andere Staaten, wobei er auch die neuesten Verbesserungen des Indexes vorstellte. Diese lägen vor allem in der Gewichtung der einzelnen Wirtschaftssektoren bei der Indexberechnung, welche die Korrelation des Indexes mit der Referenzgröße BIP deutlich erhöhe. Diese Anpassungen hätten vor allem zu einer erhöhten Transparenz und zu einem geringeren Nachlauf des Indexes gegenüber der Referenzgröße geführt. Abschließend verwies Herr Dr. Nerb auf den „IFO World Economic Survey“ (WES), der in 90 Ländern der

Erde erhoben wird, darunter auch Ägypten, wo die Index-Erwartungswerte jedoch stets höher seien als die tatsächliche wirtschaftliche Entwicklung.

Dies läge seiner Meinung nach allerdings auch an einem zu kleinen Kreis von Befragten bei der Datenerhebung. Am Ende seiner Ausführungen unterstrich Dr. Nerb die Notwendigkeit sowohl das Befragungssamples als auch die Sektorgewichtung bei der Erhebung des Index an die ägyptischen Verhältnisse anzupassen.

In der anschließenden **Diskussion** wurden vornehmlich weitere statistische Details der Datenerhebung erörtert, aber auch einige wichtige Fragen zur Verwendung eines solchen Index aufgeworfen. Insbesondere die Frage, ob ein solcher Geschäftsklimaindex von einem Industrieland auf ein Entwicklungs-/Schwellenland übertragbar sei, beschäftigte die Konferenzteilnehmer und konnte auch trotz zahlreicher Länderbeispiele (darunter China, Brasilien und die Philippinen) seitens der Referenten nicht zu einem endgültigen Urteil verdichtet werden. Mit Nachdruck wurde ebenso die Erfassung des informellen Sektors, der in der ägyptischen Wirtschaft eine bedeutende Rolle spielt, diskutiert. Auch die Frage der Zielgruppe dieser Form der Datenerhebung nahm einigen Raum in der Diskussion ein und wurde von den Experten des IFO-Instituts dahingehend beantwortet, dass sowohl Regierungen und Zentralbanken als auch private Wirtschaftssubjekte, die die Ergebnisse als Marktforschungsinstrument verwendeten, zu den Adressaten der Indizes gehörten. Weiterhin wurde die Frage nach den den Entscheidungsträgern zur Verfügung stehenden möglichen Steuerungselementen und deren Wirksamkeit hin zu einer Glättung der Konjunkturzyklen diskutiert, was mit dem Beispiel von Zinsenkungen der Zentralbanken beantwortet werden konnte. Allerdings seien Aussagen zur Effektivität dieser Maßnahmen nicht möglich. Zum Ende der Diskussion wurde die zersplitterte Institutionenstruktur in der ägyptischen Administration kritisiert, die zu uneinheitlichen und wenig transparenten Datenveröffentlichungen führe.

Die Einleitung der zweiten Sitzungsrunde der Konferenz übernahm **Dr. Heba Handoussa**, die die Referentin aufforderte in ihrem Vortrag das Projekt des IDSC detailliert vorzustellen und Methoden zur Datenerhebung speziell für Ägypten vorzuschlagen.

In ihrer Präsentation ging die Referentin **Dr. Alia El Mahdy**, dann aber zunächst auf die in Ägypten bereits existierenden Indizes ein, die von diversen Institutionen veröffentlicht werden. Diese Vorstellung beendete sie mit der Aufforderung zur Modernisierung und Vereinheitlichung dieser Indizes und nannte den Geschäftsklimaindex als die beste Möglichkeit. Im weiteren Verlauf des Vortrags wurden die statistischen Mittel zur Datenerhebung (Fragebogengestaltung, angedachte Samplegröße, etc) vorgestellt und Ziele und Zielgruppe des Index ausgeführt, was sich im Allgemeinen mit den Aussagen der Referenten der vorhergegangenen Sitzung deckte. Am Ende des Vortrags rief sie alle Konferenzteilnehmer auf, sich mit Vorschlägen und Kritik in der folgenden Diskussion an der Verbesserung der Initiative zu beteiligen.

In seinem Kommentar würdigte **Dr. Sultan Abu Ali** zunächst die Präsentation und verwies dann auf weitere Institutionen, die im Bereich der Datenerhebung arbeiten und Indizes veröffentlichen, wie etwa die ägyptische Zentralbank. Er kritisierte die mangelnde Zuverlässigkeit der Erhebungsmethoden im Allgemeinen und verwies auf das Beispiel der Asienkrise von 1997, bei der diese Indikatoren versagt hätten. Er verwies darauf, dass eine komplexere Analyse notwendig sei, um auch außenpolitische und sicherheitspolitische Beweggründe in der Erhebung zu erfassen und später in den Entscheidungen zu berücksichtigen und schloss mit dem Appell zur Kooperation mit den Instituten, die bereits in diesem Feld tätig sind.

In einem weiteren Kommentar warnte **Dr. Reda El Edel** davor, nicht einfach ein Modell aus einem westlichen Industrieland zu übernehmen, sondern vielmehr die unterschiedlichen in Ägypten vorherrschenden Umstände zu berücksichtigen. Dabei betonte er die bedeutende Rolle von Landwirtschaft und Tourismus für die Wirtschaftsstruktur des Landes. Dennoch wünsche er sich eine Fortsetzung der Kooperation mit Deutschland in diesem Bereich. Darüber hinaus forderte er in seinem Kommentar die Einbeziehung regionaler und internationaler Faktoren, da diese für Ägypten in einer globalisierten Weltwirtschaft von enormer Bedeutung seien.

Im Anschluss forderte **Dr. Heba Handoussa** die Teilnehmer auf, die besonderen Charakteristika des IFO-Modells zu berücksichtigen, die in der Kurzfristigkeit der Datenerhebung lägen und daher auch die Diskussion bestimmen sollten. Weiterhin wies sie darauf hin, dass der Index nicht zum Ziel habe, wirtschaftspolitische Entscheidungen oder externe Einflüsse zu evaluieren, sondern ausschließlich subjektive Erfahrungen und Erwartungen zur Unternehmensentwicklung abfrage. Sie verwies weiter auf die umfas-

senden Erfahrungen mit diesem Index in über 90 Ländern und forderte dazu auf, nicht den gesamte Erhebungsmethode des Index in Frage zu stellen.

Dr. Alia al Mahdy verdeutlichte in ihren Ausführungen nochmals, dass der Index nicht zur Antizipation unvorhersehbarer wirtschaftlicher Krisen diene, sondern nur einen generellen Trend versuche wiederzugeben. Faktoren wie die Bewertung politischer Entscheidungen spiegelten sich in den allgemeineren Aussagen zum generellen Trend und müssten daher nicht einzeln abgefragt werden. Unterstützt von Dr. Hanoussa forderte sie die Konferenzteilnehmer auf, sich eindeutig für ein Modell zu entscheiden, da bei einem Kompromiss zwischen verschiedenen Erfassungsmethoden nur die Aussagekraft des Index leide und daher alle Beteiligten Nachteile erleiden würden.

In der abschließenden Sitzung, die der Zusammenfassung der Ergebnisse und der Besprechung der weiteren Schritte in diesem Projekt diene, wurde eingangs von **Dr. Maged Osman** nochmals darauf hingewiesen, dass man sich auf einen Weg festlegen müsse, der seiner Meinung nach am besten ein leicht modifizierter Geschäftsklimaindex nach dem Vorbild des IFO-Index sei. Dr. Abberger und Dr. Nerb beschränkten sich auf persönliche Einschätzungen der am besten geeigneten Methoden zur Datenerhebung und betonten nochmals den Vorhersagecharakter des IFO-Geschäftsklimaindex. Dr. Nerb erwähnte darüber hinaus mit Bezug auf Dr. Abu Alis Bemerkung der vorangegangenen Sitzung die diesem wirtschaftlichen Schock folgende Einführung von Geschäftsklimaindices in mehreren von der Asienkrise betroffenen Staaten, die dazu dienen solle, solche extremen Schwankungen in der Konjunktur zukünftig zu verhindern bzw. rechtzeitig vorherzusagen.

Frau **Dr. Nadia Makari** betonte neben Äußerungen zu statistischen Details die Bedeutung der Vertrauensgewinnung unter den zu befragenden Unternehmen, die am besten über persönliche Befragungen besonders zu Anfang der Erhebung erfolgen könne.

Herr **Dr. Ibrahim El Elessawi** stellt in seiner Schlussbemerkung die Einführung eines solchen zusätzlichen Indikators in Frage, der seiner Ansicht nach nur der Beschäftigung einiger Wissenschaftler diene und appellierte wiederum an die Beteiligten, die bestehenden Indizes zusammenzuführen und zunächst die Transparenz und Qualität dieser Daten zu verbessern. Weiterhin betonte er die Bedeutung langfristiger Wirtschaftsanalysen, die insgesamt für Entwicklungsländer wie Ägypten nützlicher seien als Betrachtungen der kurzen Frist und betonte wiederholt die Notwendigkeit sich an den Erfahrungen anderer Entwicklungsländer in diesem Bereich und nicht an denen westlicher Industrienationen auszurichten. So gebe es beispielsweise unterschiedliche Bedeutungsinhalte, wenn die Experten aus Ägypten und diejenigen aus Deutschland über Kleinunternehmen sprechen. Ein weiteres Problem wurde in diesem Kommentar angesprochen: die vorhandenen Publikationen der erhobenen Indizes würden kaum zur Kenntnis genommen und aus diesem Grund würden häufig Entscheidungen auf Grundlage falscher Informationen getroffen.

Während der letzten **Diskussionsrunde** wurde neben der Idee zur gezielten Schulung der Befragten nur die Frage nach Kriterien für eine staatliche Reaktion auf den Geschäftsklimaindex neu aufgeworfen, die aber auf Grund der fortgeschrittenen Zeit seitens der Konferenzteilnehmer unbeantwortet blieb.

Dr. Alia El Mahdy fasste in ihrem Schlusswort nochmals die für ihre weitere Arbeit relevanten Ergebnisse, die sich im Allgemeinen auf Fragen der Datenerhebung bezogen, zusammen und wies darauf hin, dass man sich sowohl an den Erfahrungen anderer Entwicklungsländer als auch an den Erfahrungen der Industrienationen orientieren solle. Im die Konferenz abschließenden Schlusswort wurden die Teilnehmer aufgerufen, weiter ergebnisorientiert zusammenzuarbeiten und dem IDSC weitere Vorschläge zukommen zu lassen. Mit einem Wort des Dankes an die Konrad-Adenauer-Stiftung für die reibungslose Kooperation endete die Konferenz.

7. Strategien für Produktentwicklung

Veranstaltungsform: Workshop (62 Teilnehmer)
Partner: Women Business Development Center (WBDC)
Zeit / Ort: 10. Mai 2005, Grand Hyatt Hotel
Sprache: Arabisch

Programmübersicht

Dienstag, 10. Mai 2005

Eröffnungssitzung

Frau Dr. Farkhonda Hassan, Generalsekretärin des National Council for Women (NCW)
Herr Dr. Michael Lange, Landesbeauftragter der Konrad Adenauer Stiftung
Frau Dr. Zeinab Safar, technische Beraterin des NCW

1. Sitzung: Chancen für Export

Leitung: **Frau Dr. Zeinab Safar**, technische Beraterin des NCW
Herr Amr Abdel Latif, Leiter EXPO-Link

2. Sitzung: Produktentwicklung

Leitung: **Frau Sherifa Said**, Leiterin WBDC
Herr Dr. Khaled Ismail, Berater des Ministers für Kommunikation und Informationstechnologie

Dr. Farkhonda Hassan, die Generalsekretärin des National Council for Women (NCW) begrüßte zunächst die Anwesenden und dankte dann der KAS für die andauernde Unterstützung der Arbeit des WBDC, das sich vor allem um die Förderung von Klein- und Mittelstandsunternehmen (SME) kümmere. Die große Bedeutung von SME's für die ägyptische Wirtschaft werde so Dr. Hassan heute nicht mehr in Frage gestellt weshalb es jetzt um die Förderung und Weiterbildung von Unternehmerinnen gehen müsse. Ein wichtiger Punkt für den Erfolg von SME's sei die richtige Vermarktung ihrer Produkte, wobei Produktentwicklung, gleich bleibende Qualität und eine richtige Preispolitik wichtige Faktoren für den Erfolg seien. Danach stellte Dr. Hassan einzelne Programme von WBDC, wie die Computerausbildung von Universitätsabsolventinnen als Web-Designerinnen, den Aufbau der Internetseiten *cleostore* (virtueller Marktplatz für SME) und *afkargedida* (Hilfestellung für Unternehmensgründerinnen) vor. Sie verwies auf das besondere Interesse, das der Staatspräsident bei der jüngsten Jahreskonferenz des NCW an der Arbeit von WBDC gezeigt habe. Zum Schluss ihrer Rede bedankte sie sich noch einmal für die Unterstützung durch die KAS und gab ihrer Hoffnung Ausdruck, dass sich diese Zusammenarbeit fortsetzen möge.

Dr. Michael Lange bestätigte in seiner Begrüßungsrede, dass die SME's für die Wirtschaftsentwicklung des Landes wichtig seien und einen guten Beitrag zur Förderung von Frauen zu leisten vermögen. Er unterstrich die Bereitschaft der KAS zur weiteren Zusammenarbeit mit WBDC und NCW in diesem Bereich.

Herr Amr Abdel Latif ging in seinem Vortrag auf die vielfältigen Exportmöglichkeiten für ägyptische Produkte ein. Zunächst erklärte er anhand einer gut ausgearbeiteten Power Point Präsentation die aktuellen Exportzahlen der ägyptischen Wirtschaft, die 2003 bei ca. 7,3 Mrd. lagen, die derzeitige Produktpalette, die Exportmärkte und die Stellung Ägyptens im Vergleich zu anderen Staaten, wo Ägypten im Vergleich zu Staaten wie Tunesien, Türkei oder Indien deutlich geringere Exporte aufweist als seine Nachbarstaaten, was doch zu denken gebe.

Blicke man auf den aktuellen Weltmarkt, so sei dieser mit seinen 6 Mrd. potentiellen Konsumenten, 7% jährlichen Zuwachsraten und 7 Trillionen US\$ Umsatz ein attraktiver Markt für alle möglichen Produzenten. Durch die verschiedenen globalen Organisationen und Abkommen wie WTO, GATT, und die zunehmende Globalisierung, angesichts von Handelsblöcken und neuen Technologien muss man aber die Spiel-

regeln dieses Weltmarktes kennen, um bestehen zu können. Für Ägypten sind folgende Handelsblöcke interessant, mit denen es verschiedenartige Handelsabkommen gibt: EU, COMESA, US-FTA, QIZ. Hier bieten die Abkommen vielfältige Möglichkeiten für einen Marktzugang.

Für einen erfolgreichen Export sind bestimmte Voraussetzungen wie Planung, Verpflichtung und vor allem Flexibilität notwendig. Herr Abdel Latif erklärte an Beispielen die unterschiedlichen Faktoren. So müsse sich die Produktion nach der Nachfrage richten und nicht anders herum, die Planung müsse gemäß der Markterfordernisse erfolgen, der Produzent müsse zudem in der Lage sein, flexibel auf die Wünsche seines potentiellen Abnehmers zu reagieren und eine gleich bleibende Qualität zu garantieren. Er verwies auf potentielle Bereiche für ägyptische Exportprodukte, hier vor allem den Textilsektor, den Agrarbereich (wo es für ägyptische Produkte saisonbedingte Wettbewerbsvorteile gibt), Lederprodukte, Marmor und medizinische Produkte.

Als Erfolgsformel gilt, vorhandene Wettbewerbsvorteile auszunutzen und auszubauen, Marktinformationen zu sammeln, und den „Country of Origin“ Effekt zu fördern. Hier sei es sehr wichtig, Ägypten als Produktionsland zu vermarkten. Zum Schluss seines Vortrages wies Herr Abdel Latif darauf hin, dass Expo-Link mit verschiedenen ausländischen Partnern Programme für die Exportentwicklung betreibt und potentiellen Exporteuren hilft, die richtigen Beziehungen zu knüpfen oder auch zu Messen zu reisen.

Der sich anschließende, ebenfalls auf eine detaillierte und gut verständliche Präsentation gestützte Vortrag von **Dr. Khaled Ismail** beschäftigte sich mit dem Prozess der Produktplanung bis zur Fertigung. Zunächst erklärte er den Begriff Produkt, der nicht nur etwas Fassbares sondern auch eine Dienstleistung sein könne. Vor der Entwicklung eines Produktes müssen auch die Faktoren Preis, Qualität und Nachfrage für das zu entwickelnde Produkt eruiert werden, da nur aus dem richtigen Zusammenspiel dieser drei Faktoren auch ein erfolgreiches Produkt entstehen kann. Wichtig für eine erfolgreiche Produktentwicklung ist die Erstellung einer „Product Road Map“ und eines einseitigen sog. „Mission Statements“ auf dem knapp die Ziele, Kosten, Absatzvolumen und andere Einzelheiten festgehalten werden sollten und das während des gesamten Zeitraumes der Produktentwicklung als Grundlage dienen sollte. Danach ging Dr. Ismail auf weitere Einzelheiten ein, die bei der Produktentwicklung zu beachten seien, wie etwa die Entwicklungszeit und –kosten, verschiedene Arten von Produkten, Nachfrage und Vermarktung.

In der Diskussion forderte Dr. Ismail die anwesenden Unternehmerinnen auf, Ideen für neue eigene Produkte zu entwickeln und nicht nur zu konsumieren. So entstünden die meisten neuen Produkte als Lösung eines bestehenden Problems. Er wies auch darauf hin, dass das Ministerium für Kommunikation und Informationstechnologie jährlich einen Wettbewerb für den besten Businessplan durchführe, bei dem die Gewinner eine Starthilfe und Unterstützung vom Ministerium für die Durchführung ihres Planes bekommen. Ziel ist es, den Unternehmergeist in Ägypten vor allem bei den jungen Menschen zu fördern, da nur so eine wettbewerbsfähige Privatwirtschaft entstehen könne.

8. Frauen und Berufsverbände

Veranstaltungsform: Konferenz (mehr als 150 Teilnehmer)
Partner: Egyptian Center for Women's Rights (ECWR)
Zeit / Ort: 24. Mai 2005; Pyramisa Hotel, Kairo
Sprache: Arabisch

Programmübersicht

Dienstag, 24. Mai, 2005

Eröffnungssitzung

Frau Nehad Abu El Komsan, Vorsitzende des "Egyptian Center for Women's Rights" (ECWR)
Dr. Michael Lange, Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS)

1. Sitzung: Frauen und Verbände

Leitung: **Herr Abdel Ghaffar Shokr**, Stellv. Vorsitzender des „Center of African-Arab Researchers“
Sprecher: **Herr Mahmoud Mortada**, Vorsitzender der „Alternative Development Association“
„Rechtliche Krise oder kulturelle Krise?“
Sprecher: **Herr Sherif Helali**, Anwalt und Rechtswissenschaftler
„Weibliche Vertreter in Verbänden – der Anwaltsverband als Fallstudie“

2. Sitzung: Probleme, Herausforderungen und Chancen für Frauen in Verbänden

Leitung: **Frau Fardous El Bahnasy**, Konferenzkoordinatorin
Sprecher: **Frau Dr. Howaida Adly**, Assistenz-Professorin an der FEPS, Universität Kairo
„Politische Partizipation von Frauen in den politischen Reformen“
Kommentar: **Frau Dr. Neveen Mos'ad**, Assistenz-Professorin an der FEPS, Universität Kairo

Abschlussitzung: Vorstellung von Erfahrungen

Frau Nehad Abu El Komsan begrüßte die Anwesenden zur ersten Konferenz einer geplanten Veranstaltungsreihe zur Rolle der Frauen in den ägyptischen Berufsverbänden, die das "Egyptian Center for Women's Rights" (ECWR) in Kooperation mit der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) durchführen wird.

In seiner Eröffnungsrede lobte **Dr. Michael Lange** den stetigen Einsatz ECWRs für die Rechte von Frauen und verwies auf die geringe Partizipation der Frauen im politischen Leben in Ägypten im Allgemeinen und in den Verbänden im Besonderen.

Herr Mahmoud Mortada verwies in seinem einleitenden Vortrag auf die verschiedenen UNDP-Berichte zur Situation der Menschenrechte in der Region sowie die bekannten "Arab Human Development Reports", die sich ebenfalls mit der Partizipation der Frau am gesellschaftlichen und politischen Leben ihrer jeweiligen Länder befassen. Eine weitreichende Partizipation von Frauen in Berufsverbänden gilt als einer der wichtigsten Indikatoren zur Bestimmung des Integrationsgrads von Frauen und wäre als ein Fortschritt bei der angestrebten Eliminierung aller Formen der Diskriminierung gegenüber Frauen zu werten. Politische Partizipation gilt nicht zuletzt in diesen Berichten als wichtiger Indikator gesellschaftlicher und sozialer Entwicklung denn die Gleichberechtigung der Frau stellt heute ein wesentliches Element hoch entwickelter Gesellschaften dar. Herr Mortada unterschied drei Partizipationsstufen, die er der besseren Unterscheidung willen voneinander abgegrenzt hat. Die elementarste Stufe der Partizipation würde durch den relativen Anteil der Frauen an der gesamten Mitgliedszahl eines Berufsverbandes gekennzeichnet und erlaubt erste generelle Aussagen über den Integrationsgrad der Frauen. Dieser Stufe folge eine weitere, welche die aktive und passive Wahlbeteiligung weiblicher Verbandsmitglieder beschreibt, was gemeinsam

mit ihrem prozentualen Anteil an der Zahl der Mitgliedern, Rückschlüsse auf die Aussichten von Frauen, in Führungspositionen gewählt zu werden, zulässt. Als letzte Partizipationsstufe würde die Anzahl der in die Vorstandsgremien gewählten Frauen (weiblichen Mitglieder) ein Indiz für den Grad ihrer politischen Repräsentation abgeben. Nachdem er die schwache aktive Beteiligung von Frauen in Berufsverbänden allgemein bedauert hatte, führte der Referent Gründe für die schwach ausgeprägte politische Partizipation an, die er durch Gründe ergänzte, die spezifisch das Engagement von Frauen beeinträchtigten. Zu den wichtigsten Ursachen schwacher politischer Partizipation in Berufsverbänden zählte er die Wahrnehmung vieler ägyptischer Bürger, dass diese Verbände häufig sehr eng an die Regierung gebunden seien und keine eigenständige Politik betreiben könnten. Dies mache ein eigenes Engagement unattraktiv. Weiterhin sei der Einfluss des Verbandes auf Regierungsentscheidungen, eben durch die angeführte enge Anbindung an diese, eher gering und in den wenigsten Fällen gegen die Interessen der Regierung gerichtet. Als letzten generellen Grund für das begrenzte Interesse sich zu engagieren nannte er Mängel in den verbandsinternen Wahlverfahren. Diese erlaubten keine Direktwahl und förderten extrem lange Wahlperioden, was eine organisationsinterne demokratische Struktur verhindere. Außerdem mische sich das Arbeitsministerium in die Wahlprozesse ein. Als geschlechtsspezifische Gründe, die Frauen von einer politischen Teilhabe in Berufsverbänden abhielten, identifizierte Mortada vor allem das neue Arbeitsgesetz, dass die Situation von berufstätigen Müttern kaum verbessert habe. Zu kurzer Mutterschaftsurlaub und weitere Einschränkungen machten es Frauen sehr schwer, sich politischen Aktivitäten zuzuwenden. Auch seien die fehlenden Kinderbetreuungsangebote und unzureichende Transportangebote seitens der Arbeitgeber häufig ein Grund für Frauen, sich nicht zu engagieren. Das Fehlen von Quotenregelungen, die einer Angleichung der Anteile von in Verbandsvorständen vertretenen Männern und Frauen Vorschub leisten könnte, sah er ebenfalls als Hemmnis. Entscheidend sei aber wohl, dass traditionelle Rollenmuster und Denkvorstellungen Frauen weiterhin die Fähigkeit zu politischer Aktion absprechen und deren Aufgabe vor allem im Haushalt und in der Kindererziehung sehen.

Herr Sherif Helali stellte zu Beginn seines Vortrags verschiedene Statistiken vor, die die relativ geringere Repräsentation von Frauen in den Berufsverbänden belegten. So sei etwa der Anteil der weiblichen Teilnehmer an den jährlichen Hauptversammlungen des Verbandes der Rechtsanwälte von 1981 bis heute von damals 10% auf heute lediglich ca. ein Drittel angestiegen. Dies finde zwar keiner Begründung in der Geschäftsordnung des Verbandes, da dort die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau festgeschrieben sei; es zeige sich aber, dass sowohl soziale als auch kulturelle und politische Gründe für den enttäuschenden Zuwachs an Interesse verantwortlich seien. Zum einen unterstützten die politischen Parteien die gewünschte Partizipation der Frau nur in unzureichendem Maße. Dabei könnten, um die Partizipation von Frauen in den Führungsgremien der Verbände zu erhöhen, durch Änderungen der Geschäftsordnungen Mechanismen eingeführt werden, die eine stärkere Rolle der Frauen in besagten Gremien erlaubten. Um das beschriebene Phänomen der niedrigen Beteiligung von Frauen in Führungspositionen der Verbände zu überwinden, schlug Helali vor, das von der Regierungspartei 1993 erlassene Gesetz No. 100 mit all seinen Regelungen abzuschaffen, da dieses Gesetz dafür verantwortlich sei, dass viele Verbandsgremien trotz der abgelaufenen Amtsperiode weiterhin nicht neu gewählt werden könnten und somit auch kein höherer Frauenanteil durch eine Neuwahl realisiert werden könne.

Allerdings hätten auch die im Bereich der Frauen- und Menschenrechte tätigen zivilgesellschaftlichen Akteure die Aufgabe, die Rolle der Frau zu stärken. Dies könne durch die Veranstaltung von Workshops und Diskussionsforen geschehen, die der Ausformulierung von Lösungsansätzen und der Fortbildung von in den Verbänden engagierten Frauen dienen könnten.

Dr. Howaida Adly stellte in der zweiten Sitzung in ihrem Referat die These auf, dass es das Ziel moderner Gesellschaftsordnungen sei die Gleichberechtigung von Mann und Frau sicherzustellen. Dies gelte auch und insbesondere für die Verteilung von Führungspositionen und in wichtigen Entscheidungsprozessen. Dies sei einer der Kernpunkte der Schlussakte der Konferenz in Peking (1995) gewesen. Weil Frauen die Hälfte der Bevölkerung darstellten, müssten sie auch in der Arbeitswelt und in politischen und gesellschaftlichen Bereichen entsprechend repräsentiert sein. Sie bemängelte, dass bisherige Auseinandersetzungen mit diesem Thema oft ergebnis- bzw. folgenlos geblieben sei, da die dort entweder nur in Kürze oder aber so detailliert besprochenen Pläne nie in umsetzbare Schritte überführt worden seien.

Dr. Neveen Mos'ad, verdeutlichte in ihrem Kommentar, einige der im vorangegangenen Beitrag genannten Kritikpunkte und trug damit zu einer lebhafteren Diskussion bei. Darin äußerten mehrere Teilnehmerinnen ihre Zustimmung zu den vorgestellten Thesen. Allerdings zeigte sich auch deutliche Unmut

darüber, dass Dr. Adly sich nicht ausreichend mit dem vorgegebenen Thema beschäftigt hatte, sondern sich nur auf die Vorstellung einzelner Beispiele beschränkt hatte.

In der Abschlusssitzung trugen mehrere Frauen ihre persönlichen Erfahrungen mit politischem Engagement in verschiedenen Verbänden, wie beispielsweise dem Verband der Journalisten und dem der Rechtsanwälte, vor.

Evaluierung:

Diese Konferenz war eine Einführung für eine Serie von Workshops für Anwältinnen und Journalistinnen. Die Konferenz diskutierte im Allgemeinen die Situation der Frauen innerhalb den Verbänden der Rechtsanwälte und Journalisten. Das Ziel dieser Aktivität ist die wirksame Partizipation der Frauen in den Verbänden und die effektive Durchführung der Frauen von Wahlkampagnen. Die Konferenz wurde von einer großen Zahl von Teilnehmern/-innen besucht, im Durchschnitt nahmen an der eintägigen Konferenz zwischen 150 und 200 Personen teil. Zu den Teilnehmern gehörten u.a. Journalisten, Anwälte, Universitätsprofessoren und Repräsentanten von vielen GOs und NGOs.

9. Besprechung des "Arab Human Development Report 2004"

Veranstaltungsform: Workshop (73 Teilnehmer)
Partner: Ibn Rushd Association for Development (IRAD)
Zeit / Ort: 30. Mai 2005, Flamenco Hotel, Kairo
Sprache: Arabisch / Englisch (Simultanübersetzung)

Programmübersicht

Montag, 30. Mai 2005

Eröffnungssitzung

Herr Prof. Dr. Ahmed Thabet, Leiter der Ibn Rushd Association for Development (IAD)
Herr Dr. Michael Lange, Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung, Ägypten

1. Sitzung:

Leitung: **Herr Dr. Helmy Sharawy**, Direktor des "Center for Arab and African Studies"
Herr Prof. Dr. Ahmed Thabet, Professor für Politikwissenschaft, Kairo Universität; Leiter der IAD
„Grundlegende theoretische Konzepte von Freiheit und 'Good Governance' “
Frau Prof. Dr. Amani Masoud, Professorin für Politikwissenschaft, Kairo Universität
„Probleme der Begriffe Freiheit und 'Good Governance' in arabischen Staaten“

2. Sitzung:

Leitung und Kommentar: **Herr Georg Ishaque**, Menschenrechtsaktivist, Mitglied von „Kefaya“
Herr Dr. Mohammed Sufaar, Dozent, Kairo Universität
„Kapitel 3: Die Situation der Freiheitsrechte“
Herr Dr. Galal Bendary, Wissenschaftler des „Parliamentary Research Center“ des Parlaments
„Kapitel 4: Rechtsstaatliche Strukturen“

3. Sitzung:

Leitung und Kommentar: **Abdallah Khalil**, Rechtsanwalt
Herr Sherif Hilaly, Wissenschaftler am IAD
„Kapitel 5: Politische Strukturen“
Frau Mona Ali Al-Din, „Arab Alliance for Women“
„Kapitel 6: Gesellschaftsstrukturen in arabischen Staaten und die regionale und internationale Umwelt“

4. Sitzung:

Leitung und Kommentar: Samir Morcos, Entwicklungsforscher
Herr Prof. Dr. Ahmed Al-Sawi, Professor für Archäologie, Universität Kairo
Herr Hussein Malloum, Kolumnist und Vorstandsmitglied der IAD
„Kapitel 7: Strategischer Ausblick zu Freiheit und 'Good Governance' in arabischen Staaten“
Frau Walaa Al-Bohairi, Wissenschaftlerin an der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften und Politikwissenschaft, Universität Kairo und IAD

Die erste gemeinsam von der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Ibn Rushd Association for Development (IRAD) durchgeführte Veranstaltung zum Thema: „Arab Human Development Reports“ diente der Auswertung der Ergebnisse des erst im April 2005 verspätet veröffentlichten Berichts des United Nations Development Programme (UNDP)

Unter Mitwirkung von Wissenschaftlern und weiteren Mitgliedern zivilgesellschaftlicher Akteure sollten sowohl die Schwächen als auch die Anregungen des Reports vorgestellt und diskutiert werden.

Herr Prof. Dr. Ahmed Thabet, der Leiter der Ibn Rushd Association for Development, dankte in seinen Grußworten den Teilnehmern für ihr zahlreiches Erscheinen und äußerte seinen Dank für die Chancen, die sich für seine Einrichtung aus der Kooperation mit der Konrad-Adenauer-Stiftung ergeben. Einleitend unterstrich er dann die Bedeutung der Veranstaltung und die Wichtigkeit einer Diskussion des UNDP-Berichts, da die ägyptische Regierung versucht habe, den „Arab Human Development Report“ totzuschweigen. Er erläuterte, dass vornehmlich drei Themenbereiche des Berichts, Freiheit, Entwicklung und die Menschenrechtssituation den Programmablauf bestimmen würden und ordnete den Bericht in die Abfolge der zwei in den vorhergehenden Jahren erschienenen gleichnamigen Publikationen des UNDP ein. Erstmals war ein Bericht im Jahre 2002 erschienen und hatte sich hauptsächlich mit den Chancen und Möglichkeiten zukünftiger Generationen beschäftigt, in der Veröffentlichung aus dem Jahre 2003 stand die Schaffung von Wissensgesellschaften in den arabischen Staaten im Vordergrund um sich schließlich im aktuellen, zur Diskussion stehenden Bericht auf die Freiheitsrechte der Menschen in den arabischen Staaten zu konzentrieren. Als gravierendstes Problem bezeichnete Dr. Thabet die Verletzung der Menschenrechte in allen arabischen Staaten und die mangelnden Entwicklungsperspektiven auf Grund eines mangelhaften Bildungswesens und unzureichender Forschung. Anschließend beklagte er die Unwilligkeit der Regierungen und Parteien der Staaten in der Region, sich mit den ernüchternden Ergebnissen der Studie auseinander zu setzen. In demokratischen Staaten hätte ein solcher Befund heftige Kontroversen ausgelöst und wäre nicht abfällig als „realitätsfern“ abqualifiziert worden.

Dr. Thabet äußerte die Besorgnis, dass sich die Situation der Menschenrechte in den meisten arabischen Staaten immer weiter verschlechtere und der Stellenwert insbesondere der klassischen Menschenrechte in der Region immer weiter sinke. Die Entwicklung in den Staaten der Region sei so dramatisch, dass selbst viele als rückständig geltende afrikanische Länder die arabischen sowohl in ihrer politischen als auch in ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung überholt hätten. Ursächlich sei hier der Autoritarismus der Regierungen, der in allen Ländern der Region vorherrschend sei, und die zum Machterhalt angewendeten polizeistaatlichen Mittel der Herrschenden zu nennen. Da der Wortlaut des Reports in einigen Punkten aber auch von politischen Kompromissen gekennzeichnet sei, wolle man sich während der Veranstaltung auf die Fragen der individuellen Freiheiten, der Entwicklungsperspektiven hin zu „Good Governance“ und der Menschenrechte konzentrieren.

Im Anschluss dankte **Dr. Michael Lange** den Anwesenden für ihre Teilnahme an dem Workshop und äußerte seine Hoffnung auf eine detaillierte und kritische Nachbetrachtung der Ergebnisse dieses umstrittenen Berichts. Nach den Problemen bei der Veröffentlichung des Reports auf Grund der verschiedenen politischen Interessen der involvierten Parteien, stelle der Bericht nun eine wichtige analytische Quelle dar, die zu entsprechenden politischen und wirtschaftlichen Reformentscheidungen beitragen könne. Einige wichtige Ereignisse, wie beispielsweise die Erklärung von Sanaa oder die NGO-Konferenz vom März 2004 in Alexandria belegten zwar den momentan existierenden Reformwillen in arabischen Staaten, die Kritik an den unilateralen Demokratisierungsanstrengungen der US-Administration, an der Ignorierung der arabisch-europäischen Dialogprogramme und an der Unterschätzung der Bedeutung des israelisch-palästinensischen Konflikts für Reformen in der Region, die sowohl von arabischer als auch von europäischer Seite vorgebracht wurde und die große Zustimmung, mit der die bisherigen kritischen Berichte des UNDP in den westlichen Staaten aufgenommen wurden, hätten eher die Ressentiments der arabischen Gesellschaften und Regierungen gegenüber den verfochtenen Idealen verstärkt und dem Reformprozess auf diese Weise eher geschadet.

In der ersten Sitzung des Workshops unter Leitung von **Dr. Helmy Sharawy** standen die ersten beiden Kapitel des Berichts, die die theoretischen Arbeitsgrundlagen abhandeln, zur Diskussion.

Einleitend sagte Sharawy, dass er sich eine ernsthafte Diskussion des Arab Human Development Reports wünsche und betonte die herausragende Bedeutung des selbigen für die Staaten der arabischen Welt. Auch er sei der Meinung, dass sich die arabische Kultur im Niedergang befinde, weshalb er die Notwendigkeit solcher analytischer Berichte verdeutlichte. Er sagte, dass die arabischen Staaten von jedem einzelnen Report nur profitieren könnten und verband damit die Hoffnung auf eine Fortsetzung der UNDP-Veröffentlichungsreihe. Im Vorgriff auf die anstehenden Beiträge der Referenten sprach er den Zielkonflikt zwischen individuellen Freiheiten und den Bedürfnissen der gesamten Gesellschaft an, der im arabischen Kulturkreis unter anderen Vorzeichen gesehen werde als etwa in Europa. Die vielfältigen externen Einflüsse entsprächen dabei aber nur dem inneren Verlangen der arabischen Bevölkerungen nach der Gewährung von Freiheitsrechten. Sharawy warnte besonders vor der Einmischung der USA in diesen sensiblen innergesellschaftlichen Reformprozess, da seiner Meinung nach die Vorstellungen über individuelle Frei-

heiten immer stärker mit „Amerika“ an sich gleichgesetzt würden und auf diese Weise in weiten Teilen der Bevölkerung ebenfalls eine negative Konnotation erlangten. Dieser äußere Druck werde von den arabischen Staaten als neue Form des Kolonialismus nämlich als „Wertekolonialismus“ wahrgenommen.

Frau Prof. Dr. Amani Masoud setzte sich in ihrem Beitrag mit den theoretischen Fundierungen des Berichts auseinander.

Da sich der Themenkomplex des Workshops nicht auf den gesamten Report bezog, kritisierte sie zunächst die ihrer Meinung nach unzureichenden Definition des Begriffs „Good Governance“ im Bericht. Dieser Mangel führe dazu, dass „Good Governance“ im zweiten Berichtsteil unzulässig in einen kausalen Zusammenhang mit liberaler Wirtschaftspolitik gestellt werde und die sich notwendigerweise stellende Frage nach Realisierungsmöglichkeiten dieses Konzepts und deren mögliche Antworten damit in ihrer Aussagekraft eingeschränkt würden. Weiterhin verhindere der Mangel an ausreichend klaren Definitionen einiger Schlüsselbegriffe wie „Freiheit“ die Möglichkeit zu aussagekräftigen Messungen dieser Konzeptualisierungen.

Sie kritisierten auch den unvollständigen Abriss europäischer gedankengeschichtlicher Entwicklung, die den Schritt von den Grundlagen individueller Freiheiten hin zu den sozialen Freiheiten nicht ausreichend nachvollziehe und ihr daher das Bild vermittele, dass es im „Westen“ keine einheitliche Vorstellung über das propagierte theoretische Konzept gebe. Dennoch werde intensiv eine Gleichung zwischen Freiheit und Demokratie und zwischen Demokratie und Entwicklung vertreten.

Was die Erwähnung islamischer theoretischer Konzepte betrifft, bemängelte Frau Masoud die Selektivität in der Auswahl der Zitate, besonders unachtsam und irreführend sei aber die Vermischung der unterschiedlichen kulturgeschichtlichen Denkansätze in den folgenden Teilen des Reports. Klare Definitionen der grundlegenden europäischen und der arabischen theoretischen Konzepte von Freiheit und Gleichheit seien sehr wichtig, wolle man zu aussagekräftigen Analysen der Zustände gelangen.

Der folgende Referent, **Prof. Dr. Ahmed Thabet**, verteidigte die Autoren des UNDP mit der Begründung, dass die genannten Konzepte nun einmal vorgegeben seien und sich die arabische Welt zusätzlich in einer gedanklichen Starre befinde. Um zu einer klaren Handlungsstrategie zu gelangen, müsse sich die arabische Zivilgesellschaft mit „Good Governance“ und theoretischen Definitionen von Freiheit beschäftigen. Er ging auf die sich verändernden, staatlichen Strukturen ein, die sich durch die voranschreitende Privatisierung staatlicher Aufgaben enorm wandle und sich dabei Interessen-gruppen mit spezifischen Partikularinteressen öffne. Das Konzept der „Good Governace“ lasse sich seiner Meinung nach aber nur mit einem starken Staat realisieren, der nicht zum Opfer nur am eigenen Vorteil interessierter Gruppen geworden ist. Nach Thabet findet sich im „Arab Human Development Report“ tatsächlich eine Fokussierung auf europäische Denker wie John Stuart Mills und Jochen Habermass, auf islamische Gelehrte hingegen, wie beispielsweise Youssif Qadrawy, die sich zu Fragen der Freiheit geäußert haben und die im Islam vorhandene Freiheiten beschrieben haben, würden nicht Bezug genommen. Der dem „Westen“ entsprungene, heute propagierte Säkularismus und der Sozialismus der Vergangenheit kollidierten aber mit diesen Vorstellungen. Auch der Begriff der Freiheit sei im arabischen Kontext gänzlich anders belegt und stehe zuvörderst für die Befreiung vom Kolonialismus. Im zweiten Teil seines Vortrages analysierte Thabet verschiedene Determinanten für die kritische Situation der meisten arabischen Regime. Hervorzuheben sei die enge Verbindung zwischen Herrschaftselite und dem militärischen Komplex. Diese würden strenge Kontrollmechanismen aufrechterhalten und die Regime nach Kräften stützen, auf diese Weise die Ausbildung einer Zivilgesellschaft deformieren und so eine Entwicklung hin zu erweiterten Freiheiten und mehr Rechtsstaatlichkeit unterbinden. Die Machthaber zögen sich unwillkürlich auf Gewaltanwendung und Unterdrückung zurück. Bei Verletzungen der Rechte von Oppositionellen fänden auf Grund des korrupten Justizwesens keine ausreichenden Untersuchungen der Vergehen statt. Die ägyptischen staatlichen Institutionen seien nur namentlich demokratische Einrichtungen, zur Initiierung gesellschaftlichen Wandels aber wegen ihrer autoritären Strukturen nicht in der Lage.

Freie Wahlen stellen für Thabet aber eh nicht den wichtigsten Schritt hin zu einer Demokratisierung der Gesellschaft dar, was er anhand der beispielhaften Demokratisierungsprozesse in vielen asiatischen und den osteuropäischen Staaten illustrierte. Dort habe sich zunächst ein gesellschaftlicher Konsens gebildet, der Verfassungsreformen und einen Dialog zivilgesellschaftlicher Akteure ermöglichte, was dann in der Konsequenz erst die politische Situation zu verändern half.

In der anschließenden **Diskussion** wurden vielfältige Anmerkungen und Kritikpunkte geäußert. So wurde die Zögerlichkeit der Mehrzahl der arabischen Regierungen kritisiert, dem UNDP aktuelle Daten aus eigenen Erhebungen zur Verfügung zu stellen. Diese fehlende Kooperation habe den quantitativen und qualitativen Informationsfluss zu einem der Hauptprobleme in der Formulierung des Reports werden lassen. Ein weiterer Diskussionsbeitrag forderte die Teilnehmer des Workshops auf, sich nicht so sehr mit theoretischen Konzepten zu befassen, sondern vielmehr Lösungsansätze zu diskutieren, die, um Erfolg versprechend zu sein, in der arabisch-islamischen Kultur verwurzelt sein müssten. Dem widersprechend wurde das Beispiels „Good Governance“ angeführt, dessen Grundlage Transparenz, Rechtsstaatlichkeit und Partizipation seien, die aber in keinem Falle gesellschaftlich verwurzelte Hindernisse darstellten und daher auch die Realisierung dieses Konzeptes nicht beeinträchtigten und nicht für die Schwierigkeiten bei der Umsetzung verantwortlich gemacht werden könnten. Anschließend wurde die Frage nach den Verzögerungen der Veröffentlichung des Berichts angesprochen, wobei die Gründe für die wiederholte Verschiebung des Veröffentlichungstermins sowohl dem UNDP selbst als auch den involvierten Regierungen angelastet wurden. Der Report wurde von einem Teilnehmer für die häufigen generalisierenden Aussagen insbesondere hinsichtlich des israelisch-palästinensischen Konflikts kritisiert, die den Informationsgehalt sehr stark einschränkten und gleichzeitig auf die unterstellten Interventionen der USA, die eine genehmere Sprachregelung eingefordert hätten, zurückgeführt. Diese Diskussion wurde aber vom Sitzungsleiter mit dem Hinweis darauf, dass der Bericht nun vorliege und man sich mit dessen Inhalt auseinanderzusetzen habe und die Streitigkeiten über in der Vergangenheit begangene Fehler obsolet seien, beendet. Die nächste Diskussionsmeldung wies auf die diversen Ausprägungen und Eigenarten der arabischen Staaten hin und betonte, dass man nicht von einem arabischen Modellstaat bei der Suche nach Lösungen zur Umsetzung des „Good Governance“-Konzepts ausgehen könne. Selbst bestimmte Konstanten, die sich in vielen der arabischen Staaten finden ließen, seien in dem Bericht des UNDP nicht gebührend berücksichtigt worden. Dies sei der Relevanz der Analyseergebnisse äußerst abträglich. Außerdem sei die Beschränkung auf ein einziges Konzept nicht nachzuvollziehen, man solle vielmehr die Vorzüge verschiedener Vorstellungen fruchtbar machen.

Vor den folgenden Stellungnahmen der Referenten wurde noch die Frage nach dem Nutzen eines jährlichen Berichts in den Raum gestellt. Die Probleme der arabischen Staaten veränderten sich nicht mit solcher Geschwindigkeit und daher seien auch die zentralen Aussagen in den bisherigen drei Berichten nahezu identisch. Generalisierend wurde angemerkt, dass sich die europäischen Staaten langsam der Politik der US-Administration anschließen und nicht länger versuchten die kulturellen Differenzen auf dem Wege verschiedener Dialogprogramme zu überbrücken. Dies sei für die ägyptische Zivilgesellschaft eine schwere Enttäuschung und beende die jahrhunderte alte Tradition kulturellen Austausches zwischen dem arabischen Raum und Europa. Die „westliche“ Hegemonie könne aber nicht durch eine unreflektierte Übernahme der Denkmodelle aus Europa und Amerika überwunden werden, was sich in der Geschichte der arabischen Welt zur Genüge gezeigt habe. Zur Unterstützung der Forderungen nach mehr Freiheit in den arabischen Staaten wurden die Muatazila, eine Gruppe islamischer Religionsgelehrter, angeführt, die den Weg ins Paradies über individuelle Freiheiten und selbstverantwortliche Entscheidungen verkündeten. Schließlich kritisierte ein Konferenzteilnehmer die Vereinten Nationen für den häufigen Wechsel der propagierten Wege des Entwicklungsfortschritts und der Demokratisierung. Die Konzepte änderten sich zu schnell und es bleibe den betroffenen Staaten überlassen, wie sie trotz dieser Änderungen zu einer kohärenten Politik gelangen könnten. Daher sei eine kulturelle Verwurzelung und Adaption als Grundkonstante aller Umsetzung von Vorgaben der internationalen Organisationen unerlässlich, auch der Kapitalismus als dominierende Wirtschaftsordnung bedürfe dessen.

Die folgende Sitzung, die von einem der Gründer der „Kefaya“-Bewegung, **Herrn Georg Ishaque**, geleitet wurde, diente der Diskussion des dritten und vierten Berichtskapitels. Herr Ishaque betonte zu Beginn, dass hinsichtlich der Freiheitsrechte in den arabischen Staaten vieles im Argen liege, der Reformprozess sei aber dennoch nicht aufzuhalten oder gar umkehrbar. Er forderte die Konferenzteilnehmer auf, sich im Folgenden auf die Problematik der autokratischen Polizeistaaten zu konzentrieren, da dies von besonderer Bedeutung für die Situation der Menschenrechte sei. Speziell das fehlende Interesse der Regime in dieser Region, sich rechtsstaatlichen Prinzipien zu unterwerfen, verhindere Fortschritte bei der Gewährung individueller Freiheitsrechte. Außerdem liege ihm die alles entscheidende Frage nach den Konsequenzen, die aus dem Report gezogen werden müssten, am Herzen. In diesem Zusammenhang betonte er, dass man nach Möglichkeiten der Instrumentalisierung der Ergebnisse suchen müsse, um so die Arbeit der Aktivisten zu erleichtern.

Dr. Mohammed Sufaar begann seinen Vortrag mit Auszügen aus Orwells Roman „1984“ und betonte den fiktionalen Charakter dieser Erzählung, im Gegensatz dazu stehe die Situation der Menschenrechtssituation in den arabischen Staaten, die unglücklicherweise Realität sei. Das vorherrschende Verhältnis von Staat und Bürger in besagten Staaten lähme die arabischen Gesellschaften durch die Vorenthaltung von Freiheit. In diesem Sinne seien die modernen arabischen Staaten keine freien Gesellschaften, sondern ihrer Struktur nach vielmehr Kopien und Folgeobjekte der Kolonialgebiete. Die Funktionsweisen seien dieselben geblieben und nur die Namen hätten sich geändert, weiterhin basiere der arabische Nationalstaat nicht auf einer Form von Sozialvertrag zwischen Regierenden und Regierten, sondern stelle nur die Begrenzung eines Herrschaftsgebiets dar. Sufaar war der Meinung, dass die Anwendung von Gewalt als Instrument politischer Kommunikation politische Spannungen und Gegengewalt in Form terroristischer Anschläge, wie zuletzt jene in der Umgebung der Al-Azhar Moschee, notwendig bedingten. Die Gewalt und Unterdrückung müsse dabei nicht einmal willentlich vom Staat ausgehen; handelten aber die Vertreter des Staates wie Polizei und Militär gewaltsam, bedrohe dies unmittelbar das Recht auf Leben der Regimekritiker. Dass die arabischen Regime ihre Staatsbürger vor allem als Untertanen betrachteten, so Sufaar, führe zur Zerstörung der biologischen Basis der Gesellschaft, da politische Impotenz auch zu sexueller und sozialer Impotenz führe. Dies sei durch einige sozialpsychologische Untersuchungen belegt worden.

Nach diesem Vortrag warf **George Ishaque** ein, dass die angesprochenen Selbstmordattentäter auch als Opfer gesellschaftlicher Strukturen betrachtet werden müssten. Die düsteren Zukunftsaussichten der jungen Menschen, die schlechten Bildungsmöglichkeiten und die mangelnden Rechte zur freien Meinungsäußerung seien ebenfalls Gründe für solche Taten.

Dr. Galal Bendary diskutierte in seinem Beitrag die Rechtsstrukturen, insbesondere in Bezug auf Ägypten. Auch er vertrat die Meinung, dass der Reformprozess nicht aufzuhalten sei und eine verbesserte Implementierung der Verfassungsvorgaben und internationaler Verträge anstehe. Mit einigen Beispielen wie der Änderung des Artikels 76 der ägyptischen Verfassung (Zulassung von Gegenkandidaten bei den Präsidentschaftswahlen) oder der angekündigten Novellierung des Parteiengesetzes versuchte er dies zu belegen. Diese Veränderungen führten in seinen Augen zu verbesserten Möglichkeiten, die elementaren politischen Partizipationsrechte der Vereinigungsfreiheit, der Versammlungsfreiheit und der freien Meinungsäußerung wahrzunehmen. Im Weiteren kritisierte Bendary den Bericht, da dieser einige wichtige Aspekte unzureichend behandelt habe. So sei die Rolle der Exekutive nicht ausreichend herausgestellt worden und daher sei auch das Problem mangelnder Gewaltenteilung nicht entsprechend seiner Bedeutung gewürdigt worden.

George Ishaque widersprach in seinem Kommentar dem Vorredner und kritisierte die halbherzige Reform des Artikels 76 heftig. Er machte seine Ansicht deutlich, dass partielle Reformen nicht das Ziel sein könnten und dass die oppositionellen Bewegungen dies auch nicht akzeptieren würden. Die Reformbewegung „Kefaya“, der auch er selbst angehöre, nutze in ihren politischen Aktionen nur die verfassungsrechtlich verbrieften Rechte, die allerdings seitens der Herrschaftseliten nicht uneingeschränkt gewährt würden. Die Einforderung dieser Rechte sei aber der entscheidende Kampf der mit den Autoritäten geführt werden müsse. Aufgabe des Präsidenten müsse es hingegen sein, das Land vor Chaos zu bewahren und die Würde der Menschen zu wahren.

Den Vorträgen folgte wieder eine **Diskussionsrunde**, die ebenfalls rege Beteiligung fand, teilweise kontrovers verlief und sich hauptsächlich mit verfassungsrechtlichen Problemen beschäftigte.

Die unzureichende Gewaltenteilung und die Machtakkumulation in Händen der Exekutive in den meisten arabischen Staaten, die zwar den Verfassungen widerspreche aber doch durch Notstandsgesetze oder ähnliche rechtliche Instrumente existent sei, wurde als wichtiges Hindernis auf dem Weg zu umfassenderen Freiheiten bemängelt. Außerdem kontrolliere die Exekutive über die Verknüpfung mit der Staatspartei die Legislative und habe so alle Möglichkeiten, die Rechte der Bürger in unzulässiger, nicht verfassungskonformer Weise einzuschränken. Hierbei spiele der Aufbau vieler Verfassungen arabischer Staaten eine wichtige Rolle, der diese Machtkonzentration begünstige. Dies sei beispielsweise darauf zurückzuführen, dass bei der Formulierung der ägyptischen Verfassung von 1971 keine Revision der aus der vorherigen Verfassung übernommenen Teile stattgefunden habe.

Üblicherweise finde sich im Staatsaufbau der zur Diskussion stehenden Staaten auch keine Institution, die das Recht zur Ahndung von Verfassungsverstößen seitens der Exekutive innehatte. Der Interpretationsspielraum liege damit gänzlich in Händen der exekutiven Gewalt und vergrößere deren Macht weiter.

Auch die Judikative sei oftmals in Abhängigkeit zur Exekutive geraten, die unter verknöcherten Strukturen, Unterfinanzierung und schlecht ausgebildetem Personal litten und sich nicht selbst reformieren könnten.

Diese Abhängigkeit des Justizapparates wirke sich insbesondere bei der Inhaftierung von unliebsamen Dissidenten aus, die in einem quasi rechtsfreien Raum bis zu sechs Monate lang festgehalten werden könnten. In einem weiteren Beitrag wurde der Mangel an individuellen Freiheitsrechten in Verbindung gesetzt zur nicht vorhandenen Verantwortlichkeit der staatlichen Autoritäten. Diese könnten durch die repressiven Maßnahmen die Forderungen der Bürger missachten und in abgeschlossenen Zirkeln operieren. Es wurde zudem die Frage aufgeworfen, wie der Bericht finanziert worden sei und darüber hinaus beklagt, dass er sich auf Beschreibung der Zustände beschränke und die Analyse vernachlässige. Daher seien perspektivische Elemente kaum zu finden. Abschließend wurde dem eingangs erwähnten Kommentar zur dominierenden Rolle der staatstragenden Partei widersprochen und betont, dass auch die Oppositionsparteien eine gewichtige Rolle im politischen System Ägyptens spielten. Dieser Beitrag löste eine heftige Auseinandersetzung aus, die zu dem Beitrag führte, dass nicht die Exekutive in Person des Präsidenten das eigentliche Machtzentrum sei, sondern vielmehr die Staatspartei NDP.

Auf die Diskussion folgte die dritte Sitzungsrunde, die mit dem Vortrag von **Sherif Hilaly** begann, der sich im Wesentlichen wegen der vorangeschrittenen Zeit auf die Zusammenfassung des fünften Kapitels des Berichts beschränkte. Er beschrieb die arabischen Staaten als „schwarze Löcher“, die jegliche Aktivitäten absorbieren und jedwede politische Aktion seitens der Gesellschaft marginalisieren. Selbst dem Anliegen der Wahrung der Menschenrechte nehme sich der Staat durch Einsetzung von Menschenrechtskommissionen an, begehe aber zur selben Zeit schwere Verletzungen dieser Rechte. Die politische Krise der arabischen Regime sei durch kulturelle und religiöse Faktoren begünstigt, wenn nicht gar verursacht, so Hilaly.

Auch auf die zuvor diskutierte Rolle der Parteien ging Hilaly in seinem Vortrag ein und beklagte deren Unterdrückung, aber auch die selbstverschuldete Unbeweglichkeit, die er auf die überalterten Eliten in den Parteien, die sich jedem Wandel widersetzen, zurückführte. Die politischen Autoritäten seien unzureichend legitimiert und verließen sich auf Drohgebärden und Unterdrückungsmaßnahmen. Dies würde zur Befriedigung externer Demokratisierungsforderungen durch die erwähnten Kommissionen, die nur geringen Einfluss besäßen konterkariert.

Anschließend diskutierte **Mona Ali Al-Din** die sozialen Strukturen und die regionale und internationale Einbettung der arabischen Staaten und die Gründe für deren relativen Niedergang, die eben auch in der sozialen Struktur der Gesellschaften lägen. Sie stellte eingangs fest, dass es in den Staaten der Region keinen Staatsbürger im politischen Sinne des Wortes gebe, was maßgeblich für die schlechte Situation der Menschenrechte sei und die autoritären Strukturen der politischen Systeme befördere. Sie verwies auf die nach wie vor dominanten tribalen Strukturen in arabischen Ländern, die ursächlich sei für die schwach ausgeprägte Kohärenz der Gesellschaften. Der Stamm oder Clan sei noch immer der entscheidende Bezugspunkt und nicht der Staat. Diese Struktur erschwere auch die Arbeit der Zivilgesellschaft, die gegen diese Determinanten ankämpfen müsse. In diesem Zusammenhang spiele die unzureichende Bildung, besonders die fehlende politische Bildung weiter Bevölkerungsteile eine entscheidende Rolle. Diese Begründung verband die Referentin mit dem dringenden Aufruf zu Reformen im Bildungssektor. Im zweiten Teil ihres Beitrags sprach Mona Ali Al-Din über die enge Verbindung vieler Geschäftsleute zur Regierung. Dies sei eine weitere Determinante der Gesellschaftsstruktur, die ebenfalls fatale Folgen habe. Diese Situation begünstige die Ausbildung korrupter Strukturen und erschwere somit die Umsetzung des „Good Governance“-Konzepts und transparenter Verfahren der Regierungsarbeit. Auch externe, weltweite Phänomene wie der Kampf gegen den Terrorismus und die Globalisierung seien wichtige Faktoren. So seien zur Terrorabwehr die Kompetenzen der Geheimdienste und der Polizei in vielen Staaten erweitert worden, was aber häufig zur weiteren Einschränkung individueller Freiheitsrechte geführt habe. Die wirtschaftliche Globalisierung sei ebenfalls eine ambivalente Entwicklung, da zwar zunehmend mehr Wissen verfügbar sei und dies Demokratisierungsprozesse erleichtere; gleichzeitig schränkten aber internationale Handelsabkommen über geistige Eigentumsrechte usw. die Entwicklungschancen der ägyptischen Wirtschaft weiter ein. Wirtschaftliche Wohlfahrt gelte aber allgemein als wichtiges Kriterium für interne Demokratisierungsforderungen und damit wirke dieser Prozess gegenläufig.

Abdallah Khalil betonte nochmals die Auswirkungen und Gefahren der Korruption und bezeichnete sie als staatstragendes System. Nicht nur die Eliten seien korrupt, sondern jeder einzelne Bürger sei gezwungen, sich diesen Umständen zu ergeben. Es gebe zwar Versuche seitens der Regierung zur Bekämpfung

der Korruption, diese seien aber halbherzig und hätten wenig Aussicht auf Erfolg. Er betonte auch die negativen Auswirkungen der Korruption auf die Transparenz und damit auch auf die Gewährung von Menschenrechten. Zur Rolle der Parteien stützte Khalil das Argument, die Staatspartei NDP dominiere die oppositionellen Parteien. Da nur die NDP über ausreichende finanzielle Mittel verfüge, seien ihre Möglichkeiten sehr viel größer als die anderer Parteien. Diese könnten, wollten sie nicht in den Verdacht „Agenten“ des Auslands zu sein, nicht einmal finanzielle oder administrative Unterstützung von ausländischen Geberorganisationen annehmen. Um die Kritik abzurufen warf er den westlichen Geberorganisationen vor, die fehlenden Fortschritte und Erfolge bei Demokratisierung und wirtschaftlicher Wohlfahrt zu beklagen, aber immer nur kurzfristig angelegt Projekte mit wenig durchschlagenden Resultaten fördern zu wollen.

In der **Diskussion** wurde bemängelt, dass in Ägypten keine Informationen über die Verwendung des staatlichen Budgets vorlägen. Somit seien die Ausgaben für Polizei und Geheimdienste nicht nachprüfbar und dem Missbrauch sei Tür und Tor geöffnet. Das autoritäre Regime in Ägypten wurde als Dreieck aus Korruption, den seit 1981 geltenden Notstandsgesetzen, die faktisch die Gewaltenteilung außer Kraft setzten und der Armut der Bevölkerung, die vorwiegend mit der Beschaffung des Lebensunterhalts oder der Bereitstellung von Bildungsmöglichkeiten für ihre Kinder beschäftigt seien, beschrieben.

Die den Workshop abschließende Sitzung wurde mit dem Beitrag **Prof. Dr. Ahmed Al-Sawis** begonnen. Einleitend stellte er fest, dass Politik zwangsläufig immer das Aufeinander-prallen unterschiedlicher Interessen sei und diese in einer gemeinsamen Anstrengung zum Ausgleich gebracht werden müssten. Den Druck ausländischer Regierungen auf die arabischen Regime sah er in diesem Zusammenhang als Herausforderung für die Machthaber im Nahen Osten, die diese externen Faktoren verarbeiten müssten. Auch er betonte, dass die Involvierung der USA und Europas und deren Druck auf die arabischen Staaten, in ihrem Sinne zu handeln, die prinzipiell begrüßenswerten Konzepte der Demokratisierung und der „Good Governance“ diskreditierten. Außerdem würden diese Konzepte mit westlichen Einflussnahmen wie dem Kampf gegen den Terrorismus vermengt und seien im Hinblick auf Reformbemühungen zivilgesellschaftlicher Akteure in einigen Ländern seiner Meinung nach kontraproduktiv.

Hussein Malloum forderte die notwendigen Auseinandersetzungen mit den nationalen Autoritäten und die mit den externen Akteuren, die politisch involviert sind, anzugehen. Bei der Realisierung individueller Freiheitsrechte müsse außerdem in Betracht gezogen werden, dass die damit verbundenen sozialen Kosten möglichst gering gehalten würden, um die Akzeptanz der Bürger zu erhalten. Diesen Punkt habe er während des gesamten Workshops vermisst.

Die letzte Referentin, **Frau Walaa Al-Bohairi**, begann ihren Vortrag damit, dass sie den Teil der politisch partizipierenden Bevölkerung in Ägypten mit 7% bezifferte. Dies liege zum einen an den mangelnden Möglichkeiten und Institutionen zur Partizipation, zum anderen auch an der schwach ausgebildeten Zivilgesellschaft, die zudem noch selbst äußerst hierarchisch strukturiert sei und demokratische Strukturen innerhalb der einzelnen Organisationen eher selten seien. Im Anschluss daran beschrieb sie die Missstände in der universitären Forschung. Diese sei durch Vorgaben und Kontrolle so stark eingeschränkt, dass aufschlussreiche und qualitativ hochwertige Forschungsergebnisse nicht zu erwarten seien. Das Bildungswesen allgemein befördere eine ungute Elitenbildung, da es sich zunehmend privatisiere und daher zur sozialen Exklusion der ärmeren Bevölkerungsteile beitrage. Auch der geringe Frauenanteil, die schlechte Qualität der Ausbildung und die schlechten Zukunftsaussichten von Hochschulabsolventen könnten gesellschaftlichen Wandel und politische Reformbemühungen beeinträchtigen, da mehr und mehr Personen aus dem Kern der Gesellschaft ausgeschlossen würden und demnach auch nicht politisch partizipierten.

Der Kommentar **Samir Morcos** würdigte den Report schon allein für die vielfältigen Kontroversen, die er ausgelöst habe. Er betonte, dass der „Westen“ nicht als monolithischer Block betrachtet werden könne und regte Kooperationen mit einzelnen Segmenten der westlichen Gesellschaften an, die beispielsweise ebenfalls das Liberalisierungskonzept in Frage stellten. Weiterhin griff er verschiedene Punkte der vorangegangenen Vorträge und Diskussionen auf, erwähnte aber wenig inhaltlich Neues.

In der die Veranstaltung beendende **Diskussion** wurde als mögliche Handlungskonsequenzen aus dem Report die Öffnung der derzeit abgegrenzten Parteien gefordert, um mehr Partizipation zu ermöglichen. Dem angefügt wurde die Notwendigkeit zur Bekämpfung des Analphabetismus, der zu den größten Hindernissen politischen Wandels gehöre.

10. Reform der öffentlichen Finanzen in Ägypten

Veranstaltungsform: Konferenz (180 Teilnehmer)
Partner: Department of Economics (DE-FEPS)
Zeit / Ort: 7. / 8. Juni 2005; Marriott Hotel, Cairo
Sprache: Arabisch / Englisch (Simultanübersetzung)

Programmübersicht

Dienstag, 7. Juni 2005

Eröffnungssitzung

Herr Dr. Mouhamed Fathi Sakr, Direktor Abteilung für Wirtschaftswissenschaften, Kairo Universität
Herr Dr. Michael Lange, Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung Ägypten
Herr Dr. Kamal El Menoufy, Dekan der Fakultät für Wirtschaft und Politik, Kairo Universität

1. Sitzung: Finanzpolitisches Management

Leitung: **Herr Prof. Dr. Moustafa El Said**, Professor für Wirtschaftswissenschaften, FEPS
Herr Prof. Dr. Gouda Abdel Khalek, Professor für Wirtschaftswissenschaften, FEPS
„Öffentliche Verschuldung und Grundlagen Makromanagements“
Herr Prof. Dr. Essam Montasser, Professor für Wirtschaftswissenschaften, AUC
„Öffentliche Finanzen und Wachstumszyklus (1975-2004) in Ägypten“
Kommentar: **Herr Dr. Ahmed Galal**, Leiter des „Egyptian Center for Economic Studies“ (ECES)

2. Sitzung: Finanzpolitische Nachhaltigkeit

Leitung: **Herr Prof. Dr. Mahmoud Abdel Fadel**, Professor für Wirtschaftswissenschaften, FEPS, Kairo Universität
Frau Prof. Dr. Lubna Abdel Latif, Professorin für Wirtschaftswissenschaften, FEPS, Kairo Universität /
Herr Prof. Dr. Abdallah Shehata, Professor für Wirtschaftswissenschaften, FEPS, Kairo Universität
„Probleme der finanzpolitischen Nachhaltigkeit und der Finanzreformen in Ägypten“
Kommentar: **Frau Dr. Faika El Rifaie**, ehemalige stellvertretende Leiterin der ägyptischen Zentralbank
Herr Prof. Dr. Brahim Mansouri, Kadi Ayyad Universität, Marokko
„Ursachen von Haushaltsdefiziten und finanzpolitische Korrekturen: Ägypten, Tunesien und Marokko im Vergleich“
Frau Amina Ghanem, Beraterin des Finanzministers
„Geldpolitik in Ägypten und öffentliche Schuldenverwaltung (1991-2004)“
Kommentar: **Frau Prof. Dr. Hannah Kheir El Din**, Professorin für Wirtschaftswissenschaften, FEPS, Kairo Universität

3. Sitzung: Finanzpolitik und lokale Verwaltung

Leitung: **Frau Prof. Dr. Hannah Kheir El Din**, Professor für Wirtschaft, FEPS, Kairo Universität
Frau Dr. Nevin Eid, Wirtschaftswissenschaftlerin, „Housing and Development Bank“
„Öffentliche Finanzverwaltung: Zentralisierung und Dezentralisierung in Ägypten“
Herr Wihana Kirana Jaya / Herr Dr. Ahmed Jamli / Masykur Wiratmo, Wissenschaftler am „Center for Economic and Public Policy Studies“ der Gadjah Mada Universität, Yogyakarta, Indonesien
„Institutionelle Belange im Übergang zur regionalen Selbstverwaltung: Fallstudie Indonesien“
Kommentar: **Frau Prof. Dr. Heba Handoussa**, Professorin für Wirtschaftswissenschaften, AUC
Herr Catur Suglyanto / Herr Masykur Wiratmo / Herr Dr. Ahmed Jamli, Wissenschaftler am „Center for Economic and Public Policy Studies“ der Gadjah Mada Universität, Yogyakarta, Indonesien
„Die Anwendung des 'willingness to pay'-Ansatzes zur Bestimmung des regionalen Elektrizitätspreises“
Kommentar: **Frau Prof. Dr. Heba Nassar**, Professorin für Wirtschaft, Vizedekan, FEPS

Mittwoch, 8. Juni 2005

4. Sitzung: Steuerreform in Ägypten

Leitung: **Herr Prof. Dr. Baher Atlam**, Professor für Wirtschaft, FEPS, Kairo Universität

Frau Prof. Dr. Gannat El Samalouty, Professorin für Wirtschaft, FEPS, Kairo Universität

„Steuerreform in Ägypten – ein schwieriger Kompromiss“

Herr Dr. Sami Khalil / Herr Dr. M. Nagui Khalifa, Universität für Wissenschaft und Technologie

„Steuerreform und Investitionen“

Kommentar: **Dekan der Fakultät für Kommerz**, Al Azhar Universität

Herr Prof. Dr. Alaa El Shazly, Assistenzprofessor für Wirtschaft, FEPS, Kairo Universität

„Steuerpolitik, Investitionen und Planungssicherheit: Ein neo-klassischer Ansatz“

Kommentar: **Herr Prof. Dr. Tarek Morsi**, Professor für Wirtschaft, FEPS, Kairo Universität

5. Sitzung: Auswirkungen der Fiskalpolitik auf die Wirtschaft

Leitung: **Herr Prof. Dr. Sultan Abou Ali**, Professor für Wirtschaft, Zaqazieq Universität

Herr Dr. Sami Khalil/Herr Dr. Magdi El Shourbagy, Universität für Wissenschaft und Technologie

„Makroökonomische Auswirkungen der Finanzpolitik in Ägypten“

Kommentar: **Frau Prof. Dr. Lubna Abdel Latif**, Professorin für Wirtschaft, FEPS, Kairo Universität

Herr Prof. Dr. Baher Atlam / Frau Prof. Dr. Manal Metwaly, Professoren für Wirtschaft, FEPS „Effizienz der Fiskalpolitik und Inflationsziele in Theorie und Praxis in der ägyptischen Wirtschaft“

Kommentar: **Frau Prof. Dr. Reda El Edel**, Professorin für Wirtschaft, Ain Shams Universität

Abschlusssitzung:

Leitung: **Herr Prof. Dr. Baher Atlam**, Professor für Wirtschaft, FEPS, Kairo Universität

Frau Prof. Dr. Mona El Baradei, Professorin für Wirtschaft, FEPS, Kairo Universität

Herr Prof. Dr. Sami El Sayed, Professor für Wirtschaft und Vizedekan, FEPS, Kairo Universität

Herr Prof. Dr. Mouhamed Fathi Sakr, Professor für Wirtschaft, FEPS, Kairo Universität

Im Rahmen der neunten Konferenz der Abteilung für Wirtschaftswissenschaften der Universität Kairo kamen Vertreter verschiedener Einrichtungen zusammen, die sich mit Fragen der Wirtschafts- und Steuerpolitik und möglichen Reformansätzen beschäftigen. Anlässlich der neuen ägyptischen Steuergesetze wurden die Vorzüge und Mängel des Reformentwürfe gegenüber den bisherigen Regelungen diskutiert und insbesondere deren Auswirkungen auf die öffentliche Verschuldung, fiskalpolitische Nachhaltigkeit und die Inflationserwartungen in Ägypten untersucht. Durch die stetig zunehmenden Globalisierungstendenzen der Weltwirtschaft erschien die intensive Auseinandersetzung mit diesen Themen geboten, solange die ägyptische Wirtschaft ihre Wettbewerbsfähigkeit weiter zu verbessern trachte.

Prof. Dr. Mouhamed Fathi Sakr eröffnete die Konferenz mit einer Begrüßung der sehr zahlreich erschienenen Teilnehmer und legte kurz die oben genannten Intentionen der Konferenz dar. Dabei betonte er die Bedeutung der Umsetzung der Reformen für die soziale und politische Entwicklung im Land. Sein besonderer Dank galt der Konrad Adenauer Stiftung für die beständig gute und fruchtbare Kooperation.

Herr Dr. Michael Lange ging in seinen Begrüßungsworten auf die Spannungen zwischen den neuen Herausforderungen der globalisierten Weltwirtschaft und den nationalen Zwängen ein. Er verwies dabei auf Erfahrungen mit dem erfolgreichen Modell der sozialen Marktwirtschaft, das sowohl auf den Markt als auch auf sozialen Ausgleich ausgerichtet sei. Die Wichtigkeit des Themas auch für entwickelte Länder zeige sich auch daran, dass es nicht gelungen sei, einen deutsche Experten einzuladen, da diese auf Grund der möglicherweise vorgezogenen Neuwahlen in Deutschland alle ausgelastet seien sich an der Konzipierung bzw. Formulierung der Wahlprogramme der politischen Parteien zu beteiligen. Die Konferenz könne dazu beitragen, die mit der neuen Steuergesetzgebung in Gang gesetzten Reformen weiterzuführen, neue Denkanstöße zu geben, und verbesserte Grundlagen für volkswirtschaftlichen Wohlstand zu schaffen.

Herr Dr. Kamal El Menoufy schloss sich seinen Vorrednern an und betonte vor allem die Bedeutung der Armutsbekämpfung mit Blick auf die Suche nach sozialer Gerechtigkeit. Die soziale Verantwortung des Staates verpflichte diesen auch zu verantwortungsbewussten Umgang mit finanzpolitischen Instrumenten. Die seiner Meinung nach drohende Überschuldung des ägyptischen Staates gefährde dessen Handlungsfähigkeit, diese Verantwortung wahrzunehmen. Außerdem sei auch die finanzpolitische Dezentralisierung

eine Voraussetzung für und gleichzeitig ein wichtiger Schritt hin zu einer weiteren Demokratisierung Ägyptens.

Der wachsende Schuldenberg sei nach **Herr Dr. Gouda Abdel Khalek** ein vitales Problem für Ägypten, dennoch werde dem Thema nicht die gebührende wissenschaftliche und öffentliche Aufmerksamkeit zuteil. Er basierte seinen Vortrag auf der Unvereinbarkeit dreier makroökonomischer Größen: Kapitalmobilität, Wechselkursstabilität und Zinsniveaustabilität. Die gleichzeitige Realisierung aller drei Elemente bezeichnete Gouda als unmöglich. Das bisherige Hin- und Herschwanken und das Fehlen einer klaren Linie in der Finanzpolitik hätten zu der hohen Verschuldung Ägyptens maßgeblich beigetragen. Diese liege offiziellen Angaben zufolge bei 98 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP), seinen Berechnungen nach jedoch bei mindestens 115 % des BIP. Die Aussagen des Finanzministeriums seien eine mutwillige Täuschung. Darüber hinaus sei damit der kritische Punkt überschritten. Das wesentliche Problem bildeten die inländischen, nicht die auswärtigen Finanzschulden. Der aussichtsreichste Lösungsansatz für eine finanzielle Sanierung sei eine Einschränkung der Kapitalmobilität, was unter anderem zu einer Stabilisierung des Wechselkurses führen könnte. Das Bewusstsein für die Problematik der wachsenden Verschuldung müsse in allen wirtschaftlichen Akteuren gestärkt und so die Möglichkeit einer politischen Umsetzung der angestrebten Schuldenreduzierung greifbarer gemacht werden.

Dr. Essam Montasser beschrieb in seinem Vortrag die historische Entwicklung der Konjunkturzyklen und beschrieb drei bedeutende Wachstumsperioden Ägyptens. Diese seien stets von externen Ereignissen wie dem Ölpreisanstieg in den 70er - Jahren oder den Kriegen mit Israel 1973 oder jüngst im Irak sowie schwankenden ausländischen Direktinvestitionen determiniert worden, was die Abhängigkeit der ägyptischen Wirtschaft vom Ausland und das Fehlen eines eigenständigen nachhaltigen Wirtschaftswachstums aufzeige. Dies liege vornehmlich an der kurzfristigen Struktur der Staatsausgaben, die vor allem konsumtiv und nicht investiv seien und daher eine Akkumulation von Kapital verhinderten und sich auf Renteneinkommen verlasse. Um dieser Falle hohen Konsums bei niedrigem Wachstum zu entkommen, müssten die Preise für viele Dienstleistungen, deren Wertschöpfung in erster Linie inländischen Wirtschaftsakteuren zufließt (öffentliche Dienstleistungen wie Wasser- und Stromversorgung oder Transportwesen) erhöht werden, um eine Kapitalakkumulation zu erlauben. Dies führe aber dazu, dass ein großer Teil der Bevölkerung zumindest kurzzeitig unter die Armutsgrenze rutsche. Diese sozialen Kosten der Reform seien aber in Hinblick auf die zukünftigen den Wohlstand steigernden Effekte in Kauf zu nehmen.

In seinem Kommentar zu den beiden vorangegangenen Vorträgen betonte **Dr. Ahmed Galal** nochmals die Wichtigkeit des Themas, da sich die Staatsverschuldung in Ägypten bereits in einer prekären Situation befinde, aber dennoch nicht entschieden genug gegengesteuert werde. Dies sei aber auf Grund der Schuldenstruktur Ägyptens nicht so dramatisch wie vom Vorredner dargestellt.

Der größte Teil der Auslandsschulden seien schließlich langfristige Verbindlichkeiten, die inländischen Schulden jedoch nur von kurzer Laufzeit. Außerdem sei die Festlegung der kritischen Schwelle für die Staatsverschuldung bei 60% völlig willkürlich. Er vertrat den Standpunkt, dass Schuldenaufnahme an sich keine fatalen Folgen haben muss, sie vielmehr einen Ausgleich der Staatsausgaben im Zeitablauf ermöglichen. Wichtiger erscheine ihm das Problem der mangelnden Transparenz der staatlichen Wirtschaftspolitik und der Politik der Zentralbank, da für keinen der Wirtschaftsakteure erkennbar sei, welche Ziele verfolgt würden und ihnen daher keine Planungssicherheit gewährt würde. Obwohl man, im Widerspruch zur Meinung Gouda Abdel Khaleks durchaus Zahlen der Ministerialverwaltung als verlässlich erachten könne, müsse man neue Theorien und Ansätze jenseits der erläuterten Unvereinbarkeit der drei makroökonomischen Elemente suchen. Abschließend betonte Galal, dass ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum auch eine weitergehende Demokratisierung erfordere und insbesondere das Steuersystem hierbei relevant sei, da die Bereitschaft der Bürger, Steuern zu entrichten eng mit den Möglichkeiten zu politischer Partizipation verknüpft sei. Er verglich die Diskussion um den Schuldenberg Ägyptens mit einem Epos, das sich über Jahrzehnte hinweg ziehe.

Der Hauptteil der **Diskussion** drehte sich um die Frage des kritischen Punktes der Staatsverschuldung und bis zu welchem Level diese für die ägyptische Volkswirtschaft noch zu verkraften sei. Des Weiteren wurden einige wirtschaftstheoretische Details diskutiert und kontrovers über das zu Grunde liegende Zahlenmaterial gestritten.

Prof. Dr. Abdel Fadil begrüßte die Teilnehmer zur zweiten Sitzung und übergab das Wort an den Referenten **Herr Dr. Abdallah Shehata** der sofort damit begann seinen, gemeinsam mit **Frau Prof. Dr. Lubna Abdel Latif** erarbeiteten Beitrag, mit einer Definition der finanzpolitischen Nachhaltigkeit einzuleiten. Dabei unterschied er zwei Konzepte: die restriktive Nachhaltigkeit, bei der Einnahmen und Ausgaben in jedem einzelnen jährlichen Budget ausgeglichen werden müssen; und die flexible Interpretation, bei der diese Bedingung nur über einen längeren Zeitraum zu erfüllen ist. Die Maastricht-Kriterien als Maßstab für finanzpolitische Stabilität nennend, verwies er auf die Situation in anderen Ländern und zeigte auf, dass Ägyptens Staatsverschuldung sich in einer prekären Situation befindet. Als Beispiel für mangelnde Nachhaltigkeit nannte er die versteckten und langfristigen Belastungen der Haushalte staatlicher Dienstleistungsinstitutionen (z.B. Suez-Kanal-Behörde, staatliche Rentenkasse etc.), für die mangels Weitblick keine Rücklagen gebildet worden sind.

Frau Dr. Faika El Rifaei kritisierte Herrn Dr. Shehatas Vortrag sowohl mit Blick auf seinen Inhalt als auch seine Form. Sprachliche Defizite und mangelnde Differenzierung in Begriffsdefinitionen trügen zu Missverständnissen und Unklarheiten bei und reduzierten so die Aussagekraft des Beitrages. Er zeige vor allem keine Perspektiven für zukünftige Entwicklungen auf. Sie kritisierte weiter, dass die Frage der staatlichen Subventionen keinerlei Berücksichtigungen fand. Allgemein sei seine Abhandlung unwissenschaftlich und in sich widersprüchlich.

Einen internationalen Vergleich bot **Herr Prof. Dr. Brahim Mansouri**, der im Rahmen einer Kooperation der Kadi Ayyad Universität in Marokko mit dem „Economic Research Center in Africa“ die Finanzpolitik Marokkos, Tunesiens und Ägyptens untersucht hat. Durch seinen Vergleich wolle er die Determinanten staatlicher Haushaltsdefizite in den 1970er und 1980er Jahren aufzeigen. Dabei legte er den Schwerpunkt auf die Betrachtung verschiedener Variablen, die im Zuge finanzpolitischer Strukturreformen in diesen Ländern in verschiedener Intensität zur Veränderung der wirtschaftlichen Lage beigetragen haben. Bei der Untersuchung nach geeigneten finanzpolitischen Instrumenten hätte sich gezeigt, dass die Regierungen kurzfristige Überlegungen über Ausgaben in den Vordergrund stellten und darüber Investitionen in strategische Wirtschaftssektoren vernachlässigten. Die klügste Strategie für finanzielle Stabilisierung sei die Implementierung des „good governance“ Konzepts, eine Kontrolle des staatlichen Haushalts und das entschlossene Eintreten für die Verhinderung der Verschwendung öffentlicher Gelder.

Frau Amina Ghanems Vortrag basierte auf einer Studie aus ihrer Dissertation, die, wie sie versicherte, nicht den Standpunkt des Finanzministeriums widerspiegele. Sie setzte sich dabei mit den makroökonomischen Variablen des Zinsniveaus und der Wechselkurse auseinander und stellt die Frage, in wie weit die nationale Geldpolitik in einer global vernetzten Wirtschaftsstruktur auf besagte Variablen Einfluss ausüben könne. Sie betonte ihren Optimismus hinsichtlich des staatlichen Haushaltsdefizits und gehe von einer baldigen Erholung der wirtschaftlichen Lage aus. Dies sei aber gebunden an eine unabhängige Zentralbankpolitik, die eine freie Wechselkursfindung und flexible Zinsniveaus zulasse.

Die Kommentatorin **Dr. Hanaa Kheir El Din** kritisierte den Vortrag Brahim Mansouris heftig und warf ihm vor, ein halbfertiges Thesenpapier vorgelegt zu haben. Inhaltlich bemängelte sie, dass Dr. Mansouri in seinen Ausführungen zu wenig auf die unterschiedlichen Ausgabenarten eingegangen sei und dass sie sich detailliertere Angaben über die verwendeten Quellen und Untersuchungszeiträume erhofft hätte. Darüber hinaus schloss sie sich der Aussage des Referenten an, dass eine Senkung der Investitionsausgaben in Infrastrukturprojekte nicht der richtige Weg sei, kritisierte aber, dass dieser Punkt nicht als Schlussfolgerung im Papier aufgetaucht sei. An dem Vortrag Amina Ghanems kritisierte sie die Tatsache, dass die mangelhafte Struktur und der dünne Inhalt kein die Konferenz voranbringendes Ergebnis gezeigt habe. Man könne nicht einfach einen Teil einer Dissertation vorlegen, wolle man dem Leser das Verständnis ermöglichen. Sie hätte zudem die Auswirkungen der jüngsten Reformen der ägyptischen Regierung nicht in ihrem Vortrag berücksichtigt.

Das Publikum nahm in der **Diskussion** die Frage nach den Grenzen staatlicher Intervention wieder auf und unterstützte die These, dass die Diskussion des Themas auf makroökonomischem Level unter Berücksichtigung anderer Akteure geführt werden müsse. Ein Diskussions Teilnehmer wies darauf hin, dass in verschiedenen Vorträgen Korrelationen als Kausalzusammenhänge dargestellt worden seien und dies große Verwirrung in die Diskussionen gebracht habe. Zusätzlich drehte sich die Diskussionsrunde längere Zeit um wirtschaftstheoretische Details, deren Prämissen teilweise kontrovers diskutiert wurden.

Unter dem Vorsitz von **Hanaa Kheir El Din** hielt **Frau Dr. Nevin Eid** einen gut strukturierten Vortrag über öffentliche Finanzverwaltung im Kontext der (De-) Zentralisierung. Einleitend definierte sie Dezentralisierung als einen Transfer von Planungs- und Entscheidungsgewalt von der Zentralregierung auf untergeordnete Ebenen der Staatsverwaltung. In fiskal-politischer, politischer und wirtschaft-licher Hinsicht unterschied sie weiter drei Grade der Dezentralisierung: von Dekonzentration, also einem eingeschränkten Transfer von Verantwortlich-keiten über Regionalisierung bin zu einer vollständigen Abgabe staatlicher Aufgaben an nichtstaatliche, rational handelnde Akteure einer Marktwirtschaft. Anschließend gab sie die Vor- und Nachteile dieses Prozesses des Verantwortlichkeitstransfers zu bedenken. Positiv wirkten sich hier vor allem die transparentere und effizientere Entscheidungsfindung, eine möglicherweise dynamischere Entwicklung und mehr Eigenverantwortung der beteiligten Bürger aus. Dem gegenüber stünden jedoch die Gefahr von zunehmender Korruption und die Ineffizienz mikroökonomischer Entscheidungen, da den Verantwortlichen der Überblick über die umfassenderen Entwicklungslinien fehlen könne. Voraussetzung für einen Dezentralisierungsprozess bleibe aber ein demokratischer Rahmen, da nur so die Verantwortlichkeit auf mündige Bürger mögliche sein könne. Die von Dr. Eid durchgeführte empirische Studie ergab, dass der Umfang der Dezentralisierung in Ägypten noch begrenzt sei und folgerte daraus, dass die Bewegung zu mehr autonomer Entscheidungsmacht der regionalen Akteure anfangs mit einer Übertragung von administrativen Befugnissen, gefolgt von finanzpolitischen Entscheidungen vorangetrieben werden müsse. Dabei müsse aber darauf geachtet werden, dass die untergeordneten Einheiten integer und nicht anfällig für Korruption seien.

Dr. Ahmed Jamli stellte in seinem, zusammen mit **Wihana Kirana Jaya** und **Masykur Wiratmo** erarbeiteten Vortrag die in Indonesien 1999 begonnenen Dezentralisierungsbewegungen vor. Die Frage finanzpolitischer Dezentralisierung stand dabei im Mittelpunkt ihrer Arbeit. Ihre Ergebnisse beruhten auf empirischen Untersuchungen in verschiedenen Regionen des Landes (Bali, etc). Nachdem Indonesien von 1969-1998 stark zentralisierte finanzpolitische Strukturen aufwies, wurden diese 1999 von Präsident Habibbi reformiert. Im Zuge dieses Transfers von Entscheidungsbefugnissen verschoben sich aber auch Machtmissbrauch, Korruption und Lobbying auf die niedrigere Ebene der Lokalräte. Kritisch verwies er auf mangelnde Kontrollinstrumente, die dabei das Hauptproblem gewesen seien und Transparenz und Effizienz der Budgetverwendung nicht hätten gewährleisten können, da es damals auch nicht gelungen sei, nichtstaatliche Akteure in den Prozess einzubinden.

In ihrem Kommentar zu den beiden vorangegangenen Vorträgen kritisierte **Dr. Haba Handoussa**, die Erwähnung einer wirtschaftlichen Dimension der Dezentralisierung, da in einem marktwirtschaftlich organisierten System die Entscheidungen in jedem Falle bei rational handelnden Individuen liege und daher per se dezentral angelegt seien. In Bezug auf den zweiten Beitrag vertrat sie die Meinung, dass sowohl während des Prozesses der Dezentralisierung als auch nach deren Implementierung der Staat weiterhin soviel Macht behalten müsse, dass er Korruptionstendenzen entgegenwirken könne. Darüber hinaus müssten die durch lokale Entscheidungsfreiheiten zwangsläufig entstehenden Ungleichheiten durch eine Zentralregierung ausgeglichen werden, um gleiche Lebensbedingungen für die Einwohner eines Staates zu garantieren. Formal kritisierte sie die Verwendung wenig aussagekräftigen Datenmaterials, das keine direkten Rückschlüsse auf die Situation in Ägypten erlaube sowie die Befragung zu kleiner Samples bei der Datenerhebung der Studien. Außerdem zögen die Thesenpapiere keine Schlussfolgerungen aus den beobachteten Resultaten, um aufzuzeigen, wie Fehlentwicklungen bei künftigen Reformbemühungen verhindert werden könnten. Allgemein forderte sie dazu auf, bei diesen Verwaltungsreformen landesspezifische Traditionen zu berücksichtigen, wolle man eine effiziente und von den Betroffenen akzeptierte Lösung erreichen.

In dem zweiten Vortrag der indonesischen Forscher **Catur Suglyanto**, **Masykur Wiratmo** und **Dr. Ahmed Jamli** wurde der „willingness to pay“- Ansatz am Beispiel des regionalen Elektrizitätspreises in Indonesien dargestellt. Grundproblem dabei sei die seit 2001 bestehende regionale Budgethoheit in Indonesien, die einen weiteren defizitären Betrieb der Kraftwerke nicht erlaubte. Bei diesem Ansatz wird der Preis eines Gutes nach einer Befragung zur Zahlungsbereitschaft der Endkunden festgelegt. Detailliert wurde im Folgenden der Implementierungsprozess dargelegt und mit ausführlichem Datenmaterial belegt. Der problematische Kern dieses Weges sei aber die Umsetzung des ermittelten Preises, da die zur Kostendeckung der öffentlichen Dienstleitungen meist notwendigen hohen Preissteigerungen oft politisch nicht durchsetzbar seien.

Frau Prof. Dr. Heba Nasser kritisierte die Verwendung dieses „willingnes to pay“- Ansatzes in Ländern wie Ägypten, in der der Versorgungssektor keinem Wettbewerb unterliege. Sie stellte die sozial wenig ausgewogenen Ergebnisse des Ansatzes in Frage. Durch die Befragung der Konsumenten werde durch die Vertreter der Mittel- und Oberschicht ein bei weitem höherer Preis genannt, als ihn unter oder knapp über der Armutsgrenze lebende Menschen bezahlen können. Außerdem biete das Modell keine Antwort auf die Frage, was zu tun sei, um einen kostendeckenden Betrieb zu ermöglichen, liegt der durch den Ansatz ermittelten Preis unter den erforderlichen, kostendeckenden Einnahmen. Ergänzend merkte sie an, dass auch die „willingness to charge“ seitens der Entscheidungsträger berücksichtigt werden müsse, da sich die zuständigen Behörden bei einem ermittelten Preis, der die Produktionskosten unterschreitet, entscheiden könne, den Preis zu subventionieren, um den sozialen Frieden aufrecht zu erhalten.

Frau Prof. Dr. Gannat El Samalouty stellte in ihrem Beitrag das kürzlich verabschiedete, neue ägyptische Steuergesetz im Detail vor. Der erste Teil ihres Vortrags drehte sich um den Ausgleich der verschiedenen Funktionen der Steuererhebung, die die Referentin mit der Beschaffung staatlicher Mittel, dem sozialen Ausgleich und Schaffung wirtschaftlicher Anreize benannte. Zwischen diesen herrsche ein inhärenter Konflikt, für den der Staat einen Kompromiss finden müsse. Im weiteren Verlauf ging Prof. Dr. El Samalouty auf Details des Gesetzes ein und beschrieb die generelle Tendenz zur Senkung bei gleichzeitiger Vereinfachung der Steuererhebung und -berechnung. Durch das Fortbestehen von Sonderregelungen für Frauen, Behinderte etc. werde zusätzlich ein sozialer Ausgleich geschaffen. Das Gesetz diene durch verschiedenste Anreize auch der Ansiedlung ausländischer Investoren und sei notwendig um im internationalen Standortwettbewerb, der sich zunehmend auch auf Steuersysteme ausweite, konkurrenzfähig zu sein. Daher äußerte sie auch ihre Unzufriedenheit über die mangelnde Transparenz und Effizienz des neuen Gesetzes.

Dr. Sami Khalil und **Dr. M. Nagui Khalifa** betrachteten die Auswirkungen der in den 1970er Jahren begonnenen Liberalisierung der ägyptischen Wirtschaft im Kontext der Steuergesetzgebung. Seither hätte auf Grund der veränderten makroökonomischen Strukturen auch die Steuererhebung an die veränderten Umstände angepasst werden müssen, was aber nur in unzureichendem Maße erfolgt sei. So sei noch immer der Anteil direkter Steuern sehr hoch, wohingegen indirekte Steuern wenig effektiv zur Finanzierung des Staatshaushaltes beitragen, da viele Konsumgüter (v. a. Lebensmittel und Brennstoffe) ausgenommen seien. Diese Steuerstruktur sei Investitionen aber nicht zuträglich, da sie kaum Kapitalakkumulation zulasse und die Sparquote niedrig halte. Darüber hinaus forderten die Referenten eine effizientere Eintreibung der Steuern, da die Behörden bis heute zu einem großen Teil ohne den Einsatz von Computern auskommen müssten und daher nur unzureichend arbeiten könnten.

Dr. Hatem El Karnashawy würdigte beide Vorträge in seinem Kommentar. Seine Hauptkritik zielte auf das neue Gesetz, das seiner Meinung nach keine klare Linie verfolge und keine kohärente „Steuerphilosophie“ erkennen lasse. Dies sei aber insbesondere bei der Festlegung auf eine der drei von Dr. Samalouty definierten Funktionen der Steuereintreibung, aber auch bei kleineren Teilen der neuen Gesetzgebung von Bedeutung. So solle der Staat sich offen zu einer steuerlichen Förderung der Familien bekennen und damit seine Unterstützung kundtun. Ein weiterer wichtiger Punkt seines Vortrages war die Forderung, mehr Vertrauen zwischen Steuerbehörde und Steuerzahlern aufzubauen, wozu auch strengere Kontrollen und härtere Strafen für Steuerhinterzieher notwendig wären, um mehr Steuergerechtigkeit zu erreichen. Abschließend betonte er, dass Ägypten als Entwicklungsland nicht jedem internationalen Trend in der Steuergesetzgebung hinterherlaufen solle, da die Grundvoraussetzungen oft zu unterschiedlich seien. So müsse soziale Gerechtigkeit mehr im Zentrum stehen, was ihn dazu veranlasste die von Dr. Khalil erläuterte Verschiebung auf indirekte Steuern zu kritisieren, da dies durch die damit einhergehenden Verbraucherpreissteigerungen die ärmeren Bevölkerungsschichten im Besonderen treffe.

Dr. Alaa El Shazly beschrieb in seinem Vortrag die Wirkungen von Unsicherheit auf die Investitionstätigkeit aus neoklassischer Sicht. Auf Grund der Unumkehrbarkeit von Investitionen bedürften die wirtschaftlichen Akteure einer hohen Planungssicherheit, um genug Vertrauen zu fassen und durch Investitionen langfristige Verpflichtungen einzugehen. Daher sei es elementar, dass auch das Steuerrecht den Investoren genügend Planungssicherheit erlaube, was aber insbesondere bei Reformen der Steuergesetzgebung hinsichtlich des Zeitpunktes und des Umfangs der Änderungen in Frage stehe. Vor diesem Zu-

sammenhang betonte er die Bedeutung einer Reformpolitik, die mit langem Vorlauf Änderungen ankündigt und dadurch die Planungssicherheit der Unternehmen erhöhe.

Prof. Dr. Tarek Morsi griff den Beitrag in seinem Kommentar heftig an und warf El Shazly vor, nicht auf die spezifischen Probleme Ägyptens eingegangen zu sein. Außerdem sei dieser von überholten theoretischen Rahmen ausgegangen und habe simplifizierende Annahmen als Prämissen seiner Erläuterungen verwendet. Beispielsweise sei das verwendete Modell zwar zur Analyse eines Wirtschaftssektors hilfreich, für volkswirtschaftliche Betrachtungen aber gänzlich ungeeignet.

In der sich anschließenden **Diskussion** wurde die Setzung der Prioritäten bezüglich der Rolle von Steuern heftig diskutiert. Viele Teilnehmer waren der Meinung, dass es zunächst um die Schaffung von Werten gehen müsse, das Steuersystem daher vor allem effizient zu sein habe, um so weitere Investitionen zu fördern und die wirtschaftliche Situation zu verbessern. Erst danach könne man daran gehen, diese Werte sozial ausgewogen umzuverteilen. Andere wiederum betonten die Bedeutung des sozialen Ausgleichs durch ein progressives Steuersystem insbesondere in wenig entwickelten Ländern, die mit Problemen der Armutsbekämpfung konfrontiert seien und deren vornehmste Pflicht es sein müsse den armen Bevölkerungsschichten grundlegende Unterstützung zukommen zu lassen.

Auch die Referentin **Dr. El Samalouty** bekräftigte nochmals ihre Überzeugung, dass wichtigstes Ziel der Steuerpolitik ein gerechter sozialer Ausgleich sein müsse, was durch das vorliegende Gesetz aber nur eingeschränkt gegeben sei. Ein weiterer Kommentator betonte, dass nicht so viel über die Festlegung von Steuersätzen geredet werden sollte, sondern vielmehr das Problem der unzureichenden Eintreibung und der Steuerhinterziehung angegangen werden müsste.

Nach einer Begrüßung zur fünften Sitzungsrunde durch **Herrn Prof. Dr. Sultan Abou Ali** präsentierten **Dr. Sami Khalil** und **Dr. Magdi El Shourbagy** ihren Vortrag über die makroökonomischen Auswirkungen der Fiskalpolitik. Sie beschrieben dabei die staatlichen Ausgaben als wichtiges Instrument zur Förderung des wirtschaftlichen Wachstums und wollten auf Grund dessen die Effekte staatlicher Ausgabenprogramme auf die makroökonomisch bedeutenden Kennziffern durch ihre Studie näher beleuchten. Unter Vorstellung verschiedener wirtschaftstheoretischer Modelle kamen sie zu dem Schluss, dass staatliche Ausgaben nur einen nachhaltig positiven Effekt auf die wirtschaftliche Entwicklung zeitigen, wenn sie nicht konsumtiv verwendet werden, sondern aus langfristigen und gleichzeitig sozialverträglichen Investitionen bestehen.

Die Kommentatorin der Vortrages, **Frau Prof. Dr. Lubna Abdel Latif**, bemängelte jedoch zahlreiche formelle Unzulänglichkeiten des dazugehörigen Thesenpapiers und kritisierte darüber hinaus verschiedene Ungenauigkeiten bei der Anwendung theoretischer Konzepte. Weiter sprach sie den Resultaten der Studie ab, die Konferenz in irgendeiner Form vorangebracht zu haben und verdeutlichte, dass es nicht möglich sei, Ergebnisse daraus anzuwenden, da die Untersuchung nicht umfassend genug angelegt gewesen sei.

Im Anschluss stellten **Dr. Baher Atlam** und **Dr. Manal Metwaly** ihre Arbeit zur Effizienz der ägyptischen Fiskalpolitik und der Festlegung von Inflationszielen vor. Durch die Vorstellung verschiedener theoretischer Modelle, zeigten sie die Problematik der Verfolgung von Inflationszielen und kamen zum Ergebnis, dass Fiskal- und Geldpolitik gut aufeinander abgestimmt werden müssten.

Dr. Reda El Edel beanstandete die unzureichende Analyse des Vortrags und gab zu Bedenken, dass das dargelegte Konzept eine unabhängige Zentralbank zur Voraussetzung hätte, was in Ägypten jedoch nicht der Fall sei. Es wäre notwendig gewesen, näher auf die tatsächliche Situation einzugehen.

In einer anschließend auf Forderung des Publikums eingeschobenen **Diskussionsrunde** wurde vor allem die Problematik einer Zielsetzung für die Inflationsrate behandelt. Dabei wurde betont, dass diese Politik einerseits nur funktionieren könne, wenn es gleichzeitig einen transparenten Informationsfluss gebe, andererseits wurde die Verfolgung eines bestimmten Inflationsziels generell in Frage gestellt, da dies den Handlungsspielraum der Fiskalpolitik der Regierung und Geldpolitik der Zentralbank stark einschränke.

Sitzungsleiter **Herr Prof. Dr. Baher Atlam** rekapitulierte die behandelten Themen. Von der Problematik der öffentlichen Verschuldung über die Frage der finanzpolitischen Nachhaltigkeit bis hin zu den Erkenntnissen über das neue Steuergesetz hätte die Konferenz interessante Einblicke und Denkanregungen geliefert, bei denen nicht nur die finanzpolitische Lage Ägyptens beleuchtet worden war, sondern auch Paralle-

len zu Tunesien, Marokko und Indonesien geschlagen worden waren. Aus allen Beiträgen lasse sich großer Nutzen ziehen.

Frau Prof. Dr. Mona El Baradei betonte in ihrem Resümee die Vielschichtigkeit der Beiträge im Hinblick auf Thematik, theoretische Vorgehensweise und praktische Durchführung. Sie befand, dass die öffentliche Verschuldung Ägyptens mit der Überschreitung des kritischen Punkts eine Reihe von makroökonomischen, sozialen und politischen Konsequenzen hätte, die es zu kontrollieren gelte. Gründe für die schlechte Finanzlage Ägyptens seien den Vorträgen zu Folge die Freigabe des Wechselkurses des ägyptischen Pfunds und die Liberalisierung der Kapitalmärkte. An Lösungsvorschlägen hätte die Konferenz gebracht: eine Einschränkung der Kapitalmobilität, eine Senkung der konsumtiven Staatsausgaben und eine Senkung des Zinsniveaus. Bei diesen Reformen müsse aber stets die Frage der sozialen Kosten berücksichtigt werden.

Herr Prof. Dr. Sami El Sayed betonte den großen Erfolg der Konferenz und wiederholte den Reformcharakter, den das neue Steuergesetz verheiße. Die Steuerpolitik sei das wichtigste Instrument des Staates um sowohl soziale Gerechtigkeit zu fördern als auch die wirtschaftliche Entwicklung zu unterstützen. Die ausgewogene Vereinbarung dieser Ziele unter Berücksichtigung der Schaffung von Anreizen für die Wirtschaft, der steuerlichen Gleichbehandlung und der Eindämmung des Staatsdefizits, sei die Herausforderung an das neue Steuergesetz. Eine angeregte Diskussion dieser Vorhaben durch Vertreter aus Wirtschaft, Staat und Wissenschaft sei wünschenswert.

Herr Prof. Dr. Mohamed Fathi Sakr fügte in seiner abschließenden **Bewertung** hinzu, dass gerade bei der vielseitigen Diskussion eine Einigung auf Methodik und Terminologie der Untersuchungen wichtig sei. Die diskutierten finanzpolitischen Reformen müssten immer im Zusammenhang mit einer umfassenden Wirtschaftsreform gesehen werden. Er betonte, dass die Staatsverschuldung dabei eine wichtige Rolle spiele, man sich aber auf einheitliche Berechnungen einigen müsse, um eine internationale Vergleichbarkeit herzustellen. Im Bezug auf die Dezentralisierungstendenzen müsse auf eine starke zentrale Kontrolle geachtet werden, um Machtmissbrauch zu vermeiden und um die effiziente Koordination zwischen den Verwaltungsebenen zu gewährleisten. Er warnte weiterhin davor, dass der „willingness to pay“ Ansatz bei der Preisermittlung in Entwicklungsländern im Allgemeinen und in Ägypten im Besonderen, nur mit Vorsicht angewandt werden dürfe. Zudem seien weitergehende Studien auch zur Steuergleichheit, Wirtschaftssubventionierung und Staatsverschuldung notwendig, um die kritische Auseinandersetzung mit neuen Erkenntnissen und Blickwinkeln voranzutreiben. Als letzten Punkt betonte er nochmals die wichtige Einigung auf das vorrangige Ziel, das mit der staatlichen Steuerpolitik verfolgt werden soll, was im Laufe der Zeit immer wieder aufs Neue evaluiert und diskutiert werden müsse. Er gab zu bedenken, dass in keinem Falle ein gewisses Maß an sozialem Ausgleich verloren gehen dürfe. Dies sei auch bei der neu eingeführten Politik der Verfolgung eines bestimmten Inflationsziels von herausragender Bedeutung, da die Ärmsten unter Inflation am heftigsten zu leiden hätten. Prof. Sakr bedankte sich schließlich bei den Organisatoren der Konferenz sowie bei allen teilnehmenden Referenten für das gelungene und produktive Zusammenkommen. Für die geplante Veröffentlichung der Konferenzbeiträge forderte er die Teilnehmer zur Einsendung ihrer Beiträge auf.

11. Wertvorstellungen der Jugend im Wandel – Jugendforschung in Deutschland, Ägypten und der arabischen Welt

Veranstaltungsform: Seminar (150 Teilnehmer)
Partner: Goethe Institut Kairo/Alexandria (GI), Zentrum Moderner Orient (ZMO)
Zeit/Ort: 20. – 21. Juni 2005, Goethe Institut, Kairo (Downtown)
Sprache: Arabisch / Englisch (Simultanübersetzung)

Programmübersicht

Montag, 20. Juni 2005

Eröffnungssitzung

Herr Johannes Ebert, Leiter des Goethe Instituts Kairo (Downtown)
Frau Dr. Sonja Hegasy, Zentrum Moderner Orient (ZMO)
Herr Dr. Michael Lange, Landesbeauftragter der Konrad Adenauer Stiftung Ägypten
Herr Dr. Mohamed Abd Al-Aal, Vorsitzender Jugendabteilung, Ministerium für Jugend, Ägypten

1. Sitzung: Jugendforschung in Deutschland: Die 13. Shell Studie (Jugend 2000)

Leitung: **Herr Prof. Dr. Ali El-Hillal Dessouki**, ehemaliger Minister für Jugend, Ägypten
Herr Prof. Dr. Richard Münchmeier, Freie Universität in Berlin
„Die 13. Shell Studie“

2. Sitzung: Jugendforschung im Nahen Osten: Erkenntnisse und Grenzen I (Mashreq)

Leitung: **Frau Prof. Dr. Mona Abaza**, American University in Cairo (AUC)
Herr Prof. Dr. Bernard Sabella, Bethlehem University
„Demokratie in Palästina: Verhalten der Eltern und Kinder“
Herr Prof. Dr. Hans Oswald, Universität Potsdam
„Geschlechtsspezifische Unterschiede im politischen Interesse deutscher und palästinensischer Jugendlicher – Ergebnisse einer kulturübergreifenden Studie“
Frau Dipl. Psych. Anja Wollenberg, Wahlbeobachterin im Irak
„Nach dem Sturz Saddam Husseins: Orientierung und Motivation junger Erwachsener in Bagdad“

3. Sitzung: „Markt der Möglichkeiten“

Leitung: **Herr Dr. Thomas Hüsken**, Freie Universität Berlin
Frau Tabea Goldbloom, **Frau Sandra Göllnest**, **Frau Sarah Hartmann**, **Frau Frieda Köppe**, **Herr Nikolas Kosmatopoulos**, **Frau Katharina Lange** und **Frau Anne Schoenfeld**
„Urbane Jugend und Geschlechterrollen – sozialanthropologische Forschung in Kairo“

4. Sitzung: Jugendforschung im Nahen Osten: Erkenntnisse und Grenzen II (Maghreb)

Leitung: **Frau Dr. Elke Kaschl Mohni**, Goethe Institut Kairo
Frau Dr. Sonja Hegasy, Zentrum Moderner Orient
„Einstellungen zur Macht: 622 Einblicke in die Jugend Marokkos“
Herr Prof. Dr. Mokhtar El-Harras, Universität Rabat
„Marokkos Jugend angesichts neuer sozio-kultureller Herausforderungen“

Dienstag, 21. Juni 2005

5. Sitzung: Ägypten: Feldstudien I

Leitung: **Frau Prof. Dr. Salwa Gomaa**, Kairo Universität

Frau Prof. Dr. Sahar El-Tawila, Kairo Universität

„Methodologische Überlegungen hinsichtlich der Jugendforschung in Ägypten“

Herr Prof. Dr. Farag El-Kamel, Kairo Universität

„Dialog mit der Zukunft: Ergebnisse der Jugendforschung in drei Ägyptischen Gouvernoraten“

6. Sitzung: Ägypten: Feldstudien II

Leitung: **Frau Prof. Dr. Salwa Gomaa**, Kairo Universität

Herr Prof. Dr. Diaa Rashwan, Al Ahran Center for Political and Strategic Studies

„Untersuchung der Wertvorstellungen der Jugendlichen in Ägypten“

Frau Rania Salem, MSc, Wissenschaftlerin am „Population Council“

„Das Geschlechterverhalten Jugendlicher in ländlichen Gegenden Ägyptens: Ergebnisse einer Projektfor-
schung basierend auf aktiven Maßnahmen“

7. Sitzung: „Markt der Möglichkeiten“

Ulrike von Rücker, „Pioneers of Change“: „Die NGO Szene in Ägypten: ein Überblick“

AITAS (Herr Andreas Kecker), **Gudran** (Herr Sameh El-Hawany), **Nahdet Mahrousa** (Herr Muhammed Mungi), **Sustainable Development Association** (Herr Haythem Kamel)

„Jugend für die Jugend in Ägypten: vier ägyptische Organisationen mit innovativen Ansätzen stellen ihre Arbeit vor“

**8. Sitzung: Empfehlungen der Arbeitsgruppen: „Jugendforschung in Ägypten: Themen, Me-
thodik und praktische Umsetzung“**

Leitung: **Frau Dr. Sonja Hegasy**, Zentrum Moderner Orient

Herr Prof. Dr. Richard Münchmeier, Freie Universität Berlin

Herr Prof. Dr. Diaa Rashwan, Al Ahran Center for Political and Strategic Studies

Herr Ehaab Abdou, Vorsitzender der Nahdet Mahrousa Organisation

Frau Dr. Yasmine Wahba, Assistant Project Officer – Adolescence UNICEF

Frau Prof. Dr. Mona Abaza, American University in Cairo

Schlusssitzung:

Vorsitz: **Frau Dr. Sonja Hegasy**, Zentrum Moderner Orient (ZMO)

Herr Prof. Dr. Safei-Eddin Kharboush, Kairo Universität

Herr Ebert hieß die zahlreich im Goethe Institut zum zweitägigen Seminar erschienenen Gäste herzlich willkommen. Die Aufgabe des Goethe Instituts als Gastgeber des Seminars sei es, einen lebendigen kultu-
rellen Austausch, insbesondere unter Jugendlichen, zu ermöglichen und zu fördern. Er verwies auf die
vielen vorausgegangenen Aktivitäten in den Bereichen Kunst, Fortbildung und Medien. Dennoch sei das
Wissen über die Vorstellungen, Träume und Ängste speziell der jungen Generation, die in Ägypten einen
Großteil der Bevölkerung ausmacht, nicht ausreichend. Die aus diesem Seminar zu gewinnenden Erkennt-
nisse seien für alle, auch für die zukünftige Arbeit des Goethe Instituts, von herausragendem Wert. Er
bedankte sich abschließend bei den Mitveranstaltern für ihre tatkräftige Unterstützung.

Dr. Hegasy schloss sich den Dankesworten an und stellte kurz die Arbeit des 1996 gegründeten, unab-
hängigen „Zentrums Moderner Orient“ (ZMO) als Forum für Orientalisten vor.

Anschließend gab sie einen Einblick in die Entwicklung und die Bedeutung der Shell Studie, die ein sozial
und wissenschaftlich relevantes Bild der deutschen Jugend zeichne. Der Bereich der Jugendforschung
stecke in Ägypten noch in den Anfängen. Daher könne das erfolgreiche Beispiel der Shell Studie wertvolle
Anregungen und Tipps für zukünftige Untersuchungen der Jugend in Ägypten liefern. Um den Realitäts-
bezug zu gewährleisten, sei die Teilnahme deutscher und ägyptischer Jugendlicher als Experten in eigen-
er Sache an dem Seminar unerlässlich.

Nach der Begrüßung und einer kurzen Vorstellung der Arbeit der Konrad Adenauer Stiftung betonte **Dr. Lange** die Bedeutung die Jugend betreffender politischer Entscheidungen, da die in großer Zahl in den Arbeitsmarkt drängenden Jugendlichen einer unsicheren Zukunft entgegengingen. Kaum ein arabisches Land habe die Bedeutung dieses tief greifenden gesellschaftlichen Wandels erkannt und die entsprechenden Maßnahmen in Angriff genommen. Dieses Zusammenkommen hier in Ägypten sei ein erster, wichtiger Schritt, der einer zunehmenden Frustration der Jugendlichen entgegenwirke. Zusammen mit einem Mangel an Kommunikation zwischen den Generationen und Kulturen und an politischen Ausdrucksmöglichkeiten könne die Situation zu einer Radikalisierung der Jugend, besonders in Hinblick auf islamistisches Gedankengut, führen. Er unterstrich die Notwendigkeit eines neuen Sozialvertrages zwischen Staat und Jugend, in dessen Zentrum die Bildung stehen müsse. Die Wertvorstellungen und Ansichten der Jugendlichen müssten in der Gestaltung einer jugendgerechten Politik berücksichtigt werden. Dazu müssten diese aber zunächst zugänglich gemacht werden, um Aufmerksamkeit in der Gesellschaft zu finden. Er freue sich daher auf einen konstruktiven, offenen Dialog mit Forschern, Regierungsvertretern und Jugendlichen, der zu diesem Ziel beitragen solle.

Als Vertreter des Ministers für Jugend begrüßte **Dr. Abd El-Aal** die Seminarteilnehmer und hob die Bedeutung einer Politik, die den Vorstellungen und Ansprüche der Jugend gerecht werde hervor. Er sagte weiter, dass das Ministerium stets nach dem Prinzip handle, Jugendliche aktiv in den Entscheidungsprozess einzubeziehen und auf diese Weise ihren Wünschen gerecht zu werden. Das Ministerium plane in diesem Zusammenhang die Einrichtung eines „National Youth Council“, der eine Vielzahl von Meinungen zusammenführen solle und so die Ministeriumsarbeit erleichtern könne. Auch würden nichtstaatliche Einrichtungen wie die verschiedenen deutschen politischen Stiftungen in den Prozess einbezogen. Die Konferenz könne als bedeutender Leitfaden für zukünftige Entscheidungen dienen.

Prof. Dr. Münchmeier stellte in seinem Vortrag die 13. Shell Studie vor, die auf Grund ihrer weitreichenden Tradition besonderes Ansehen in wissenschaftlichen Kreisen, aber auch in der Öffentlichkeit und der Politik genieße. Da die empirischen Studien bereits über den Zeitraum von 50 Jahren erhoben werden, sei die Aussagekraft im Hinblick auf den Wandel der Wertvorstellungen der Jugendlichen besonders hoch. Die quantitative Erhebungsmethode durch Interviews, Umfragen und Gruppendiskussionen liefere ein repräsentatives Bild der in Deutschland lebenden Jugend bezüglich spezifischer Probleme wie Zukunftsängste (Arbeitslosigkeit, Drogenkonsum und persönliche Beziehungen) und der Unterschiede der sozialen Hintergründe. Anhand der Ergebnisse der Shell Studie konnten im weiteren Verlauf des Seminars Unterschiede in den Wertvorstellungen der Jugendlichen in Deutschland und verschiedenen Ländern des arabischen Raumes betreffend der Rolle der Familien und Geschlechterrollen, der Religion und der sich bietenden Berufschancen weiter verfolgt werden.

Obwohl die Studie von Shell großzügig finanziert sei, sei die wissenschaftliche Unabhängigkeit gewährleistet und die Jugend stehe als Nutznießer der Studie im Vordergrund.

Prof. Dr. Dessouki erweiterte die Vorstellung um einige allgemeine soziologische Überlegungen. So stellten unterschiedlichen Autoritäten für Jugendliche aus verschiedenen Kulturen und verschiedenen sozialen Schichten die relevanten Bezugspunkte in ihrer Entwicklung dar. Dabei stünden der politischen Autorität diejenige von Familie, gesellschaftlicher religiöser Überzeugung und Freundeskreis gegenüber.

Auf Grund dieser, den jeweiligen Kulturkreisen angepassten Autoritäten sei eine Übernahme des methodologischen Ansatzes der Shell Studie für den arabischen Raum nicht sinnvoll, auch wenn der Bezug der Jugendlichen zu den Autoritäten durch die modernen Kommunikationsmöglichkeiten nicht mehr auf ein Informationsmonopol selber beschränkt sei, sondern sich sehr schnell wandle.

Die handlungsanleitende Rolle der Religion müsse beispielsweise im Rahmen der arabischen Vorstellungen deutlich höher bewertet werden, da sich diese auf alle anderen Normen und Werten der muslimischen Gesellschaften auswirkten.

Zahlreiche ägyptische Studien hätten außerdem die Situationen der Jugendlichen bereits untersucht.

Dem schloss sich eine **Diskussionsrunde** an, in der Teilnehmer kritisierten, dass ebendiese Studien in Ägypten nicht für die Öffentlichkeit zugänglich seien. Dem gegenüber vertraten zahlreiche Diskussions Teilnehmer, dass es nicht genügend verwertbare Daten über die Situation der Jugendlichen in Ägypten gebe.

Die Frage nach der tatsächlichen Umsetzung der Forschungsergebnisse in Politik blieb allerdings unbeantwortet, Prof. Dr. Münchmeier betonte aber, dass durch die öffentliche Präsentation der Studie in der

Bundespressekonferenz ein gesellschaftlicher Druck auf die Regierung entstehen könne, der eine Implementierung von politischen Maßnahmen erzwingen könne.

Weiter setzte er die Diskussion in dem aktuellen Rahmen der Globalisierung, in dem zwar die Wertestruktur zunehmend komplexer werde, aber effektiv nur eine partielle Modernisierungswelle von statten gehe. Es veränderten sich zwar die gedanklichen Wertmuster, im Handeln der Menschen schlage sich dies aber kaum nieder.

Der größte Teil der Diskussionsteilnehmer vertrat ebenfalls die Auffassung, dass Jugendstudien an die kulturellen Umstände angepasst werden müssten.

Unter dem Vorsitz von **Prof. Dr. Abaza** stellte **Prof. Dr. Sabella** die Ergebnisse seiner in Kooperation mit der Deutschen Forschungsgemeinschaft durchgeführte Studie über die Haltung der palästinensischen Erwachsenen und Jugendlichen zu demokratischen Entscheidungsprozessen vor. Von besonderem Interesse seien dabei die gegenseitige Beeinflussung der Jugendlichen und ihre Eltern in Hinblick auf politische Themen. Die Familie als Ganzes sei somit essentiell beteiligt an der politischen Sozialisierung der Jugendlichen, was den bisherigen Lehrmeinungen widerspreche, dass hauptsächlich der Vater als Vermittler dieser Vorstellungen fungiert. Mit der Intifada hätten sich gar die Vorstellungen der Jugend gegen diejenigen der Elterngeneration durchgesetzt.

Die Untersuchungsvariablen waren dabei zum einen der Familienzusammenhalt und Häufigkeit von innerfamiliären Gesprächen über Politik. Familien mit starken Bindungen zwischen den Familienmitgliedern und zahlreichen politischen Diskussionen weisen laut der Studie eine höhere Vermittlung von Wertvorstellungen und politischen Orientierungen auf. Andererseits spielten die geschlechtsspezifischen Bindungsmuster eine entscheidende Rolle in diesem Prozess.

Seine Forschungsergebnisse interpretierend forderte Sabella, dass die palästinensischen Entscheidungsträger ihre demokratische politische Agenda unabhängig von den asymmetrischen internationalen Machtverhältnissen und den regionalen Konflikten zügig abarbeiten müssten, sollten die Erwartungen der Bevölkerung an die Demokratie erfüllt werden.

Eine ähnliche Untersuchung stellte **Prof. Dr. Oswald** vor, der die geschlechtsspezifischen Unterschiede deutscher und palästinensischer Jugendlicher hinsichtlich ihres politischen Interesses untersuchte. Bisher sei die Forschung auf Grund einer „one-item“-Befragung (Politik als ein Komplex) davon ausgegangen, dass männliche Heranwachsende ein stärkeres politisches Interesse aufweisen als weibliche. Durch die Aufspaltung der Politik in verschiedene Themenbereiche in den repräsentativen Studie zu Grunde liegenden Fragebögen zeigte Prof. Dr. Oswald jedoch auf, dass dies nur für bestimmte Bereiche zutreffend sei, in anderen gar umgekehrte Verhältnisse zu konstatieren seien. Die größten Unterschiede zeigten sich in Fragen der Gesundheits- und Entwicklungspolitik, für die weibliche Jugendliche ein deutlich höheres Interesse kund taten als ihre männlichen Altergenossen, Gegenteiliges gelte für „front-page politics“.

Frau Anja Wollenberg beschäftigte sich ihrerseits im Rahmen einer Medienkooperation (Rundfunkprogramme deutscher, palästinensischer und irakischer Jugendlicher) mit der Frage in wie weit sich das Leben im Irak nach dem Fall Saddam Husseins geändert hat, welche Faktoren dabei vor allem für die junge Bevölkerung eine Rolle spielen, und welche Motivationsgründe und Interessen ihre Entscheidungen mitbestimmen. In einer auf 29 Interviews basierende, qualitative Untersuchung stellte sie fest, dass die Mehrheit der Befragten durchaus positive Zukunftsperspektiven hätten und sich vornehmlich auf ihre eigenen Anstrengungen und Fähigkeiten verließen. Dies gehe einher mit einer größeren Distanz und einem generellen hohen Maß an Misstrauen zwischen Staat und Bevölkerung. Dabei müsse jedoch beachtet werden, dass die Ergebnisse keinen repräsentativen Charakter besäßen.

In der sich anschließenden **Diskussion** stellte sich die Frage nach der Bewertung der Politiker und nach der Diskrepanz in der Wahrnehmung deren Rhetorik und der tatsächlich umgesetzten Politik im Vergleich Deutschlands und Palästinas. Dr. Sabella erläuterte, dass er in seinen Untersuchungen nicht auf die Unterschiede der Jugendlichen an sich eingehen wollte, sondern lediglich die Veränderungen in der Intensität und Ursächlichkeit des politischen Engagements der Jugendlichen evaluieren wollte. Ein Vergleich Deutschlands und Palästinas im Hinblick auf die Wahrnehmung der Demokratie sei fragwürdig, da durch den lang anhaltenden israelisch-palästinensischen Konflikt diese grundsätzlich einen anderen Stellenwert habe.

Ein Teilnehmer nahm Stellung zu den Ausführungen Frau Wollenbergs und hinterfragte die Interessen der Deutschen bei einer solchen, unterstellt eigennützigen Einflussnahme im Irak. Frau Wollenberg versicher-

te, dass der Inhalt der Radiosendungen von irakischen Journalisten erarbeitet werde und dass das Interesse der deutschen Mitarbeiter bei einer solchen Zusammenarbeit rein auf dem Streben nach einer pluralistischeren Meinungsdarstellung und auf der Förderung des politischen Bewusstseins im Irak beruhe.

Die dritte Sitzung wurde von Studierenden der Freien Universität Berlin gestaltet. In Feldstudien in Kairo, die von **Dr. Hüsken** betreut wurden, setzten sie sich in qualitativen Sozialstudien mit dem städtischen Leben in Kairo auseinander. In persönlichen Begegnungen mit jungen Ägyptern aus allen Gesellschaftsschichten untersuchten sie den Wandel der Werte- und Moralvorstellungen sowie sozialer Praktiken junger Menschen, insbesondere junger Frauen, in Kairo. Die Studien stellten für das junge Forscherteam nicht nur eine wissenschaftliche Herausforderung dar, sondern boten auch einen hautnahen, interkulturellen Austausch.

Nicolas Kosmatopoulos machte die zahlreichen Kaufhäuser (Shopping malls) als öffentlichen Raum und Arbeitsplatz zum Gegenstand seiner Studie. Darin beleuchtete er das Verhalten privilegierter und unterprivilegierter Konsumenten und Angestellter vor dem Hintergrund einer sich weltweit verbreitenden Vorstellung der Modernität und ihrer lokalen Projektion. Im Umfeld des Massenkonsums würden die konfligierenden Arbeits- und Konsumprozesse, die Dynamik von Identität und Identifikation und die Diskrepanz von Möglichkeiten und Einschränkungen zwischen den Jugendlichen aus verschiedenen sozialen Schichten offenbar.

Frieda Koepp lebte für den Zeitraum von drei Monaten in einem Haushalt in Al-Nahda, einer ärmeren Gegend außerhalb Kairo und porträtierte das alltägliche Leben von Frauen in dieser Gegend. Finanzielle Probleme, das Fehlen staatlicher Unterstützung und besonders die Willkür und Gewaltbereitschaft der Männer stellen eine alltägliche Missachtung der Frau dar. Nichtsdestotrotz konnte ein erstaunliches Maß an Einfallsreichtum, Willenskraft und Cleverness der Frauen aus armen Verhältnissen in ihrem Streben nach Sicherheit und einer besseren Zukunft für ihre Kinder festgestellt werden. Netzwerke aus Familie und Freunden in diesen urbanisierten Dörfern sind wichtige Faktoren, die helfen, mit den genannten Schwierigkeiten umzugehen.

Kulturelle, politische und sozioökonomische Herausforderungen interkultureller Beziehungen zwischen jungen Ägyptern und Europäern waren **Anne Schoenfelds** Forschungsgegenstand. Sie konzentrierte sich auf Vorstellungen, Erfahrungen und Persönlichkeiten der Jugendlichen aus der Mittelklasse und Oberschicht Kairo. Dabei bot sich ein interessanter und greifbarer Einblick in die Verhaltensweisen und Kommunikationsschwierigkeiten kulturell gemischter Beziehungen vor dem Hintergrund der Globalisierung.

Sarah Hartmann nahm ein in der ägyptischen Öffentlichkeit heftig umstrittenes Phänomen in Angriff. Die Mängel und Probleme des staatlichen Bildungssystems haben zu einer enormen Zunahme privaten Nachhilfeunterrichts geführt, deren Kosten die finanzielle Situation vieler Haushalte stark belasten. Durch Teilnahme an der täglichen Routine von Schülern sowie Lehrern in ärmeren Gegenden Kairo war es ihr möglich, mit besonderem Augenmerk auf die Situation von Mädchen und junger Frauen, die Bildungsziele und Zukunftshoffnungen der Betroffenen eingehend unter die Lupe zu nehmen. Die Studie schließt auch die Perspektive der Lehrer mit ein, die auf dem Wege der privaten Nachhilfe ihr mageres Einkommen aufzubessern versuchen und die derjenigen, die Bildung kommerziell vermarkten.

Daran schloss sich der Beitrag **Katja Hintz'** an, der die sich verschlechternde Qualität des ägyptischen Bildungssystems und die unbefriedigende Arbeitsmarktsituation als ernstes Problem für Universitätsabgänger erhellte. Im Mittelpunkt standen dabei die Ansichten, Vorstellungen und Strategien der jungen Menschen in einem zunehmend unsicheren sozioökonomischen, politischen und kulturellen Umfeld. Der Widerspruch von Wille zur Teilhabe einerseits und dem Misstrauen gegenüber der Zukunft andererseits sind die Eckpfeiler ihrer Fallstudie.

Tabea Goldboom betrachtete die Problematik der Jugendarbeitslosigkeit besonders unter jungen Frauen in der Altstadt Kairo. Die Studie handelt von Berufstätigkeit und Arbeitslosigkeit im formellen und informellen Sektor der Wirtschaft und versucht Möglichkeiten, Einschränkungen und Wünsche der Frauen diesbezüglich zu erforschen. Dabei hätte diese Gruppe nicht nur mit einem überlasteten Arbeitsmarkt, sondern auch mit moralischen Zwängen und patriarchalischen Strukturen zu kämpfen, die ihnen bessere Zukunftsaussichten zusätzlich erschwerten.

Katharina Langs Studie über die Berufsausbildung betrachtet die Entwicklungshindernisse Ägyptens auf Grund des Mangels an qualifizierten Arbeitskräften. Sie identifiziert die weit verbreitete sozioökonomische Praktik, bei der die existierenden Formen der Berufsausbildung selten die Ansprüche der jungen Arbeitssuchenden erfüllen. Besonders in armen Gegenden obliegt die Ausbildung den familiären Kleinbetrieben des informellen Wirtschaftssektors, was zu uneinheitlichen Standards und Kinderarbeit, Ausbeutung und willkürlichen Arbeitsverhältnissen während der Ausbildung führt. Die Studie geht auch auf die Rolle und Maßnahmen der Hilfsorganisationen und NGOs ein.

Sandra Göllnests Analyse setzt sich nicht nur mit dem Zustand der Gesundheitsversorgung in Manshiet Nasr, Kairo, sondern auch mit dem kulturellen Gesundheitsverständnis und dem Vertrauensproblem zwischen Patient und Behandelnden auseinander. Sie setzt sich darüber hinaus mit patriarchalischen Geschlechterverhältnissen und Moralvorstellungen auseinander, die nicht nur den Zugang der Frauen zum Gesundheitswesen beschränkten, sondern auch kulturelle Tabus in Bezug auf den weiblichen Körper beinhalten.

Die Kommentare der folgenden **Diskussionsrunde** kritisierten, dass sämtliche Untersuchungen der deutschen Studentengruppe den entscheidenden Faktor des autoritären Staates vernachlässigt hätten. Weiter wurde der eindimensionale Charakter des Projektes kritisiert und eine Einbeziehung ägyptischer Studenten in den Forschungsprozess gefordert. Dies wurde aber von den Vertretern der Freien Universität zurückgewiesen, da dies versucht worden sei, aber auf Grund bürokratischer und politischer Hindernisse auf Seiten der ägyptischen Behörden gescheitert sei.

Die Vorsitzende **Dr. Kaschl Mohni** begrüßte die Teilnehmer zur vierten Sitzung, die **Dr. Hegasy** mit der Präsentation ihrer Forschungsergebnisse bezüglich des Verhältnisses junger marokkanischer Menschen zu Macht begann. Ihre Untersuchung stütze sich auf eine Befragung 622 junger Marokkaner im Alter von 18 – 35 Jahren in Form von Interviews und Fragebögen und untersuchte die sich wandelnde Haltung zu dem jungen König Mohammed VI. Die Studie schuf Parallelen zu dessen Vorgänger Hassan II. und beachtete dabei auch weitere Faktoren wie Herkunft, Bildung, Mobilität und Medienbenutzung der Befragten. Dr. Hegasy merkte an, dass ihre Ergebnisse nur teilweise repräsentativ seien. Sie sei in ihren Untersuchungen sowohl quantitativ als auch qualitativ vorgegangen.

Es sei zu beobachten, dass Mohammed VI. seine Legitimation vermehrt rational begründe und sich zunehmend von einer patriarchalischen und autoritären Herrschaft abwende. Die Studie hinterfragte die Vereinbarkeit der Rollen des Monarchen als oberste religiöse Autorität und höchste politische Instanz im Staat mit der Rolle des bei der modernen, mittelständischen Jugend beliebten Idols in Zeiten der Globalisierung. Die Loyalität der marokkanischen Bevölkerung zu ihrem König habe viele Ursachen, die man als Teil des sozialen Änderungsprozesses betrachten müsse. Gleichzeitig ließe sich in der Tat eine Zunahme der Popularität des jungen Monarchen feststellen. Besonders bei der weiblichen Bevölkerung genieße Mohammed VI großes Ansehen.

Ebenfalls um die im Wandel befindlichen Wertvorstellungen der marokkanischen Jugend drehte sich die Präsentation **Prof. Dr. El-Harras'**, der die rapiden Veränderungen in den Werte- und Moralvorstellungen unter den Studenten des Landes untersuchte. Die traditionellen Identifikationsmodelle hätten sich demnach überlebt, da die Elterngeneration auf Grund ihrer meist schlechteren Bildung und ihres Konservatismus ihre Attraktivität für die Heranwachsenden verloren hätten. Sie spielten keine Rolle mehr als Wissensvermittler oder moralische und religiöse Autorität. Die Normen und Werte der vorherigen Generation verlören in einem zunehmend experimentellen Umfeld ihre Gültigkeit. Dennoch spiele die Familie weiterhin eine zentrale Rolle im Leben der marokkanischen Jugend, da die vertrauten und stabilen Strukturen Gespräche über intime persönliche Wünsche und Erfahrungen erlaubten.

Über Fragebögen konnte Dr. El-Harras insbesondere die identitätsstiftende Rolle der Religion für Jugendliche in diesem unstrukturierten Umfeld herausarbeiten.

Diese Untersuchungsergebnisse führten zu einer lebendigen **Diskussion** unter den Teilnehmern des Workshops. Die Frage nach der Identifikation der Bevölkerung mit ihrem König müsse nach Altersgruppen unterschieden werden, ebenso wie die Zustimmung zu Persönlichkeit und Politik durchaus unterschiedlich zu bewerten sei.

Darüber hinaus wurden einige widersprüchliche Ergebnisse der Studie El-Harras' eingehender diskutiert. So sei kaum verständlich, wie die Bevölkerung Marokkos als religiös bezeichnet werden könne, gleichzeitig aber mehr als 90% der Frauen eine Beschäftigung anstrebten, was dem Islam nach Meinung der

Wortmeldung widerspreche. Schließlich wurde noch angemerkt, dass der Migrationswunsch, den viele junge Marokkaner hegten, in der Studie überhaupt nicht untersucht worden sei.

Prof. Dr. Gomaa eröffnete den zweiten Tag des Workshops mit einer kurzen Vorstellung der Referenten der ersten Sitzung und erläuterte kurz deren Untersuchungsgegenstände.

Prof. Dr. El-Tawila stellte im Zusammenhang mit den Bemühungen aussagekräftige Jugendforschung zu betreiben, methodologische Überlegungen vor. Sie beschrieb dabei das Vorgehen und die Schwierigkeiten, die sich bei vergangenen Forschungsunternehmungen gezeigt hätten. Sie bezog sich auf die in den Jahren 1997 und 2000 in Ägypten durchgeführten nationalen Umfragen, in deren Mittelpunkt sich die Probleme der Jugendlichen im Übergang zum Erwachsenenalter und die Hintergründe der Eheschließung und Familiengründung befanden. Mehrere Einrichtungen wie die Universität von Alexandria, die American University in Cairo, die medizinische Fakultät der Assiut Universität und der Population Council (Regional Office) hätten die Studie unterstützt. Das Hauptziel der beiden Untersuchungen sei es gewesen, ein umfassendes, repräsentatives Profil der ägyptischen Jugend zu erstellen, das Bildung, Arbeitssituation, Gesundheitsstand und Einstellungen zur Ehe und Familie der Befragten integrierte. Die hohe Mobilitäts- und die schwankende Rücklaufquote unter den Teilnehmern der befragungen seien ein grundsätzliches Problem einer nationalen Erhebung in Ägypten.

Die dringendsten Probleme der ägyptischen Jugend, wie sie sich in einer repräsentativ in verschiedenen Governoren Ägyptens erhobenen Studie abzeichneten, stellte **Prof. Dr. Farag El-Kamel** vor. Dabei wurden in Gruppendiskussionen im Nildelta, dem Ballungsraum Kairo und einer ländlichen Region in Oberägypten die Interaktionsmuster der Jugendlichen gegenüber Eltern, Lehrern und der „peer-group“ eingehend untersucht. Dabei habe sich herausgestellt, dass die Kommunikation zwischen Eltern und den heranwachsend auf Themen wie Schule und Berufsaussichten beschränkt oder auf Grund mangelnden Vertrauens zwischen den Generationen völlig eingestellt sei. Themen wie Sexualität seien tabu und könnten nur mit fragwürdigen Informationen innerhalb des Freundeskreises diskutiert werden. Insgesamt böte sich für männliche Vertreter dieser Altersgruppe aber ein positiveres Bild mit reicheren Möglichkeiten der Entwicklung, junge Frauen hingegen besäßen häufig Minderwertigkeitskomplexe, die sich aus den traditionellen Rollenverständnissen und deren Perpetuierung ergäben.

Außerdem ergab die Studie, dass Drogenkonsum ein ernst zu nehmendes Phänomen unter Jugendlichen darstelle, da insbesondere Marihuana und Missbrauch von legalen Medikamenten eine weit verbreitete Erscheinung seien.

Die folgende **Diskussion** warf die wichtige Frage auf, welchen Ersatz sich Jugendliche schaffen würden, um die meist unzureichenden Kommunikationsmöglichkeiten mit der Elterngeneration zu kompensieren und welche Rolle dabei neue Kommunikationsmittel wie das Internet und Satellitenfernsehen spielten.

Für alle vorgelegten Studien wurden die Erhebungsmethoden kritisiert, da man sich nur schwerlich auf Informationen verlassen könne, die von Jugendlichen stammten und, so die Diskussionsteilnehmer, vieles gegenüber den Wissenschaftlern verheimlichen würden. Außerdem wurde wiederholt Kritik an der undeutlichen Begründung der gewählten Befragungssamples und –methoden geäußert, was die wissenschaftliche Fundierung der Studien untergrabe.

Dies wurde von den Referenten mit gesellschaftlichen Zwängen und stets gegebenen Einschränkungen bei Untersuchungen in diesem Bereich erklärt. Dennoch seien die so erhaltenen Ergebnisse wertvoll und in jedem Falle besser, als gänzlich davon abzusehen, Jugendstudien durchzuführen.

In seinem Beitrag stellte **Dr. Rashwan** die Ergebnisse seiner Untersuchung über die politische Partizipation Jugendlicher vor. Bemerkenswerterweise stünden dabei weniger nationale politische Fragestellungen im Vordergrund, sondern deutlich stärker internationale Probleme. Er bezeichnete in diesem Zusammenhang den letzten Krieg im Irak und die palästinensische Intifada als ursächliche Ereignisse. Im Laufe der Zeit habe sich aber auch zunehmend ein Interesse an nationalen Problemen entwickelt, wie sich bei mehr und mehr Demonstrationen zeige und die langsame Rückkehr der Jugend in die politische Arena erlaube. Allerdings gebe es ein zweigeteiltes Agitationsumfeld, einerseits dominiert von islamistischen Organisationen, die eine besondere Attraktivität für Jugendlichen aufwiesen, andererseits die liberaleren Bewegungen wie die gemischte Protestgruppe „Kefaya“, die trotz ihrer schwachen Programmatik eine erstaunliche Anziehungskraft besäße. Der Zulauf bei diesen staatlich nicht anerkannten Organisationen sei zu einem großen Teil den starren Strukturen und den hierarchischen Ordnungen innerhalb der etablierten Parteien geschultert, die daher zunehmend vergreisen.

Frau Salem beschrieb in ihrem Vortrag die Bemühungen des Population Council, das restriktive Geschlechterverhalten in ländlichen Gegenden Ägyptens zum positiven zu verändern und beschrieb die Ergebnisse eines auf Maßnahmen und Interventionen basierenden Projektes (Ishraq Projekt) in mehreren ägyptischen Dörfern. Die in den Zeitraum von 2001 – 2004 gesammelten Daten würden Aufschluss geben darüber, welche geschlechterspezifischen Normen das Leben der jungen Frauen beeinflussen und ob und wie man diese festgefahrenen Ansichten durch Interventionsprogramme verändern könne. Erstaunlich an den Ergebnissen sei, dass der Bildungsstand der in den Programmen Betreuten nicht unbedingt relevant sei. Es sei vielmehr wichtiger, die jungen Frauen über ihre Rechte und ihre Situation aufzuklären, den Analphabetismus zu bekämpfen und eine sichere Stellung in der Gesellschaft und der Familie zu schaffen. Als Indikatoren bei der vergleichenden Befragung sowohl teilnehmender als auch nicht teilnehmender Frauen dienten deren Aussagen über frühe Heirat, weibliche Genitalverstümmelung und körperliche Gewalt. Die Verhaltensmuster hinter diesen Indikatoren böten Aufschluss über die persönlichen Ansichten der jungen Frauen, doch noch vielmehr über die der Eltern, die oft hinter diesen Praktiken stünden. Trotz einiger Bemühungen, sei die ländliche Bevölkerung weiterhin eine zu wenig beachtete Bevölkerungsgruppe, die kontinuierlich die geringsten Raten an Schulbesuchen, eine äußerst schlechte allgemeine gesundheitliche Situation und verschiedene Ausprägungen der sozialen Ausgrenzung aufwies. Die Referentin resümierte, dass – obwohl das genannte Ishraq Programm ein sehr junges Projekt sei, um die Lage der Landbevölkerung durch Aufklärung und Bildung zu verbessern und es methodologisch noch verfeinert werden müsse - bereits bescheidene Erfolge aufweisen könne.

Die die Sitzung abschließende **Diskussion** wurde durch die Frage der Vorsitzenden **Prof. Dr. Gomaa** eingeleitet, weshalb Bildung, im Gegensatz zu den Untersuchungsergebnissen des vorangegangenen Beitrags, von der UNO als Maß für die Stärkung der Frauen angeführt werde. Frau Salem erklärte dazu, dass die Bedeutung der Bildung darin läge, dass tatsächlich ein Großteil der an den Interventionen teilnehmenden Frauen bereits grundlegende Schulbildung erfahren hätten und ihre Bereitschaft zu den Projekten größer sei als diejenige der Frauen mit keiner oder sehr geringer Ausbildung. Bei den Resultaten der Interventionsprogramme müsse man sich jedoch eingestehen, dass der Faktor Bildung hinsichtlich der drei oben genannten Indikatoren irrelevant sei, da die überkommene staatliche Bildung traditionelle Rollenmuster eher bestärke. Daraufhin kam die Frage nach der Reaktion der männlichen Dorfbevölkerung auf und ob diese in die Projektarbeit integriert worden wäre, da nur so die Nachhaltigkeit des Wandels der Rolle der Frauen in der Gesellschaft erreicht werden könne. Frau Salem gab zu, dass die Versuche der Integration nicht ausreichend seien und es teilweise zu einer Verschärfung der Geschlechterkonflikte durch die Interventionsprogramme komme.

Weiterhin wurde die Frage nach der Orientierung der politischen Aktivität der Jugendlichen im Hinblick auf Außen- oder Innenpolitik erörtert, wobei einige Teilnehmer die Ansicht vertraten, dass die Jugendlichen durchaus mehr Interesse an außenpolitischen Themen hätten, weil sie aufgrund ihres mehr abstrakten Charakters anziehendere Wirkung hätten. Dies sei damit zu begründen, dass eine Auseinandersetzung mit der politischen Realität in Ägypten oft wegen einer allgemeinen Verdrossenheit nicht stattfinde. Dieser Zusammenhang liefere mögliche Antworten auf eine sich radikalisierende, religiös-politische Orientierung, wie sie beispielsweise die Muslimbrüder darstellten. So würden komplexe politisch-ökonomische Konflikte, wie der Irak-Krieg, mit vereinfachenden, religiös motivierten Parolen einflussreicher islamistischer Gruppierungen den Jugendlichen nahe gebracht und trügen so zu einer Mobilisierung der jungen Massen bei.

Anschließend wurden die Teilnehmer in die Galerie des Goethe Instituts eingeladen, wo sich mehrere Jugendorganisationen aus Kairo und Alexandria präsentierten. **Ulrike von Racker** von den „**Pioneers of Change**“ gab zunächst einen Überblick über die allgemeine Situation der NGOs in Ägypten vor dem Hintergrund des NGO Gesetzes von 2002/03, das die Arbeit vieler nicht-staatlicher Organisationen auf eine unsichere rechtliche Basis stellte. Sie erläuterte die Aufgaben und die Schwierigkeiten der Organisationen und stellte klar, dass – obwohl diese laut Gesetz lediglich die Regierungsarbeit ergänzend unterstützen dürften – sie tatsächlich aber von essentieller Bedeutung für das Angebot sozialer Hilfsleistungen in Ägypten seien.

Die Vertreter der Organisation **AITAS** (Andalus Institute for Tolerance and Anti-Violence Studies), die die Vorstellungsrunde eröffneten, erläuterten ihre Zielsetzung als Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements durch Freiwilligenprogramme und Dialogprojekte zwischen ägyptischen und europäischen Jugendlichen. Darüber hinaus strebt die Organisation eine Pressebeobachtung im Vorfeld der anstehenden Parla-

ments- und Präsidentschaftswahlen an, um so die Chancengleichheit der Kandidaten und Parteien evaluieren zu können.

Die Künstlergruppe **Gudran**, in der sich Maler, Bildhauer, Filmemacher, Grafiker und Musiker zusammengefunden haben, arbeitet vornehmlich in einem kleinen Fischerdorf in der Nähe Alexandrias. Es wird versucht, der dortigen Bevölkerungen in Zeiten des Niedergangs der Fischerei Perspektiven zu bieten, ihre erodierenden Traditionen zu bewahren und Wege zu einer nachhaltigen Entwicklung aufzuzeigen. Diese Arbeit wird insbesondere durch künstlerische Angebote geleistet, die ein Selbstbewusstsein der Gemeinde schaffen sollen.

Nahdet El Mahrousa bietet jungen engagierten Ägyptern Fortbildungsprogramme an, die es ihnen ermöglichen sollen zivilgesellschaftliche Projekte zu initiieren. Unterstützt werden die Jugendlichen durch Netzwerke, die ihnen die Akquirierung von Ressourcen erleichtern und ihnen eine Plattform für ihre Arbeit und deren öffentlichkeitswirksame Darstellung bieten. Darüber hinaus werden Fortbildungsprogramme angeboten, die die NGO-Mitarbeiter in die Lage versetzen sollen, am politischen Diskurs Ägyptens effektiv teilzunehmen.

Die letzte Gruppe, die sich im Rahmen der Vorstellungsrunde präsentierte, war die „**Sustainable Development Association**“ (**SDA**). Diese Organisation implementiert für verschiedene internationale und lokale Geberorganisationen Programme, die eine Interaktion der staatlichen und nicht-staatlichen Akteure ermöglichen sollen und dabei insbesondere die junge Generation einbeziehen sollen, um deren Ideen und Vorstellungen in den politischen Prozess einzuspeisen. Konkret wird dies durch Workshops zu verschiedenen Themen, Stipendienprogramme, Bildungsangebote und Angebote zu Freiwilligenarbeit umgesetzt.

Im die Konferenz beschließenden Panel unter Vorsitz von **Dr. Hegasy** fasste **Prof. Dr. Münchmeier** die wichtigsten erarbeiteten Ergebnisse zusammen. Es sei klar geworden, dass ein Bedarf an fundierten Daten über die Bedürfnisse und Vorstellungen der Jugendlichen in Ägypten bestehe, um zukünftig politische Entscheidungen auch effektiv daran ausrichten zu können. Diese Erkenntnis könne ein Beweggrund für die Etablierung einer langfristig angelegten Jugendstudie für Ägypten sein, ihm sei aber durch die Präsentation der arabischen Workshopteilnehmer deutlich geworden, dass eine direkte Übertragung der Shell Studie in die arabische Welt kaum Sinn machen könne. Daher plädierte er für einen differenzierten Ansatz mit einer langfristigen rudimentären Erhebung der wichtigsten Daten, die durch spezialisierte Untersuchungen zu spezifischen Themenkomplexen, die der diversen gesellschaftlichen Struktur Ägyptens gerecht würden, ergänzt werden könne. Er betonte weiter, dass ein objektiv-normativer Ansatz in jedem Falle durch subjektive Forschungsdesigns komplementiert werden müsse, da sonst die Gefahr bestehe, nur eine Evaluierung des Entsprechungsgrades mit von vorn herein gegebenen Zielsetzungen zu erreichen. In diesem Zusammenhang betonte er die Bedeutung wissenschaftlicher Unabhängigkeit und das Problem der mangelnden politischen und gesellschaftlichen Unterstützung solcher Forschungsprojekte.

Den letzt genannten Punkt hob auch **Prof. Dr. Abaza** hervor, die diese Problematik insbesondere der qualitativen Untersuchungsansätze weiter ausführte. In den 60er Jahren sei die Forschung an den Staat gebunden gewesen und habe sich erst in den letzten Jahren teilweise aus diesem Griff lösen können. Dabei sei aber keine Unabhängigkeit der Forschung erreicht worden, sondern nur eine Verschiebung der Forschungs-Stakeholder vom Staat zu verschiedenen privaten Akteuren erfolgt. Um den Mangel an fundierten qualitativen Studien zu beheben sei der Verzicht des Staates auf Kontrolle der Wissenschaft notwendig und die Regierungseinrichtungen sollten sich auf die von ihnen geleistete quantitative Datenerhebung beschränken, bei der politische Interessen weniger bedeutend seien.

Dr. Rashwan schloss sich Herrn Prof. Münchmeier an und unterstrich, dass Ägypten in seinen Untersuchungen auf die individuellen, landesspezifischen Hindernisse eingehen müsse. Darüber hinaus sei es wichtig staatliche, öffentliche und auch unkonventionelle Quellen in die Informationsakquirierung einzubeziehen. Hierbei sei die Zusammenarbeit ägyptischer und ausländischer Einrichtungen besonders wünschenswert.

Herr Abdou ergänzte Prof. Dr. Münchmeiers Anregungen, die Forschungsarbeit durch Schaffung mehrerer Gremien noch effektiver zu machen und nannte mögliche Ansätze. Einer unabhängigen, neu einzurichtenden und finanziell eigenständigen Einrichtung der Sozialforschung stünde die Wiederbelebung eines bereits existierenden Instituts gegenüber. In jedem Falle aber müsse mehr Gewicht auf der Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Zentren und Disziplinen der Sozialforschung liegen.

Bei all diesen Überlegungen, gab **Frau Wahba** zu Bedenken, sei die Beteiligung und Mitarbeit der Jugendlichen essentielle Grundlage. Im gesamten Prozess, von der Forschungsplanung bis zur praktischen Ausführung, müsste die Partizipation der Jugendlichen beachtet werden. Die Jugendlichen müssten tatsächlich in die oben genannte Gremien einbezogen werden und an der Forschung teilnehmen. Ein interkultureller und wissenschaftlicher Austausch ägyptischer und deutscher Jugendlicher und Studenten sei wertvoll und hilfreich mit Hinblick auf die weitere Jugendforschung.

In der abschließenden **Diskussion** kamen allgemeine Fragen zur Finanzierung der Jugendforschung auf. Während in Deutschland private Industrieunternehmen wissenschaftliche Projekte finanzierten, ließe selbst die Bereitstellung staatlicher Mittel in den arabischen Staaten zu wünschen übrig. Um so mehr sei zu bedenken, dass die Ergebnisse solcher Studien positive Auswirkungen auf die Qualität der universitären Lehre hätten und den Informationsfluss zwischen Kulturen, wissenschaftlicher Einrichtungen und zwischen den Generationen verbessern können. Dies sei in der zunehmenden Ausrichtung der Weltwirtschaft auf Wissen von zunehmender Bedeutung.

Daher sei auch die die Zugänglichkeit der Studienergebnisse von elementarer Bedeutung, um den öffentlichen Diskurs effizient zu gestalten.

Einige Diskussionsteilnehmer stellten die Redlichkeit der von Industrieunternehmern finanzierten Untersuchungen in Frage und unterstellten ein Profitinteresse. Auch die Tatsache der Veranstaltung des Workshops durch deutsche Einrichtungen wurde mit Skepsis beurteilt und ein unlauteres Eigeninteresse der Veranstalter unterstellt.

Frau Wahba versicherte hingegen, dass allein die Jugend von den Forschungsergebnissen und Veranstaltungen, die sich mit diesem Thema auseinandersetzten, profitiere.

Das Schlusswort der Veranstaltung gehörte **Prof. Dr. Kharboush**. Dieser vertrat im Gegensatz zu den Workshop-Teilnehmern die Auffassung, dass die staatlichen Forschungsinstitute (staatliche Statistikbehörde CAPMAS und IDSC, ein dem Kabinett zuarbeitendes Forschungsinstitut) ausreichend Material über die Jugend in Ägypten bereitstellten. Das Problem sei vielmehr die Zusammenführung der verschiedenen Ergebnisse auch aus der Forschung der Universitäten zu einem kohärenten Bild. Weiter verwies er auf die geplante Schaffung eines nationalen Jugendrates und die Jugendprogramme des Ministeriums zur Förderung der Jugend und zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse. Er hob die Kooperationsbereitschaft des Ministeriums hervor und nannte Beispiele erfolgreicher Kooperation, schob die Schuld an unzureichender Zusammenarbeit in einigen Bereichen den zivilgesellschaftlichen Akteuren zu.

Abschließend lobte er die studentischen Austauschprogramme mit Universitäten in Europa, die einen fruchtbaren Dialog in Gang gesetzt hätten.

Als Fazit der Veranstaltung regte Kharboush an, eine Untersuchung durchzuführen und nach einigen Jahren eine zweite anzuschließen. Mit den Ergebnissen könne dann evaluiert werden, ob ein Bedarf bestehe, dieses Thema weiter zu verfolgen, oder ob diese Situation befriedigen sei.

12. Zukunftsforschung aus ägyptischer Perspektive

Veranstaltungsform: Konferenz
Partner: Information & Decision Support Center (IDSC)
Zeit/Ort: 27.-28. Juni 2005, Nile Hilton
Sprache: Arabisch / Englisch (Simultanübersetzung)

Programmübersicht

Montag, 27. Juni 2005

Eröffnungssitzung:

Herr Dr. Maged Osman, Vorsitzender des „Information & Decision Support Center“ (IDSC)
Herr Dr. Michael Lange, Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung Ägypten
Herr Dr. Osman Mohamed Osman, ägyptischer Planungsminister
Herr Dr. Mohamed Saleh, Leiter des „Center for Future Studies“

1. Sitzung: Internationale Erfahrungen

Leitung: **Herr Dr. Osama El-Baz**, Berater des ägyptischen Präsidenten
Frau Cornelia Daheim, Projektbearbeiterin Z-Punkt GmbH, Deutschland
„Zukunftsforschung in Deutschland aus Sicht der Z-Punkt GmbH“
Herr Dr. Friedrich Scheuermann, Leiter des „Institute for Future Studies“ (IFS), Österreich
„Die zukünftige Rolle der Informations- und Kommunikationsmittel in Bildung und Beruf“
Herr Frank Shaw, Forschungsleiter des „UK Futurist Network“, Großbritannien
„Die Erfahrungen des 'UK Futurist Network'“

2. Sitzung: Die Modernisierung der ägyptischen Gesellschaft

Leitung: **Herr Dr. Husam Badrawy**, Leiter des Ausschusses für Bildung im ägyptischen Parlament
Herr Dr. Moustafa El-Feky, Leiter des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten im ägyptischen Parlament
„Die Zukunft der politischen Reformen“
Herr Prof. Dr. Ahmed Zayed, Professor für Soziologie, Kairo Universität
„Ein neues Wertesystem für die Modernisierung der ägyptischen Gesellschaft“
Herr Prof. Dr. Ahmed Sakr Ashour, Professor für Betriebswirtschaftslehre, Alexandria Universität
„Strategischer Ausblick auf die ägyptischen Strukturreformen“

3. Sitzung: Visionen der ägyptischen Jugend

Leitung: **Frau Wahda** unter Mitwirkung von Studenten verschiedener Universitäten
Frau Jasmin Sami Saif Allah, Frau Selma Sherif Naga, Frau Mona Mohammed Aqil Al-Qawidi, Herr Hisham Osman, Herr Ahmed Taha Said, Herr Walid Abdallah Ahmed, Herr Ahmed Darwish, Herr Medhat Nafia, Frau Marwa Abu Sadat

Dienstag, 28. Juli 2005

4. Sitzung: Das Projekt „Egypt 2020“ – eine kritische Auseinandersetzung

Leitung: **Herr Dr. Ismail Sabry Abdallah**, Leiter des „Third World Forum“
Herr Dr. Ibrahim El-Essawy, Projektleiter „Egypt 2020“
„Erfahrungen mit dem Projekt „Egypt 2020““
Herr El-Sayed Yassin, Wissenschaftler am „Al-Ahram Center for Political and Strategic Studies“
„Kritische Fragen an das Projekt „Egypt 2020““
Herr Prof. Dr. Mohamed Mansour, Dekan der Kommerz fakultät, Assiut Universität
„Kritische Fragen an das Projekt „Egypt 2020““

5. Sitzung: Der ägyptische Traum

Leitung: **Herr Prof. Dr. Reda El-Edel**, Professor für Wirtschaftswissenschaften, Ain Shams Universität

Frau Prof. Dr. Heba Handousa, leitende Autorin des „Egyptian Human Development Report 2005“

„Eine Zukunftsvision für Ägypten“

Herr Dr. Saad Hafez, Berater des „Institute for National Planning“

„Die Formulierung der Zukunft Ägyptens für das Jahre 2025“

Herr Prof. Dr. Mohamed Reda Moharam, Dekan der Fakultät für Ingenieurwissenschaften, Al-Azhar Universität

„Ein Blick in die Zukunft Ägyptens im Jahre 2025 auf Grundlage des neo-kapitalistischen Szenarios des „Egypt 2020“-Projekts“

6. Sitzung: Führende Sektoren der ägyptischen Wirtschaft

Leitung: **Herr Taher Zeki**, ehemaliger Industrieminister Ägyptens

Herr Prof. Dr. Hatem El-Karanshawy, Dekan der Kommerzfakultät, Al-Azhar Universität

„Zukunftsaussichten der Tourismusbranche“ / **Frau Dr. Amina Taha**, Wissenschaftliche Mitarbeiterin

Herr Prof. Dr. Mohamed Adib Riad Ghoneimy, Professor für Ingenieurwissenschaften, Al-Azhar Universität

„Zukunftsaussichten des Telekommunikationssektors in Ägypten“

Herr Prof. Dr. Mohamed Raouf Hamed, Professor für Pharmazie bei der „National Authority of Pharmaceutical Research and Control“

„Die Entwicklungsmöglichkeiten für Ägypten“

Kommentar: **Frau Prof. Dr. Heba Handousa**, leitende Autorin des „Egyptian Human Development Report 2005“

Abschlussitzung:

Herr Dr. Maged Osman, Vorsitzender des „Information & Decision Support Center“ (IDSC)

Herr Dr. Mohamed Saleh, Leiter des „Center for Future Studies“

Frau Dr. Abir Shaqir, Wissenschaftlerin am „Center for Future Studies“

Dr. Maged Osman begrüßte die zahlreichen Gäste herzlich und bedankte sich bei den Organisatoren dieser wichtigen Konferenz. Die Zukunftsforschung liege im Interesse vieler Entscheidungsträger, der Regierung, der NGOs, der Wirtschaft und der Akademiker und umfasse somit viele Bereiche der Gesellschaft. Der Zweck einer solchen Forschung sei einerseits die klare Formulierung zukünftiger Ziele, die die zahlreichen Vorgänge und Veränderungen in der Gesellschaft und in der Welt insgesamt, mitberücksichtige. Andererseits sei man durch die Analyse verschiedener Variablen fähig, sich zu einem gewissen Grad auf zukünftige Ereignisse und Entwicklungen vorzubereiten. Ein öffentlicher, nationaler Dialog in Ägypten sei notwendig, um das Bewusstsein der Bevölkerung und der Entscheidungsträger für die Zukunft und des diesbezüglich Handeln zu stärken. In der Tat sei ein Anstieg des Interesses an der Zukunftsforschung zu bemerken, die versuche mit den sich beschleunigenden Entwicklungen der Welt Schritt zu halten. Studien und Berichte wie „Egypt 2020“ und der ägyptische „Human Development Report 2005“ böten hierbei wichtige Hilfeleistung. Dennoch müssten die Bemühungen eine nachhaltige Zukunft zu gewährleisten intensiviert werden, nicht zuletzt aus dem Eigeninteresse am Gewinn für Ägypten heraus. Diese Forschung trage auch zu einer allgemeinen Aufklärung und einem Anwachsen der wissenschaftlichen Kenntnisse in der Bevölkerung bei.

Die Konferenz sei ein Ergebnis der fruchtbaren Zusammenarbeit mit verschiedenen Einrichtungen, wie dem „Center for Future Studies“, der Universität Kairo und der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Dr. Lange schloss sich seinem Vorredner an und erklärte, dass die Konrad-Adenauer-Stiftung eine gute und konstruktive Zusammenarbeit mit IDSC pflege. Das Thema der Konferenz sei auch vor dem Hintergrund der derzeitigen Entwicklungen Ägyptens ein sehr wichtiger Forschungsbereich. Und obwohl die Zukunft letzten Endes nicht vorhersehbar sei, könne man dennoch mögliche Einflüsse und Entwicklungen abschätzen und sich vorbereiten. Auch im Hinblick auf die fortschreitende Globalisierung sei dies für die wirtschaftliche, soziale und die allgemeine Situation Ägyptens in der Welt unerlässlich. Herr Lange erinnerte an den Namensgeber der Stiftung, Konrad Adenauer, der selbst ein Mensch der Zukunft war und

seine Politik auf einen starken Glauben und nicht auf der Furcht vor Veränderung und Unsicherheit aufbaute. Die Einführung der sozialen Marktwirtschaft sei ein gutes Beispiel dafür, vorbereitet und mit einiger Sicherheit in die Zukunft zu blicken. Eine Liberalisierung der Wirtschaft und der Politik jedoch, bringe große Verantwortung mit sich. Ägypten sei heute in der Lage seine Zukunft selbst zu bestimmen. Er wünsche Ägypten Erfolg bei der Umsetzung seiner Zukunftsvisionen und Wünsche. Abschließend bedankte er sich bei allen Teilnehmern und gab seiner Freude Ausdruck, auch deutsche und europäische Forscher auf der Konferenz begrüßen zu können. Der Austausch und die Kooperation Deutschlands und Ägyptens müssten weiterhin intensiviert werden. Er wünsche der Konferenz viele fruchtbare Diskussionen.

Auch im Namen des Premierministers begrüßte der Planungsminister **Dr. Osman Mohamed Osman** die Workshop-Teilnehmer. Die Auseinandersetzung mit der Zukunft Ägyptens sei von äußerster Wichtigkeit. Gleichzeitig wollte Dr. Osman zugeben, dass die Zukunftsforschung von staatlicher Seite bisher nicht genügend in Angriff genommen wurde und dass die meist rein theoretischen Überlegungen der Realität nicht ausreichend Rechnung getragen hätten. Dabei sei es essentiell im Planungsprozess Zukunftsvisionen zu haben, um potentielle Vorgehensweisen zu identifizieren. Dem handlungsanleitenden Plan müsse eine Vision über zukünftige Entwicklungen vorausgehen. Bei der wissenschaftlichen Zukunftsforschung seien weiterhin mehrere Faktoren zu beachten: Der zeitliche Rahmen der Untersuchung müsse vorher festgelegt werden; es müssten zeitliche Variablen und Konstanten erkannt werden; soziale, politische und weitere Kräfte, die hinter den Entwicklungen stünden, müssten während der Veränderungsprozesse beobachtet werden; und letztendlich müssten Experten die Strömungen und Trends analysieren und interpretieren. Es liege dann im Auftrag des Staates, diesen Trends mit entsprechenden Maßnahmen zu folgen und zu begegnen. Der gesamte visionäre Prozess müsse dabei stets auf der Realität beruhen und könne nicht utopische Formen annehmen.

Themengebiete wie die Biochemie, die Gentechnik oder die Urbanisierung müssten in der Zukunftsforschung zentrale Stellungen einnehmen. Mögliche Veränderungen, die weitreichende Auswirkungen auf das Land haben können, wie die Nutzung der Energieressourcen oder die Bevölkerungsentwicklung müssten über lange Zeiträume beobachtet werden, um darauf angemessen eingehen zu können. Mit Hinblick auf seine erst kürzliche Rückkehr von einem Staatsbesuch nach Malaysia, betonte der Minister die Bedeutung der Zukunftsforschung auf das potentielle wirtschaftliche Wachstum. Dr. Osman resümierte, dass Ägypten wohl weiterhin enge Beziehungen mit dem Ausland pflegen werde und auch in Fragen der Zukunftsforschung offen sei für auswärtige Unterstützung. Er bedankte sich bei den Organisatoren und lobte das Zusammenkommen als Aufbruch zu einer besseren Zukunft Ägyptens.

Der Vorsitzende der ersten Sitzung, **Dr. El-Baz**, formulierte nach einer herzlichen Begrüßung der Konferenzteilnehmer das gemeinsame Ziel, das er im Laufe dieser Konferenz erreichen wolle. Es gehe um die Formulierung einer konsensualen Vision für die Zukunft Ägyptens und um diese möglichst umfassend und Erfolg versprechend ausarbeiten zu können, sei er für die folgenden Denkanstöße und Beispiele aus Europa sehr dankbar.

Den ersten Beitrag leistete **Frau Daheim**, die Mitarbeiterin eines deutschen Zukunftsforschungsunternehmens ist. Mit der Vorstellung einiger Beispiele hoffe sie, einen Überblick über die Bandbreite dieses Forschungsgebiets in Deutschland vermitteln zu können und vertrat ihre Überzeugung, dass Zukunftsforschung kein abstraktes Betätigungsfeld der vagen Vorhersagen sei, sondern die Verpflichtung zur Gestaltung beinhalte. Mit einem Einblick in die Möglichkeiten der Zukunftsforschung wolle sie die Diskussionsgrundlage für die kommenden zwei Tage legen. Der Arbeitsbereich ihres Unternehmens sei vor allem die Strategieentwicklung für Wirtschaftsunternehmen, die durch die Erarbeitung von Zukunftsszenarien erst einen fundierten Ausgangspunkt bekomme.

Sie betonte weiter, dass auch die Darstellung der Ergebnisse für ihr Unternehmen von vorrangiger Bedeutung sei, da die Rezeption selbiger fast ebenso wichtig sei wie der eigentliche Inhalt, sollten die Forschungsergebnisse auch praktische Resultate zeitigen. Dazu bediene sich ihr Unternehmen moderner didaktischer und technischer Mittel, die sie im Einzelnen erläuterte.

Die wichtigsten Themen der Zukunftsforschung in Deutschland seien die demographische Entwicklung, eine nachhaltige Energiepolitik und die Abschätzung der Auswirkungen neuer Technologien wie der Gentechnik.

Als allgemeinen Trend in der Zukunftsforschung stellte Frau Daheim die Diffusion der Disziplin in viele traditionelle Wissenschaftsbereiche vor, die sich zunehmend der gleichen Instrumente annähmen. Außerdem erfolge neben einer Fokussierung auf regionale Zukunftsperspektiven eine Verknüpfung mit interna-

tionalen Perspektiven. Am wichtigsten sei aber die zunehmende Orientierung an umsetzbaren Forschungsergebnissen, was sich hauptsächlich durch Forderungen der Wirtschaftsunternehmen entwickelt habe.

Dr. Scheuermann stellte anschließend die in Tirol gelegene Zukunftsstiftung „Institute for Future Studies“ vor, deren wesentliche Aufgabe in der Beratung von Unternehmen und Forschungseinrichtungen, besonders aber von Institutionen des Bildungswesens liege. Das moderne Leben verlange den Jugendlichen neue Kompetenzen ab, auf die sie vorbereitet werden müssten. Neue Lehrmethoden und ein modernisiertes Bildungsmanagement würden darin eine wesentliche Rolle spielen. Dr. Scheuermann führte verschiedene potentielle Szenarien des zukünftigen Schulwesens vor, in denen das e-learning und das virtuelle Lernen den Schülern immer weitere Möglichkeiten eröffneten und sie auf globalisierte Strukturen der Informationsgesellschaft einstellten. Die Öffentlichkeit profitiere von den Erfolgen solcher Modernisierung und Technologisierung. Als Beispiel nannte Scheuermann die von seiner Stiftung ins Leben gerufene Internet-Enzyklopädie „Wikipedia“, die als Forum für Experten aus allen Fachbereichen allen Internet-Benutzern als Wissensquelle zugänglich ist. Auch könne man durch Satellitentechnologie Regionen mit schwacher Infrastruktur mit Informationen versorgen, beispielsweise durch virtuelle Klassenzimmer weltweit.

Mit Hinblick auf Ägypten gab Scheuermann jedoch zu bedenken, dass die Veränderungen hier erst einmal darauf abzielen müssten, den Frontalunterricht in den ägyptischen Schulen durch Lehrmethoden zu ersetzen, die die Schüler aktiv in den Lernprozess einbinden. Auch sei zu beachten, dass die informellen Lehrmethoden, die formale Bildung lediglich ergänzen, keinesfalls ersetzen sollten. Zudem sei grundlegend die Fortbildung der Lehrer und Pädagogen all diese Prozesse voranzustellen.

Herr Shaw stellte zum Abschluss der Sitzung mehrere Makroszenarien für die Region des Nahen Osten vor, die sein Institut in Zusammenarbeit mit dem US-Auslandsgeheimdienst CIA erarbeitet hat. Eingangs erläuterte der Referent den Arbeitsansatz und betonte, dass die Zukunft normativen Charakter habe und prinzipiell jeder die gleichen Gestaltungschancen habe. Die Umsetzung der erarbeiteten Zukunftsvisionen hänge von den Entscheidungen der politischen Machthaber ab. Deren Aufgabe müsse es sein, die Relevanz der evaluierten Kontinuitäten und Diskontinuitäten für die zukünftige Entwicklung abzuschätzen und entsprechend zu handeln.

In den letzten Jahren hätten sich aber immer größere Schwierigkeiten bei der Abschätzung zukünftiger Entwicklungen und der tatsächlichen politisch-gesellschaftlichen Gestaltung der Zukunft aufgetan, da der Grad an Unsicherheit über das Kommende mit der Geschwindigkeit des Wandels der sich globalisierenden und interagierenden Gegenwart eng verknüpft sei.

Die aussichtsreichste Methode zur Abschätzung zukünftiger Entwicklungen sei daher „Imaging“, wobei mehrere Szenarien der Zukunft entwickelt werden, die die erwähnten Kontinuitäten und Diskontinuitäten in ihrer Relevanz unterschiedlich gewichten. Diese Szenarien müssten äußerst flexibel sein, um unerwartete Drittvariablen integrieren zu können, gleichzeitig aber nicht die Kohärenz verlieren und eine gewisse Stabilität aufweisen. Mit der Anzahl der Szenarien erhöhten sich überdies die Erfolgsaussichten der entscheidungstragenden Eliten. Mit einem fundierten und sorgfältigen Imaging könne man sich also auf die Unwägbarkeiten der Zukunft vorbereiten und bestimmte Überraschungen verhindern.

Auf Grund der eingeschränkten Zeit konnte Shaw nur noch drei der fünf erarbeiteten Szenarien in aller Kürze vorstellen. Dazu gehörten ein Szenario der Stagnation ohne nennenswerte Veränderungen in der Region, ein ideales Szenario, das einen Frieden zwischen Israel und den arabischen Staaten beinhaltete und schließlich eines der langsamen politischen Reformen und der Demokratisierung der Region.

Die Vorträge lösten reges Interesse im Publikum aus und führten zu einer intensiven **Diskussion**. Die Konferenzteilnehmer hatten großes Interesse an der Vorstellung der weiteren von Herrn Shaw erwähnten Szenarien, wurde aber auf Grund des Zeitplans auf die ausliegenden Thesepapiere verwiesen. Weiter wurde die Frage aufgeworfen, in wie weit die Ergebnisse in Zusammenarbeit mit Einrichtungen im Nahen Osten diskutiert worden sei, oder ob gar bei der Ausarbeitung eine Kommunikation mit Vertretern der betroffenen Ländern stattgefunden habe. Herr Shaw verwies in diesem Zusammenhang auf zahlreiche Partnerorganisationen im Vorderen Orient, unter anderem seien auch ägyptische Universitäten in den Prozess einbezogen worden.

Dem schloss sich die Frage an, wie zu einer Überwindung der Sprachbarrieren beigetragen werden könne, da sonst politisch und kulturell relevante Entwicklungen und Forschungsergebnisse, die vom „Westen“ hervorgebracht werden, nicht perzipiert werden könnten. Das Publikum konnte sich hier auf die Notwendigkeit der Verbesserung der Englisch-Kenntnisse vieler Menschen im Vorderen Orient verständigen.

Dr. Badrawy begrüßte als Vorsitzender die Teilnehmenden der zweiten Sitzung und gab einen kurzen Überblick über die kommenden Beiträge, die die Grundlage zur folgenden Sitzung, in der die Jugend zu Worte kommen werde, darstelle. Die Teilnahme der Jugend sei von besonderer Bedeutung in der Auseinandersetzung mit der Zukunft.

Dr. El Feky begann seinen Vortrag mit einer Überlegung zu politischen Reformen. Ägypten verfüge in dieser Hinsicht über reichlich Erfahrung und sei nicht auf externe Interventionen angewiesen. Im Gegensatz zu Entwicklungen im naturwissenschaftlich-technischen Bereich seien Vorhersagen gesellschaftlicher Veränderungen deutlich schwieriger, da dieser Bereich weitaus unübersichtlicher und komplexer sei. Daher seien politische Reformen, die den zukünftigen, sozialen Rahmen einer Gesellschaft prägten, problematisch. Ägypten habe erheblichen Nachholbedarf angesichts der bereits Einzug haltenden Veränderungen, die einen inhärenten Konflikt mit dem überkommenen politischen System herauf beschwören. Der Referent forderte daraufhin institutionelle Reformen, Veränderungen im politischen System und einen geistigen Wandel im Individuum.

Ägypten verfüge über große geographische, klimatische Vorzüge – dennoch seien die bisherigen Bemühungen, den Wohlstand Ägyptens zu vermehren, hinter den Erwartungen zurückgeblieben.

Um heute den Reformansatz erfolgreich zu gestalten, sei eine Teilhabe der Jugend an der Politik unerlässlich. Sie trage Visionen in sich, die die Zukunft konstruktiv gestalten könnten. Er fügte einschränkend hinzu, dass die „Qualität“ der Bevölkerung Ägyptens – das Humankapital – abnehme, da vor allem die armen und ungebildeten Bevölkerungsschichten den größten Teil der Reproduktion der Gesellschaft übernahmen.

Mit der Einzug haltenden Modernisierung der Ägyptischen Gesellschaft, so schloss **Dr. Zayed** in seinem Vortrag an seinen Vorredner an, müsse auch das gegenwärtige soziale Wertesystem überdacht werden. Dazu müsste für dieses zunächst eine von allen geteilte Definition gefunden werden, respektive individueller und kollektiver Einstellungen zu Familie, Arbeit, Religion und Staat. Dies stelle insbesondere für die Länder der Dritten Welt häufig ein Problem dar, da sie keine historisch gewachsenen Einheiten seien und im Zuge der Entkolonialisierung mehr oder minder willkürlich geschaffen wurden.

Diese komplexe Thematik könne nicht nur mit Hinsicht auf das gesamtwirtschaftliche Wachstum behandelt werden, sondern müsse auch den individuellen Vorstellungen und Haltungen der Bevölkerung Rechnung tragen. Mit den sich wandelnden Wertvorstellungen müsse ein verändertes Sozialsystem einhergehen. Auch müsse die Diskussion zunächst aus rein landesspezifischer Sicht für Ägypten betrachtet werden.

Die Fragen nach der sozialen Verantwortung und nach der allgemeinen Orientierung des Staates stellten sich angesichts der fortschreitenden Globalisierung und der Gegenbewegungen wie gestiegener Nationalismus und religiöse Radikalisierung in deren Gefolge immer dringlicher.

Das Verhältnis des Staates zur Gesellschaft sei aus der Balance geraten, dadurch dass das individuelle Interesse Vorrang über das kollektive Interesse gewonnen habe.

Dr. Ashour setzte sich in seinem Beitrag mit den Trägern des gesellschaftlichen Wandels auseinander und definierte Institutionen als entscheidenden Akteur in dieser Hinsicht. Daher sei die Umsetzung des „Good Governance“-Prinzips von herausragender Bedeutung für die erfolgreiche Gestaltung des politischen Reformprozesses. Derzeit herrsche aber eine Krise in den staatlichen Institutionen, die nicht fähig seien die Gesellschaft zu ordnen. Die Diskrepanz zwischen den Visionen, wie sie auch in dieser Konferenz formuliert werden sollten und der Realität in der Regierungsadministration sei gewaltig. Dies trage zu einem immer weiter um sich greifenden informellen Sektor und zu ausufernder Korruption bei. Es fehle an Vertrauen, Transparenz und Kontrollmöglichkeiten. Auf Grund dessen seien in Ägypten die Transaktionskosten wesentlich höher als etwa in den OECD-Staaten, was die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Landes schädige.

Auch die Qualität der staatlichen Institutionen im Bildungsbereich und der Wohlfahrt spielten eine wichtige Rolle bei der Umsetzung von Reformen, da sie zentrale Mittel zur Bekämpfung der Armut darstellten. Auf Grund der prekären Situation Ägyptens rief Dr. Ashour zu schnellen und umfassenden Reformen auf, da die Probleme sonst eskalierten. Als wichtigste Ansatzpunkte nannte er abschließend die Korruptionsbekämpfung, ein Zurückdrängen der Rentierstaatsmentalität sowie der überzogenen Konsumansprüche des Landes.

Die **Diskussion** wurde von wütenden Anklagen einiger Konferenzteilnehmer bestimmt, die die Frage nach den Fortschritten der seit 25 Jahren im Amt verharrenden Regierung aufwarfen. Dies wurde mit allgemeinem Applaus unterstützt. Außerdem wurde beklagt, dass die Regierungseinrichtungen durch ständige Neudefinitionen der Berechnungsmethoden und Zahlenspielerien die Bevölkerungen mutwillig täuschte und damit einen Wandel und Fortschritt vorgaukelten.

Darüber hinaus sei nicht tief genug auf einige Punkte eingegangen worden. Als Hauptproblem wurde das fehlende Makromodell und fehlende oder wechselnden Visionen ausgemacht, die sich in Ägypten in den letzten 40 Jahren in zahlreichen politischen Richtungswechseln niedergeschlagen hätten. Gleichzeitig sei die politische Partizipation der Bevölkerung in diesen Jahren auf ein Minimum reduziert worden.

Ein Teilnehmer widersprach Dr. Feky heftig und wies dessen Theorie über die Entwicklung des Humankapitals zurück. Die Diskussionsteilnehmer verständigten sich aber auf die Schlüsselrolle der Bildung in der Formulierung einer gesellschaftlichen Vision, da sie die prägende Kraft für die heranwachsenden Generationen sei.

Es wurde auf die wahrgenommene Problematik der westlichen Wertedominanz angesprochen, die eine Rückbesinnung auf die traditionellen Werte verhindere.

Die folgende Sitzung diene der Präsentation der Träume und Visionen einiger ägyptischer Jugendlicher. Unter Anleitung von **Frau Wahda** trugen neun Studenten verschiedener Universitäten ihre Vorstellungen vor. Beginnend mit einem Idealbild des Staatsbürgers, der seine Verpflichtungen im Rahmen des Gemeinwesens wahrnimmt und im Gegenzug politische, soziale und ökologische Rechte genießt, wurden verschiedene Bereiche der Gesellschaft diskutiert. Das entscheidende für alle weiteren Schritte sei die Schaffung einer vertrauensvollen Beziehung zwischen Einzelnem und Staat.

Der nächste Redner setzte sich mit der Nutzung moderner Informationstechnologien auseinander und zeigte den möglichen Nutzen dieser Technik für die Steigerung der Lebensqualität der Bürger in Ägypten auf. Informationstechnologien seien aber kein verzichtbarer Luxus für die Gesellschaft sondern durch die internationalen Gegebenheiten unverzichtbar, um eine prosperierende Gesellschaft aufzubauen. Seine Nachfolgerin zeigte mögliche Strategien einer nachhaltigen Entwicklung auf, zu der insbesondere eine ökologische Aufklärung für einen verbesserten Umweltschutz und verantwortungsbewussten Umgang mit natürlichen Ressourcen notwendig sei.

Im Folgenden wurde noch mal auf die grundlegenden demokratischen Freiheiten wie Meinung und Versammlungsfreiheit und zivilgesellschaftliches Engagement eingegangen, die als Voraussetzung einer Entwicklung Ägyptens hin zu mehr Wohlstand, Gerechtigkeit und kultureller Entfaltung dargestellt wurden.

Anschließend stellte ein Mitglied der „Dreamers of Tomorrow“ ihre Überlegungen zu Freiwilligenarbeit in Ägypten vor und resümierte, dass die nicht auf finanziellen Gewinn abzielende Arbeit ein essentieller Bestandteil eines dynamischen und flexiblen Entwicklungsprozesses sei. Ein Volontärnetzwerk, das das soziale Kapital einer Gesellschaft zusammen führe, werde benötigt.

Der Bereich der höheren Bildung und die Steigerung deren Qualität war Inhalt des nächsten Vortrags. Dieser stellte die kostenlose Universitätsausbildung zu Gunsten einer qualitativen Verbesserung im Gegensatz zu einer quantitativen Ausrichtung in Frage. Außerdem müsse eine Angleichung der Lehrstandards erfolgen, was durch freien Wettbewerb der Universitäten gesichert werden könne. Schließlich sei das Humankapital die wichtigste Ressource der anbrechenden Wissensgesellschaft auch für Ägypten.

Die beiden abschließenden Themen drehten sich um die wirtschaftliche Situation des Landes, wobei aber für eine umfassende Reformagenda und nicht für Reformen nur in einzelnen Bereichen geworben wurde. Insbesondere seien aber eine attraktivere Gestaltung des Kapitalmarktes und eine Verbesserung der Exportchancen der ägyptischen Wirtschaft von herausragender Bedeutung, um im zukünftigen weltwirtschaftlichen Wettbewerb mithalten zu können. Durch eine Liberalisierung und Privatisierung der Wirtschaft könne die Qualität der Produkte angehoben werden, was zum einen dem Verbraucher zu Gute komme, andererseits die Exportchancen erhöhe. Außerdem würde auf diesem Weg die Schaffung zahlreicher dringend benötigter neuer Arbeitsplätze außerhalb des staatlichen Sektors möglich.

In den zweiten Tag der Konferenz führte **Dr. Abdallah** mit einer Begrüßung der Teilnehmer ein und gab eine kurze Vorstellung der Referenten. Er hob den kritischen Charakter dieser Sitzung hervor, der notwendig sei, um das in eine Sackgasse geratene, zur Diskussion stehende Projekt voran zu bringen.

Die fünfte Sitzung der Konferenz diene der Auseinandersetzung mit dem „Egypt 2020“-Projekt, dessen Forschungsleiter, **Dr. El-Essawy**, einen ersten Überblick über den bisherigen Verlauf des Forschungsprojektes gab. Mit der Absicht, ein umfassendes Bild der ägyptischen Gesellschaft und Wirtschaft in verschie-

denen Sektoren (Bildung, Industrialisierung, Raumordnung, Entwicklung der Staatsfinanzen usw.) zu zeichnen und der anschließenden Ausarbeitung alternativer Zukunftsszenarien, die die politischen Entscheidungsträger im Reformprozess unterstützend beraten sollten, war das Projekt 1998 begonnen worden. Allerdings konnte das Ziel, eine gesellschaftliche Diskussion in Gang zu setzen, nicht erreicht werden, da es den Projektverantwortlichen weder gelang, die angestrebte umfassende Analyse zu beenden, noch einen Bericht über die geleistete Arbeit zu veröffentlichen.

Allerdings seien dennoch fünf Szenarien ausgearbeitet worden, die auch verschiedene Faktoren der internationalen Umgebung Ägyptens berücksichtigten. Neben einem Szenario, das die gegenwärtigen politischen Strukturen in die Zukunft fortschreibt wurden dem Publikum ein islamistisch geprägtes Szenario, ein gesellschaftliches Konsens-Szenario, ein neo-sozialistisches und ein neo-kapitalistisches Szenario vorgestellt. Diese Arbeit habe wenigstens dazu geführt, dass eine umfassende Datenbasis über alle Bereiche des ägyptischen Staates und seiner Gesellschaft zusammengetragen worden sei.

Für die Fortsetzung des Projektes betonte El-Essawy, dass die bisherigen Hindernisse ausgeräumt werden müssten. Es müsse insbesondere für eine bessere Finanzierung des Projekts, eine verbesserte Kooperation mit Universitäten, die die Arbeit seiner Forschergruppe bisher in keiner Weise zur Kenntnis genommen und kommentiert habe und eine bessere Koordination der verschiedenen in diesem Bereich arbeitenden Forscher gesorgt werden, wolle man sich aktiv um die Gestaltung der Zukunft Ägyptens bemühen und nicht die Initiative verlieren.

Dr. Yassin bedankte sich überschwänglich bei seinen Vorrednern. Die Zukunftsforschung sei allgemein ein schwieriges Unterfangen, insbesondere in einer Welt, die von Unsicherheit und Unberechenbarkeit dominiert sei, und bedürfe des Beitrags der hier anwesenden Experten. Dem Einsturz totalitärer Ideologien müsse nun ein offenes, innovatives System folgen, um den modernen Herausforderungen in der Welt begegnen zu können. Potentielle Gefahren und Risiken der modernen Technologien, Krankheiten und zunehmende Kriminalisierung müssten in den Zukunftsplanungen und -analysen mehr Beachtung finden. Er gab zu Bedenken, dass angesichts der wachsenden Globalisierung ein Rückzug aus der internationalen Gemeinschaft nicht realistisch sei. Ägypten sei auf Anschluss und Mitgliedschaft in Organisationen wie der Welthandelsorganisation angewiesen und könne eine Beendigung der Infitah Politik („Öffnungspolitik“) und der sich anschließenden Liberalisierung nicht vertreten.

Er lobte die Bemühungen des U.S. amerikanischen „Mapping the Global Future“ Projekts und des arabischen „Grand Middle East“ Projekts, die tatsächlich Bezug auf die realen Bedingungen und Entwicklungen nähmen. Von den drei, von Dr. El-Essawy präsentierten, Szenarien wäre das Status Quo Szenario das wohl wahrscheinlichste: In der Reaktion auf die Globalisierung, würde der Staat an Einfluss und Gewicht verlieren und politische und gesellschaftliche Strukturen verschwinden, was zu einem Chaos führen könne. Das islamische Szenario sei nicht vorstellbar, da eine Integration der islamistischen, radikalen Bewegungen wie der Muslimbruderschaft in den politischen Entscheidungsprozess zu einer Katastrophe führen müsse. Die Erfahrungen mit dem politischen Islam in Saudi Arabien und dem Iran müssten kritisch beäugt werden.

Dr. Yassin beendete seinen Vortrag mit dem Wunsch nach mehr Kreativität und nach einer größeren Vielfalt an die Zukunft erforschenden Szenarien.

Seine Freude über die Gründung des ersten Zentrums für Zukunftsforschung drückte **Dr. Mansour** zu Beginn seines Kommentars aus. „Egypt 2020“ stünde an der Spitze der ägyptischen Zukunftsforschungsprojekte und mache – obwohl die Kultur Ägyptens auf die Vergangenheit ausgerichtet sei – einen wichtigen Schritt hin zum Blick in die Zukunft und beweise Pioniergeist. Dennoch finde es zu wenig öffentliche und politische Aufmerksamkeit. Als Grundlage und Datenbasis sei das Projekt hilfreich und nützlich für zukünftige Untersuchungen.

Bei der Betrachtung der genannten Szenarien jedoch wären unvorhersehbare Ereignisse, wie etwas Naturkatastrophen und großflächige Stromausfälle, nicht integriert worden. Weiterhin fehle es grundlegend auch an der Entwicklung eines „Säkularstaat“ – Szenarios. Auf diverse politische Theorien verweisend, kritisierte er, dass die erstellten Szenarien, insbesondere das islamische Szenario, bei eingehender kritischer Betrachtung Schwächen in der Bezugnahme zur gegenwärtigen Realität aufwiesen.

Die folgende Sitzung unter **Prof. Dr. El-Edel** hatte die Formulierung eines Traumes der Zukunft Ägyptens zum Ziel. Dr. El-Edel gab den Referenten für ihre Vorträge zu bedenken, dass Träume immer die Voraussetzung für eine Formulierung realistischer Ziele seien.

Prof. Dr. Handousa stellte in ihrem Beitrag die Ergebnisse des unter ihrer Federführung verfassten „Egyptian Human Development Report“ des UNDP vor. Die Entwicklungsziele seien auch für Ägypten mit den „Millenium-Goals“ der UNO formuliert worden. Darin sei der Traum einer Steigerung der Lebensqualität, insbesondere durch Bildung und Gesundheitsfürsorge für die ärmsten Bevölkerungsteile des Landes enthalten.

Im Weiteren setzte sie sich mit den Kosten und Problemen auf dem Weg zur Realisierung dieses ambitionierten Vorsatzes durch. Dabei legte sie den Schwerpunkt auf die immer stärker werdende Unfähigkeit des Staates, grundlegende öffentliche Dienstleistungen in den beiden genannten Bereichen anzubieten und die Hindernisse, die der Staat bei seinen Bemühungen zur Steigerung der Effizienz seiner Wohlfahrtsprogramme zu überwinden habe. Sie betonte die Bedeutung der Klein- und mittelständischen Betriebe für einen wirtschaftlichen Aufschwung des Landes und forderte zudem die Umsetzung des „Good Governance“-Konzepts, was die Effektivität des Staatsengagements in der Armutsbekämpfung deutlich erhöhen könne. Im Zusammenhang mit dem Konferenzthema ging Dr. Handousa abschließend auf die Bedeutung der Zukunftsforschung für die effiziente Kanalisierung der Hilfgelder zur Erreichung der Millenniums-Ziele ein.

Anschließend stellte **Dr. Hafez** das gemeinsam mit dem Information and Decision Support Center konzipierte „Egypt´s Future 2025“ - Projekt vor. Die von jungen Forschern geleistete Forschungsarbeit gehe von einem interdisziplinären Standpunkt aus auf eine Vielzahl von Methoden und Faktoren der Zukunftsforschung ein. Eine Analyse der Probleme und ihrer Entwicklungspotentiale wie Arbeitslosigkeit, Armut, soziale, wirtschaftliche und politische Unzulänglichkeiten würden dabei helfen, problemspezifische Programme und Projekte zu erarbeiten. Für die junge Generation müssten Kapazitäten geschaffen und der Zugang zu Daten und Forschungsergebnissen müsste für die Öffentlichkeit garantiert werden. Ganz an der Spitze der Ziele des Projektes müssten die soziale Gleichstellung und die Armutsbekämpfung stehen.

Allein schon in der Initiative des „Egypt´s Future 2025“ liege die Zukunft.

Ergänzend zu Dr. Hafez' Vortrag präsentierte eine wissenschaftliche Mitarbeiterin des „Egypt´s Future 2025“ Projektes die erarbeiteten Szenarien.

Prof. Dr. Moharam, Projektmitarbeiter der „Egypt 2020“ Studie, stelle in seinem Konferenzbeitrag ein vorläufiges Szenario für Ägypten im Jahre 2025 vor, das er basierend auf dem bereits erwähnten neokapitalistischen Szenario weiter in die Zukunft fortschrieb. Dabei legte er seinen Schwerpunkt auf die theoretische Fundierung eines spezifisch ägyptischen Neo-Kapitalismus und kam im Folgenden zu dem Schluss, dass es sich dabei um ein geeignetes Szenario handle, auf dessen Grundlage die ägyptischen Entscheidungsträger in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft aufbauen könnten. Die Annahmen des Szenarios seien realistisch und unter Berücksichtigung der zu erwartenden internationalen und regionalen Umstände, die durch Globalisierung der Weltwirtschaft in Ausprägung eines neo-liberalen Kapitalismus bestimmt seien, angemessen, um wirtschaftliche Prosperität zu erreichen. Außerdem biete es auch in anderen Bereichen gute Entwicklungsmöglichkeiten für das Land, was das zentrale Anliegen bei der Auswahl eines Szenarios sein müsse, auf das man gemeinsam hinarbeiten wolle.

So bezog er in seine Studie auch die für Ägypten elementaren Bereiche der Bevölkerungsentwicklung und der Raumordnung mit ein, deren Vernachlässigung katastrophale Folgen für die Zukunft des Landes haben könnten.

Am Ende seines Vortrages verwies Dr. Moharam auf die Attraktivität sowohl eines neo-sozialistischen als auch eines islamischen Szenarios für die ägyptische Gesellschaft. Diese Szenarien böten durch erfolgreiche Entwicklungsbeispiele wie China und durch die Perspektive erhöhten sozialen Ausgleichs besonders für Ägypten mit einer immer weiter wachsenden Kluft zwischen armen und reichen Bevölkerungsschichten eine nicht zu vernachlässigende Option, die stets in den Überlegungen berücksichtigt werden müsse.

Der Vorsitzende **Prof. El Edel** ermutigte die Anwesenden dazu, ihre Meinung in der Diskussion kundzutun, da die Zukunftsforschung erst von einer Vielzahl an Stimmen lebendig gemacht werde.

Eingangs gab er zu Bedenken, dass Ägypten zwar durchaus von externen Einflüssen in seiner Entwicklung bestimmt sei, was stets zu

Berücksichtigt werden müsse, aber das Land müsse eigene Ziele und Visionen formulieren und versuchen, diese selbständig zu verfolgen und möglichst wenig von den ursprünglichen Idealen der Visionen abzuweichen. In den letzten zwei Jahrhunderten sei Ägypten immer wieder großen Ideologien gefolgt, was zu einer relativen Verschlechterung der Lage des Landes geführt habe.

Ein Teilnehmer stellte daraufhin die Frage nach der Finanzierung des von Prof. Hendousa angesprochenen neuen Sozialvertrags, was diese vage mit Umschichtungsmöglichkeiten der staatlichen Mittel im Haushalt beantwortete. Außerdem merkte sie an, dass die Situation sobald die Reformen griffen, sich rasch verbessere, ähnlich wie es bei den asiatischen Tigerstaaten zu beobachten gewesen sei.

Dr. Hafez fügte hinzu, dass die Verzögerung von Reformen zwar zurzeit Kosten vermeide, langfristig aber die politischen und sozialen Folgekosten deutlich höher seien.

Den Kommentar des Vorsitzenden betreffend, betonte er, dass die Umsetzung der zu formulierenden Visionen und die Reaktion auf externe Einflüsse nicht Gegenstand der Zukunftsforschung sei, sondern dies in den Händen der politischen Entscheidungsträger liege.

Ein Diskussionsteilnehmer betonte im Anschluss den Wert der Zukunftsforschung in diesem Punkt. Durch die Formulierung verschiedener Optionen könnten die Politiker viel flexibler auf Veränderungen des internationalen Umfeldes reagieren.

Herr Zeki leitete die folgende Sitzung zu möglichen Visionen einzelner Sektoren der ägyptischen Wirtschaft ein. Der erste Beitrag zu den Aussichten der Tourismusbranche wurde von **Prof. Dr. El-Karanshawy** und seiner Assistentin **Dr. Taha** vorgestellt. Darin wurde die herausragende Bedeutung des Tourismussektors für den wirtschaftlichen Wohlstand des Landes erläutert und mit statistischem Material belegt. Die mögliche Expansion dieses Bereiches wurde insbesondere von einer vereinfachten Gesetzgebung, einer Zunahme der ausländischen Direktinvestitionen in Hotels und weitere touristische Anlagen, einer Verbesserung der Infrastruktur und der Erschließung neuer Resorts abhängig gemacht. Nur auf diesem Wege könnte der Tourismus weiterhin mehr als neun Millionen Menschen Arbeit bieten und das ehrgeizige Ziel der Verdoppelung der Zahl von Touristen erreicht werden. Um einen stärkeren Wachstumsimpuls für die gesamte ägyptische Wirtschaft zu erreichen, müsste darüber hinaus die Verknüpfung mit anderen Wirtschaftssektoren deutlich verbessert werden.

Seine Sicht der Zukunftsaussichten des Informations- und Telekommunikationssektors präsentierte **Prof. Dr. Ghoneimy**. Allerdings ging er in seinem Vortrag mehr auf die mangelnde Forschungsinfrastruktur in Ägypten ein. Die Bereitstellung von Mittel zur Informationsgewinnung müsse an den Zielvorstellungen der zu formulierenden Zukunftsvision des Landes ausgerichtet werden. Für die Verwertbarkeit der Ergebnisse verschiedener Studien schien ihm eine Einteilung in drei Bereiche unerlässlich: den Bereich soziologischer Studien, den militärisch-strategischer und schließlich Untersuchungen im Bereich des Wirtschaftssystems. Einen Rückblick auf die technologische Entwicklung in Ägypten schloss er mit einer Mahnung ab, dass die ethischen Werte vor dem Hinblick einer von technologischen Errungenschaften getragenen Globalisierung nicht in den Hintergrund treten dürften. Der Grund hierfür sei vor allem, dass die technologische Entwicklung häufig schneller sei, als die wissenschaftlichen Prognosen, wie sie auch auf dieser Konferenz erarbeitet würden. Daher solle Ägypten ein Institut einrichten, das die neuesten Entwicklungen in diesem Bereich beobachtet und die Anwendung neuer Techniken unterstützen könne.

Prof. Dr. Hamed stellte schließlich die grundlegende Frage nach der Bedeutung und den Ursachen des Fortschritts. In einem internationalen Vergleich zwischen China und Indien, Frankreich, Deutschland und Malaysia arbeitete er den jeweiligen Fortschritt im Hinblick auf Wirtschaftswachstum und dessen Prärequisiten heraus und verdeutlichte, dass man die jeweiligen landesspezifischen Prozesse verstehen und in die Planungen einbeziehen müsse, um so die positiven Auswirkungen dieser besonderen Eigenschaften zu maximieren. Ägypten habe dies bisher nicht geleistet und die Voraussetzungen für ein auf eigenen Stärken beruhendes Wachstum seien noch nicht determiniert oder geschaffen worden.

Prof. Dr. Handousa kommentierte die vorgegangenen Beiträge und hob die Dringlichkeit des Ausbaus des Tourismussektors hervor, weil dieser eine Reihe positiver Effekte wie Schaffung Arbeitsplätzen, interkulturellem Austausch und Förderung der privaten Kleinbetriebe mit sich brächte. Sie verlieh darüber hinaus ihrer Meinung Ausdruck, dass Ägypten von der Globalisierung profitieren könne, da die notwendigen Voraussetzungen, wie Bildungs- und Forschungseinrichtung gegeben seien, diese nur klar herausgestellt werden müssten.

Die **Diskussion** ergab, dass Ägypten in der Forschung nicht den gesamten Forschungsprozess nachholen könnte, sondern quer auf hohem Niveau einsteigen müsse.

Kritisch wurde geäußert, dass die aufwendigen und teuren Konferenzen bisher fast immer nur Papierberge und kaum Resultate gebracht hätten. Grosse Träume und Visionen seien wertlos, wenn niemand die Umsetzung in Angriff nehme.

Dr. Osman, Dr. Saleh und **Dr. Shaqir** beendeten den Workshop mit einem Rückblick über die genannten Themen. Hinter all den wichtigen Aspekten der Zukunftsforschung und deren interdisziplinärem Charakter läge die Grundannahme, dass das Unmögliche in der Zukunft im Bereich des Möglichen liege. Es seien interessante Vorschläge und Anregungen geliefert worden, auch hinsichtlich der Zukunft der Forschung an sich, wobei es in der Hand von institutionellen und politischen Reformen läge, eine produktive Atmosphäre für Wissenschaft und Forschung in Ägypten zu schaffen. Die Organisatoren bedankten sich bei allen Teilnehmern, und baten um Verständnis für die knapp bemessene Redezeit der Referenten. Doch seien sie froh über die vielen Fragen und Anregungen, die der Workshop zu Tage gebracht habe.

